

debizz

DEUTSCHSPRACHIGES WIRTSCHAFTSMAGAZIN IN RUMÄNIEN

65

Juli/August 2009

www.debizz.ro

© AP/Agèpres

Auf nach Strassburg

„Wir werden
die Sensation
des EP sein“





Connect emission-free power to the grid?

Naturally.

Denkzettel

Ein Gespenst geht um an der Riviera

Es riecht – wieder – nach Kommunismus in Rumänien. Seltsamerweise stammt die Duftnote nicht von den Sozialdemokraten, sondern von ihren dem Kapitalismus verschriebenen Koalitionspartnern, den Liberaldemokraten (PDL). Elena Udrea, der besonders engen Freundin des Staatschefs, wurde großzügigerweise inmitten schlimmster Krisenzeiten ein Ministerium besichert – das Tourismusministerium.

Von Anfang an waren die Machtverhältnisse klar. Mögen andere Ressorts unter der Krise auch stöhnen – Soldaten in Afghanistan und Irak werden Zulagen gestrichen; Gerichte können keine Vorladungen mehr verschicken, weil sie kein Portogeld haben, Eisenbahner werden entlassen –, Frau Udrea hingegen darf tun und lassen, was sie will: den Massentourismus an der Schwarzmeerküste neu beleben oder töricht übersetzte Werbetexte wie „Land of Choice“ in die Welt setzen. Die gelernte Rechtsanwältin, Ehefrau eines steinreichen Geschäftsmannes, ist ständig im Land unterwegs, hat da einen guten Ratschlag für einen Chalet-Besitzer, dort eine Rüge für den Kneipier. Wenn sie es dabei beliebe, würde es an sich kein Problem sein: Niemand hat etwas gegen einen engagierten Minister. Aber es geht um mehr. Weil rumänische Touristen es satt sind, nach überlangen Bahn- oder Autofahrten an ihrer eigenen Riviera unfreundliche Kellnergesichter und Strände mit Bauschutt in Kauf zu nehmen, zieht es viele in

den Süden – nach Griechenland, Bulgarien oder in die Türkei. Dort haben sie das Gefühl, für ihr hart verdientes Geld mehr zu bekommen, und dieser Eindruck ist ihr gutes Recht. Frau Udrea passt das jedoch nicht. Sie will, dass sich alle an die einheimische Schwarzmeerküste begeben. Und dafür setzt sie Waffen ein, für die der Steuerzahler aufkommen muss – auch der, der von der hiesigen Riviera und anderen (Alb)-Traumzielen nichts hören will. Ihr Ministerium gibt den Arbeitnehmern Geld in Form von Ferientickets, mit denen die Bürger natürlich nur in Rumänien Urlaub machen dürfen, damit die einheimischen Hotels und Gaststätten profitieren. Dass ihr Mann Hotels besitzt, sei kein Grund, einen Interessenkonflikt zu vermuten, glaubt die Tourismusministerin. Auch fragt sie sich nicht, ob eine solche Idee nicht etwa den Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt verzerrt – denn türkische Strände gehören zwar nicht zur EU, wohl aber spanische, bulgarische oder griechische, die aber von diesem Konjunkturpaket nicht profitieren können.

Letzten Monat überraschte Elena Udrea dann mit einer Eilverordnung, durch die die Hotels an der rumänischen Riviera unter Androhung von Geldstrafen dazu verdonnert werden, vom 1. Mai bis zum 30. September offen zu halten. Egal, ob sie das wollen. Oder können. Denn jeder Hotelier sollte in einer freien Marktwirtschaft entscheiden dürfen, wann und ob er seinen Betrieb einstellt – je nachdem, ob er Kunden hat oder nicht. In ihrer Regulierungswut hat die Ministerin wohl vergessen, in welcher Sozialordnung sie es zu Reichtum gebracht hat. Für ihren Urlaub wäre ihr deshalb zu empfehlen, die Hotels in Pjöngjang aufzusuchen – die haben garantiert immer offen.

Alex Gvöblacher

Foto des Monats: Belfast – Hetzjagd auf Rumänen

© Peter Morrison/AP/Agerpres



Nach rassistischen Übergriffen in Belfast flüchteten mehr als 100 Rumänen unter Polizeischutz in ein Kirchgemeindehaus. Tags davor war es während einer Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit zu Pöbeleien gekommen, dabei flogen Flaschen, es wurden Nazi-Parolen gerufen und mehrere Häuser von Rumänen angegriffen. Die Bürgermeisterin Belfasts, Naomi Long, verurteilte die Übergriffe.



12-13. Katerstimmung in Krisenzeiten

WIRTSCHAFT & FINANZEN

- 3 Denktzettel
Ein Gespenst geht um an der Riviera
- 6 Erste Wohnung, letzte Chance
- 7 NEWS
- 8 Das liebe Geld: Woher nehmen und nicht stehlen?
- 9 Wirtschaftskommentar
Zynismus oder Unwissenheit?
- 10 To-Do-Liste
Arbeitgeber fordern niedrige Lohnabgaben und flexible Arbeitsverhältnisse
- 11 EU-Abgeordnete versprechen der Wirtschaft das Blaue vom Himmel
- 12 Katerstimmung in Krisenzeiten
- 14 Was bei einer Insolvenz von Vertragspartnern zu beachten ist
- 15 Brüssel genehmigt Subventionierung der Unternehmensdarlehen
- 16 Einstieg bei profitablen Firmen
Osteuropabank auf Brautschau

- 17 Auflagen & Defizitverfahren
EU-Kommission nimmt Rumänien an die Kandare
- 18 Ansprüche an das Reporting – Herausforderung für den Buchhalter/ Herausfordernde Zeiten für das Unternehmen, gute Zeiten für Controller!
- 19 Mehrwertsteuer: Staatliche Altlasten immer höher
- 20 Rüffel aus Frankfurt: Umgangston zwischen EZB und BNR wird schärfer
- 21 Liberale Spitzenfrau befürwortet Verstaatlichung
- 22 Regelungen im Catering-Bereich



- 24 Umstrukturierung des Energiesektors
Videanu plant, Weltbank moniert, Energieriesen argwöhnen
- 25 Finanzielle Risiken in Rumänien – das Liquiditätsrisiko (I)

POLITIK

- 26 Rückblick Juni
- 27 NEWS
- 28 Auf nach Strassburg
„Wir werden die Sensation des Europäischen Parlaments sein“



- 29 Politikkommentar
Eine flüchtige europäische Ablenkung
- 30 „Rumänien soll keine Dauerbaustelle werden“
- 31 Politikerportrait
Justizminister Cătălin Predoiu: Der Yes-Man

FOKUS

- 32 Gastronomische Milliarden-geschäfte
Das große Fressen: Die Catering-Branche floriert
- 40 Die Feste feiern, wie sie kommen – möglichst oft!



BUSINESS

- 42 EADS-Tochter Premium Aerotec prüft Produktion in Braşov/Privatisierung des Flugzeugbauers Avioane Craiova geht in die Endrunde
- 43 NEWS
- 44 Zwei temporäre Werksschließungen bei Wienerberger/Entlassungen bei Delphi Packard
- 45 Gastronomie leidet unter der Flaute
- 46 Rumänische Success-Story: Ein Geschäftsmann stellt sich vor

(Seite 42)



- 47 Patriciu verkauft letzte Rompetrol-Anteile/Rail Cargo Austria startet durch
- 48 Festtage und Zukunftsprojekte Bega-Kanal zwischen Moderne, Effizienz und Hürden

- 49 „Dieser Posten umfasste das gesamte Spektrum der Konsulararbeit“
- 50 Zweiter Energietag Braşov Erneuerbare Energien: Umweltfreundliche Überlegungen für die Zukunft
- 51 Von Null auf Hundert Automobile Bavaria feiert 15 Jahre auf dem rumänischen Markt
- 52 Beratung durch die ganze Familie
- 53 Vienna Tourist Board lockt mit attraktiven Urlaubsangeboten
- 54 Wechsel des österreichischen Handelsdelegierten
- 55 FRANK sagen – FRANK sein!/Neuer Gebrüder Weiss Logistik-Terminal in Bukarest
- 56 HKS-R-Aktivitäten Kontinuierliche Förderung des Erfahrungs- und Informationsaustausches der Kammermitglieder
- 57 SWISS – beste Airline Europas/Syngenta Romania toppt „Best Employers 2008/2009“

GESELLSCHAFT

- 58 Luftige Aussichten für Bukarest/Kaum zu glauben: Fahrer beißt Fußgänger



(Seite 60)

- 59 NEWS
- 60 „Die Assoziation mit unserem Hohenzollern-Haus grämt mich“
- 62 „Das Zusammenwachsen von Ost- und Westeuropa hautnah miterleben“
- 64 Von FAZ bis taz Wahlbetrug in Rumänien: „Erinnerungen an Nicu Ceauşescu“
- 66 Historischer Konkurs GM – Riese mit marodem Körper
- 67 Der Opel-Deal mutiert zum Polit-Geschäft
- 68 „Dann leiden Sie eben“
- 69 FREIZEIT

Erste Wohnung, letzte Chance

Das Erstwohnungsprogramm der Regierung – ein umstrittenes Mix aus Sozialprogramm und Konjunkturpaket

Das Programm ist in seinen Grundsätzen glasklar: Der Staat haftet unter bestimmten Bedingungen für Wohnungskredite bis zu 60.000 Euro, auch Familien mit Niedrigeinkommen sollen dabei Kredite aufnehmen dürfen – selbst dann, wenn sie bei den Banken keine 25%ige Anzahlung leisten können und auch sonst keine Bonität aufweisen. Das Geschäft scheint bombensicher, denn der Staat übernimmt das Risiko. Die Risikoprämie der Banken entfällt deshalb, so dass deren effektiver Jahreszins niedriger sein sollte als üblich – der Gesamtprofit einer Bank darf bei Darlehen in Euro unter dem Strich nach Abzug des EURIBOR-Marktinzinses die 4%-Marge nicht überschreiten, bei RON-Krediten sind es 2,5%.

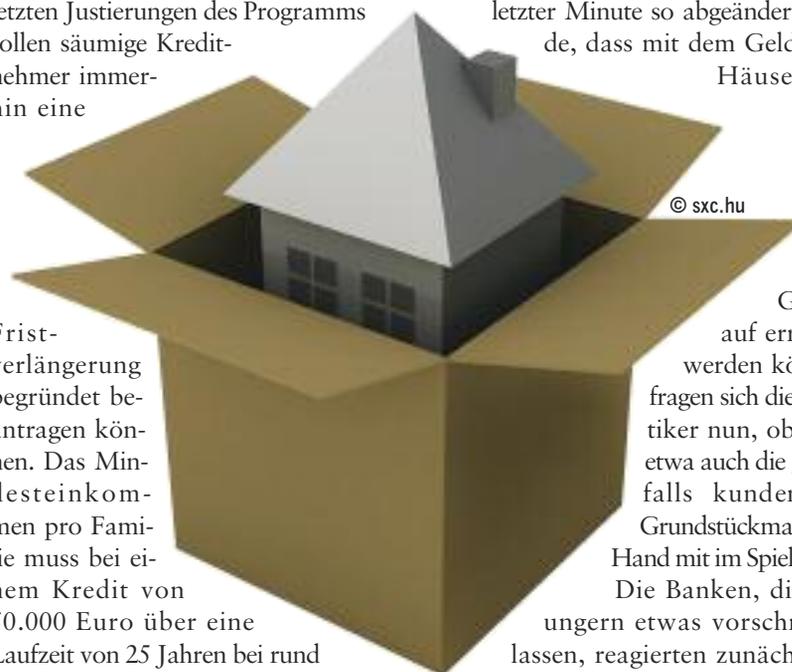
Auch für den Kreditnehmer ist der Deal an etliche Auflagen gekoppelt: Er darf keine weitere Eigentumswohnung besitzen – weder alleine, noch in Miteigentum. Die neue Wohnung darf 5 Jahre lang nicht veräußert werden, der Antragsteller muss mindestens 5% Anzahlung (3.000 Euro) aufbringen und mit keinen anderen Hypothekenkrediten belastet sein; eine Hypothek zugunsten des Staates wird eingerichtet. Schließlich muss der Käufer ein Kautionskonto im Wert von 3 Monatsraten einrichten.

Versäumt der Käufer 3 Ratenzahlungen, wird das Konto abgeschöpft und die Wohnung entsprechend der Hypothek dem Staat überschrieben. Nach letzten Justierungen des Programms sollen säumige Kreditnehmer immerhin eine

Fristverlängerung begründet beantragen können. Das Mindesteinkommen pro Familie muss bei einem Kredit von 50.000 Euro über eine Laufzeit von 25 Jahren bei rund 595 Euro liegen, das würde einer Mindestrate von 297 Euro monatlich entsprechen.

Leicht über die Bühne zu bringen war das Programm nicht – denn was anfangs als großzügige Sozialfürsorge beworben wurde, ist im Endeffekt nun eher Balsam für die Interessen der Immobilienhaie. Die Regierung hat zwar nie verheimlicht, dass die Erstwohnung nicht nur jungen Familien zum ersten Eigenheim verhelfen, sondern auch das Kreditgeschäft und die Bauindustrie möglichst ankurbeln soll. Doch gerade da liegt der Hund begraben – war eingangs nur von fertiggestellten Wohnungen die Rede, wurde der Plan über Nacht abgeändert, nachdem sich, so die Presse, die Business-Klientel der Behörden eingeschaltet habe. Da sie auf fast fertiggestellten Wohnungen sitzt, für die sich keine Menschenseele inter-

essiert, dürfte die „Prima Casa“ nun für Kunden sorgen – ein Geschenk Gottes, für das der Staat auch noch mit Steuergeldern haftet. Weil das Programm in letzter Minute so abgeändert wurde, dass mit dem Geld auch Häuser von



© sxc.hu

Grund auf errichtet werden können, fragen sich die Skeptiker nun, ob nicht etwa auch die gleichfalls kundenarme Grundstückmafia die Hand mit im Spiel hatte. Die Banken, die sich ungern etwas vorschreiben lassen, reagierten zunächst zurückhaltend, viele sind es immer noch: Wenn der Staat schon so großzügig mit dem Geld der Finanzinstitute umgehen will, möge er doch selbst den Anfang machen – nämlich über die Sparkasse CEC, an der er die Mehrheit hält.

Seltsamerweise scheint der Staat seine ursprünglichen Hauptnutznießer – die einkommensschwachen Familien, für die das Programm wohl die erste und letzte Chance zum Eigenheim darstellt – inzwischen vergessen zu haben. Denn viele Menschen haben selbst die 3000 Euro für die Anzahlung nicht. Und Wohnungen für 50.000–60.000 Euro gibt es sowieso kaum am Markt. Was also Staat, Bürger, Banken und Wirtschaft gewinnen, wird die Zukunft zeigen. Gut sehen die Prognosen allerdings nicht gerade aus.

Alex Gröblacher

TEVES
 Rechtsberatung GbR
* Externe Rechtsberatung für deutsches und österreichisches Recht
 - Legal Outsourcing for German and Austrian Law

Ihr Partner in Sachen Wirtschaftsrecht...
 Dr. Julian Teves

+49 2772 / 923 05 76
 +40 269 / 21 25 93

www.teves-rechtsberatung.de



Notenbank senkt Leitzins

Die Nationalbank hat Ende Juni den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte reduziert – damit liegt der geldpolitische Schlüsselsatz ab dem 1. Juli nun bei 9,00%. Zuletzt hatte die Notenbank den Leitzins im Mai gesenkt, damals um gleichfalls 0,5 Prozentpunkte. Zudem senkte sie auch die Devisen-Mindestreserven der Banken von 40% auf 35%. Für Passiva in der Landeswährung wurde eine Verringerung der Mindestquote um 3 Prozentpunkte auf 15% beschlossen.

Wirtschafts- und Finanzanalysten hatten die geldpolitische Maßnahme erwartet und auch mit der Senkung der Mindestreserven bei den Passiva in der Landeswährung gerechnet, wodurch die Markt-Liquidität gesichert werden soll. Hingegen habe die Reduzierung der Mindestreserven bei Devisen eine Überraschung dargestellt, so die Experten.

Des Weiteren verlautbarte die Nationalbank, dass sich die Desinflation fortsetze – die durchschnittliche Inflationsrate sei im Mai auf 5,95% gesunken, nachdem sie im April noch bei 6,45% gelegen hatte. Dem Chefvolkswirt der Notenbank zufolge ist nicht auszuschließen, dass die Inflation bis Jahresende auf 4-4,5% sinkt, in diesem Fall sei auch ein Leitzins von 7% durchaus denkbar, so Valentin Lazea.

© sxc.hu



Wie stark schrumpft die Wirtschaft?

Die wirtschaftlichen Indikatoren deuten hierzulande beileibe nicht auf ein baldiges Ende der Rezession hin – im Gegenteil! Während IWF und EU-Kommission in ihren jüngsten Einschätzungen noch von einem Rückgang der rumänischen Wirtschaft um 4,1 bzw. 4,0% ausgegangen waren, gab sich die Ratingagentur Moody's bereits erheblich skeptischer und stellte ein Haushaltsdefizit von 5,1% sowie ein 5%iges Leistungsbilanzdefizit in Aussicht. Auch Finanzminister Gheorghe Pogea musste Mitte Juni halblaut einräumen, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in 2009 um 6,5% schrumpfen könnte, sollte die Wirtschaft in den kommenden Monaten nicht wieder anziehen. Davor hatte Lucian Croitoru, Berater des Gouverneurs der Nationalbank, von einem 6%igen Schrumpfen der Wirtschaft gesprochen, während die Volkswirte der ING Bank das BIP um 7,1% einbrechen sahen.

Ende Juni verlautbarte schließlich Andreea Vass, Wirtschaftsberaterin des Regierungschefs, dass sämtliche Indikatoren auf einen extrem starken Rückgang der Wirtschaft im 2. Quartal, nämlich um ganze 9%, hindeuten. Vass zufolge wird die Regierung entweder die Steuern erhöhen oder Lohnkürzungen und/oder Massenentlassungen im öffentlichen Bereich vornehmen müssen.



© Alex Micsik/Agerpres

Das Schlimmste kommt noch

Der Vizegouverneur der rumänischen Zentralbank (BNR), Eugen Dijmărescu (Foto), warnt: Hierzulande habe die Rezession ihren Tiefpunkt noch keineswegs erreicht, das Schlimmste stehe noch bevor – nämlich im 3. Quartal. Mit ersten Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung könne frühestens im 4. Quartal 2009 gerechnet werden, davor gelte es jedoch, im 3. Quartal die Hiobsbotschaft eines weiteren Tiefststands zu verdauen, den Dijmărescu ganz von der Landwirtschaft abhängig macht: „Im 3. Quartal wird sich zeigen, wie die Agrarproduktion ausfallen dürfte. Erweist sich das Jahr als ein günstiges für die Landwirtschaft, kann das bisherige Negativwachstum beibehalten werden. Erweist es sich als ein katastrophales, dann wird das 3. Quartal dementsprechend noch schlechter ausfallen. Zudem bin ich der Meinung, dass wir es hierzulande mit einer L-förmigen Rezession und nicht etwa mit einer V- oder W-förmigen zu tun haben“, fügte Eugen Dijmărescu hinzu.

Noch im Mai hatte Notenbankchef Isărescu geäußert, dass aus seiner Sicht die rumänische Wirtschaft eine V-förmige Rezession durchmache, deren Tiefpunkt bereits im 1. Quartal erreicht worden sei und folglich noch in diesem Jahr mit einer schrittweisen Erholung gerechnet werden könne.



Das liebe Geld: Woher nehmen und nicht stehlen?

Banken weiterhin am Immo-sektor interessiert

Der Saldo der Bankkredite an Unternehmen ist im April gegenüber dem Vormonat um 0,2% auf 252,6 Milliarden Lei leicht gestiegen. Das Wachstum wurde von dem Anstieg der Finanzierungen für Bestände und Anlagen um 1,8% sowie der Kredite für Immobilieninvestitionen um 0,24% begünstigt, dafür fielen die dem Staat gewährten Darlehen um 1,2%.

Nach jüngsten Daten der Zentralbank ist der auf das Jahr hochgerechnete Kreditanstieg im April 2009 von 19% auf 15,7% zurückgegangen. In den ersten 11 Monaten des letzten Jahres war die Kreditsumme kontinuierlich auf 255 Milliarden Lei gestiegen. Anschließend drosselte die Geschwindigkeit, doch ist, Analysten zufolge, der Saldo auch deshalb rückläufig gewesen, weil der Staat fällige Schulden an die Unternehmen bezahlte und diese dann vornehmlich die Rückzahlung der Kredite bedienten.

Im April lag der Gesamtsaldo der Kredite an die Staatskasse bei 63,3 Milliarden Lei – 11% mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Statistik der Notenbank bestätigt, dass die Banken zu Beginn der Krise den Betriebskundensektor immer weniger finanzieren. Lag dieser Saldo im November 2008 noch bei 67,6 Milliarden Lei, so konnte in den kommenden Monaten ein konstanter Rückgang festgestellt werden.

Auch das Vorpreschen der Kredite für die Finanzierung der Bestände und Anlagen wurde ab Oktober 2008 rückläufig. Obwohl das Jahreswachstum bei 8,7% lag und der Saldo auf 38,8 Milliarden Lei stieg, fiel er im sodann schrittweise auf 37,8 Milliarden Lei. Allerdings stiegen die Finanzierungen seit Ende des dritten Quartals auch in diesem Segment.

Ganz anders entwickelte sich der Saldo der Kredite für Immobilieninvestitionen. Dieser ist im gesamten Vergleichszeitraum nämlich konstant gestiegen. Die im April 2009 registrierte Jahressteigerung lag bei 22% (von 34

Milliarden Lei auf 41,5 Milliarden Lei). In der zweiten Hälfte der Zeitspanne drosselte das Wachstum von etwa 3% monatlich im Jahr 2008 auf unter 1% in 2009 – immerhin aber gab es für diesen Kredittyp noch Finanzierungsquellen. Dabei empfinden die Banker den Immobiliensektor immer noch als den risikantesten Wirtschaftszweig, gefolgt – in deren Risikoranking – von der Bauindustrie, dem Transportwesen, der Post&Telekommunikation und dem Tourismus.

Langzeitfinanzierungen sind rückläufig

Zweifelsfrei hat sich die Risikowahrnehmung der Banken im ersten Quartal 2009 branchenübergreifend verschlechtert. Besonders kleine Unternehmen werden schlecht bewertet und erhalten ihre Finanzierungen immer schwerer. Mittelgroße Betriebe, die früher vom Risiko her zwischen Konzernen und Kleinbetrieben rangierten, werden mittlerweile mit den Kleinen über einen Kamm geschoren. Die Konzerne sind zwar auch nicht vollkommen risikofrei, doch gelten sie immerhin sicherer als KMU.

An der Fälligkeit gemessen gibt es eine starke Symmetrie beim Rückgang der Nachfrage – die Größe des Unternehmens fällt dabei weniger ins Gewicht. Langfristige Verpflichtungen werden unter den gegenwärtigen Krisenumständen gemieden, viele Investitionsprojekte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Kurzfristige Kredite werden von KMU stärker nachgefragt, einfach deshalb, weil sie sich nicht, wie die Filialen und Ableger der Großen, auch bei den Mutterkonzernen beileihen können. Dadurch sind Großunternehmen von Bankkrediten weniger abhängig als die kleinen Betriebe. Was die Nachfrage von Darlehen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr betrifft, so lautet die Prognose der Banken auf „konstant“, bei der Nachfrage nach Langzeitdarlehen rechnet man in den Bankzentralen hingegen mit einem Rückgang.

Ada Comănescu

Wirtschaftskommentar

Zynismus oder Unwissenheit?

Demnächst stehen „klassische“ Geschäftsmodelle wieder auf dem Prüfstand. Theorien zur Übermacht der internationalen Konzerne, die auf die „economy of scale“ gründen, haben heute ausgedient. Der Reihe nach sterben die Saurier der Flaggschiffindustrien und des Großkapitals in Ländern mit einer starken Volkswirtschaft ab – sie sind unfähig, sich einem tiefgehenden ökonomischen Wandel anzupassen. Leider gehen die Regierungen der USA, etlicher westlicher EU-Länder, Chinas, Russlands oder Japans entweder aufgrund des zynischen Drucks der Interessenkreise oder infolge der eigenen Ohnmacht immer wieder den Weg der Verstaatlichung oder der gutgläubigen Bailouts privater Unternehmen.

Das jüngste Beispiel, General Motors (GM), ist wohl das dramatischste der US-amerikanischen Industrieschicht: Der Konzern, dessen Kapitalisierung in seinen besten Zeiten über 8 Mrd. Dollar stark war und für den weltweit zigtausend Menschen arbeiten, beginnt das Reorganisationsverfahren unter dem Schutzschirm des Insolvenzgesetzes. Die Frage, wann denn GM von einem rein wirtschaftlichen Einsatz zu einem politischen mutierte, kann mit einem „vor Jahren schon“ beantwortet werden. Sonst wäre der Konzern nämlich nicht schon in der Vergangenheit von US-Regierungen unterstützt worden, ohne im Gegenzug gewisse Leistungsstandards erfüllen oder einen mittel- bis langfristigen Restrukturierungsplan vorlegen zu müssen. Es kann schwerlich von einer derart akuten Unwissenheit der US-Analysten und -Behörden ausgegangen werden, dass keiner den Bruch zwischen den Trends am Weltautomarkt und dem konservativen Auftritt des Konzerns erkannt haben mag. Tatsächlich wurde der Autobauer in seinem konservativen Looser-Ansatz von der US-

Regierung noch bestärkt, die ihm diverse Vergünstigungen und wettbewerbsverzerrende Strategien aus rein politischer Motivation gönnte. Der Verlust von Arbeitsplätzen, der schwindende Einfluss der Granden aus der Auto- und Ölindustrie bedeutete schließlich unterm Strich, dass auch deren großzügige Wahlkampfspenden



ADA COMĂNESCU ist Wirtschaftsanalytikerin der rumänischen Fachpresse

versickern oder Stimmen in andere Richtungen abwandern würden.

Der Trick wird nicht nur am Potomac, an der Themse, Seine oder Spree praktiziert, sondern auch an der Dâmbovița. In den heimischen Gefilden herrscht jedoch eine ganz andere Konzentration von Zynismus und Unbedarftheit vor – ein Großteil der hierzulande getroffenen Regierungsmaßnahmen stehen im Zeichen eklatanter Unfähigkeit. Der Zynismus – als Profitgier der Interessenkreise im Tross der Regierungsbeamten zu verstehen – potenziert die bereits zerstörerische Wirkung der Regierungspolitik auf die Wirtschaft. Doch werden alberne Maßnahmen wie die „Kürzung“ der Gehälter von Staatsbediensteten, die Mindeststeuer, die Robin-Hood-Steuer oder das Erstwohnungsprogramm am laufenden Band verabschiedet – letzteres ein klarer Image-Schachzug der Regierung, die es nun als eine zum „Krisenplan gehörende Maßnahme“ verkaufen

will. Nach dem Mindeststeuer-Fiasco soll nun offenbar die Erstwohnungs-idee die Wählerschaft davon überzeugen, dass die Regierung etwas für sie tut. Doch hinkt die neue Regierungsinitiative von aller Anfang an: So wurde der staatliche Garantiefonds erst spät in den Plan eingebaut, wobei weiterhin unklar bleibt, woher die nötige

Alberne Maßnahmen wie die „Kürzung“ der Gehälter von Staatsbediensteten, die Mindeststeuer, die Robin-Hood-Steuer oder das Erstwohnungsprogramm werden am laufenden Band verabschiedet – letzteres ein klarer Image-Schachzug der Regierung, die es nun als eine zum „Krisenplan gehörende Maßnahme“ verkaufen will.

Garantiesumme über eine Milliarde Euro überhaupt stammen soll. Mal behaupten die Behörden, dass das Programm nur Neubauwohnungen finanziere, mal heißt es, dass auch Altbauwohnungen gekauft werden könnten, solange der Wert die Haftsumme von 60.000 Euro nicht übersteigt.

Zynisch ist allerdings der fanatische Ämteschacher der Koalitionspartner im Verwaltungswesen, während man völlig vergisst, die Institutionen zuerst zu restrukturieren und deren Arbeitsvorgänge zu vereinfachen. Ebenso zynisch ist auch die Vergabe von Zuschlägen bei Infrastrukturprojekten nach dem wohlbekannten alten Rezept ...

Beides – Zynismus und Unwissenheit – kann durch Transparenz im Regierungsakt bekämpft werden. Letztere tut zwar weh, weil sie versteckte Motivationen ans Tageslicht befördert. Aber sie ist gesund.

Ada Comănescu



To-Do-Liste

Arbeitgeber fordern niedrige Lohnabgaben und flexible Arbeitsverhältnisse

Immer mehr Arbeitgeber kritisieren die teils falschen, teils fehlenden Krisenmaßnahmen der Regierung. Die Realwirtschaft leide, während der Staat ihre massiven Probleme ignoriere, lautet der Tenor. Die Arbeitgeberverbände präsentierten den Behörden deshalb eine „To-Do-Liste“, von der sie sich eine Besserung ihrer Lage erhoffen. Ob die Regierung die Pendenzenliste allerdings auch beherzigen wird, steht in den Sternen.

Den Unternehmern zufolge müsste in erster Linie eine Senkung der Lohn- und Sozialabgaben sowie eine Novellierung des Arbeitsgesetzes vorgenommen werden, um eine aktive berufliche Rekonversion zu ermöglichen. Unternehmen sollten steuerliche Erleichterungen erhalten, falls sie ihre Mitarbeiter umschulen, zudem sollte der Staat die Bezüge neu eingestellter Arbeitsloser subventionieren – wie dies in etlichen anderen europäischen Staaten längst der Fall ist.

Auch das Arbeitsrecht gehört, nach Meinung der Arbeitgeberschaft, abgeändert – zumindest in punkto Arbeitsverhältnis. Die derzeit gültigen Regelungen zielen fast ausschließlich auf den Arbeitnehmerschutz ab, so dass viele Unternehmen Neueinstellungen scheuen. Anstellungs- und Entlassungsverfahren gehörten vereinfacht, dann würden auch die Firmen mehr Personal rekrutieren.

Zudem moniert die Realwirtschaft die immer noch ausstehenden, obwohl bereits im Januar angekündigten, Krisenmaßnahmen für den Arbeitsmarkt – zumal die Arbeitslosenquote Monat für Monat steigt. Das Fass zum Überlaufen habe allerdings die Anhebung der Sozialabgaben gebracht. „In ganz Europa senkten die Regierungen angesichts der Krise die Steuern auf die Arbeitskraft, nur hierzulande ließ man sich die Erhöhung der Sozialabgaben einfallen. Wir fordern deren zügige Kürzung – wenigstens auf das Level des Vorjahres“, erklärte Maria Grapini, Vorsitzende des Verbandes der Arbeitgeber aus der Leichtindustrie.

Arbeitsrechtler empfehlen ihrerseits eine dringende Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Befristete Arbeitsverträge sollten auf weit mehr Bereiche ausgeweitet werden, Part-Time Jobs gehören liberalisiert und die Arbeit von Zuhause gefördert. „Doch sind die ersten

Verhandlungen über die Novellierung des Arbeitsrechts nicht gerade glücklich verlaufen“, so SAP-Chef Valentin Tomşa. „Es bringt nämlich nichts, sämtliche Sozialgruppen einzuladen und dann zu versuchen, hin und her zu vermitteln, um alle Welt zufrieden zu stellen.“

„Der Staat kann uns nur über Fiskalmaßnahmen helfen – was er jedoch nicht getan hat. Im Gegenteil, die Mindeststeuer wirkt sich größtenteils negativ auf die Unternehmen aus. Um dem Arbeitsmarkt zumindest indirekt unter die Arme zu greifen, sollten Maßnahmen zur Förderung des Konsums überlegt werden. Wird die Nachfrage erst einmal stimuliert, so regelt die Wirtschaft den Rest von selbst“, so die Vertreter der Möbel- und Holzverarbeitenden Industrie.

Anfang des Jahres hatte die Regierung verlautbart, jenen Firmen, die von Entlassungen absehen und ihre Beschäftigten lediglich in Kurzarbeit schicken, die Sozialabgaben erlassen zu wollen, auch sollte die Einstellung von Arbeitslosen durch Finanzierungen aus EU-Fördergeldern stimuliert werden. Keine der Maßnahmen wurde jedoch umgesetzt. Letzten Monat erklärte Arbeitsminister Marian Sârbu dazu halben Herzens, dass jene Unternehmen, die 2009 keine Personalentlassungen vornehmen, im nächsten Jahr „eventuell“ mit einer Reduzierung der Sozialabgaben „belohnt“ werden könnten. Bis dahin ist der Zug allerdings wohl für eine Vielzahl von Firmen endgültig abgefahren.

L. M. S.

Evolution der Arbeitslosigkeit		
MONAT	Arbeitslosen-zahl	Arbeitslosen-quote
Okt. 2008	364.183	4%
Nov. 2008	376.971	4,1%
Dez. 2008	403.441	4,4%
Jan. 2009	444.907	4,9%
Feb. 2009	477.860	5,3%
März 2009	513.621	5,6%
April 2009	517.741	5,7%



EU-Abgeordnete versprechen der Wirtschaft **das Blaue vom Himmel**

Im Zuge des Wahlkampfes erwiesen sich die inzwischen frischgewählten Europaabgeordneten äußerst großzügig mit ihren Versprechen. Sogar die Realwirtschaft wurde anvisiert. Doch blieben die Wirtschaftsvertreter skeptisch – keiner der Politiker hatte nämlich konkret erläutert, wie er seine den Unternehmern gemachten Versprechen denn auch einzulösen gedenke.

Welche Erwartungen Manager derzeit haben, ist leicht zusammengefasst: vereinfachter Abruf der EU-Fonds, geringere Besteuerung, weniger Bürokratie. Zudem soll dem Kreditmangel, der die Wirtschaft tief in die Rezession drückt, Abhilfe geschafft werden, besagt eine unter Unternehmern durchgeführte Erhebung.

Laut Adrian Severin, Spitzenpolitiker der Sozis, will sich die PSD-Delegation in Brüssel für „einen kohärenten Plan zum wirtschaftlichen Relaunch Europas“ einsetzen. Das sei durch mehr Investitionen, die Öffnung von Kreditlinien für den Privatsektor sowie durch EU-Fördergelder möglich. Auf der To-Do-Liste der liberalen Spitzenpolitikerin Norica Nicolai steht eine Aufstockung der Rumänien zustehenden Strukturfonds. Der Wirtschaft wolle sie zudem durch einen erleichterten Zugang zum Rohstoffmarkt unter die Arme greifen und auch die Möglichkeit der Einführung einheitlicher Rohstoffpreise eruieren, so Nicolai. Der liberaldemokratische Listenführer Theodor Stolojan verlautbarte, seine Bemühungen dem Beitritt Rumäniens zur Eurozone, der Heranziehung weiterer För-

dergelder, der Unterstützung der Landwirte, der Energiesicherheit sowie dem VII. PAN-Korridor (Wasserweg auf der Donau) widmen zu wollen.

Es liegt auf der Hand, dass die heimische Wirtschaft keine 5 Jahre brauchen wird, um festzustellen, wie viele dieser Wahlversprechen letzten Endes auch eingehalten wurden.

PSD-Versprechen:

- Periodische Treffen mit Wirtschaftsvertretern, um deren Interessen in der EU zu vertreten
- Neuausrichtung der europäischen Finanzinstrumente und Strukturfonds
- Anreize für private Investoren
- Durchführung von Projekten aus Strukturfonds oder aus Mitteln der EIB

PDL-Versprechen:

- Unterstützung der Agrarwirtschaft; Verbraucherschutz
- Gewährleistung der Energiesicherheit
- Heranziehung weiterer EU-Fördermittel für Rumänien
- Förderung des PAN-Korridors VII zwecks Verringerung der regionalen Ungleichgewichte

PNL-Versprechen:

- Erleichterter Zugang zu den Rohstoffmärkten, eventuelle europaweite Einführung von Standard-Preisen bei nicht näher definierten Rohstoffen
- Einführung einer Rahmenregelung des freien Handels in der EU
- Gründung europäischer Agenturen für Risikobewertung
- Erhöhung des EU-Budgets, zusätzliche Fördergelder für Rumänien

Lilo Millitz-Stoica

STEIN & PARTNER
THE AMROP HEYER GROUP
INTERNATIONAL BOARD

Seit 1994
Ihr zuverlässiger Partner
bei der Besetzung von Führungspositionen
in Ihrem Unternehmen

Bukarest +40 21 2234430 Timisoara +40 256 293298
Sofia +359 2 9446574

In Südosteuropa ...
www.steinandpartner.ro
www.amropheyer.com
... und weltweit!

Agentur: Aachen, Almere, Amst., Berlin, Brüssel, Frankfurt, Gießen, Hamburg, Köln, Düsseldorf, London, Mailand, München, Nürnberg, Paris, Prag, Rom, Sofia, Wien, Zürich
Büros: Athen, Belgrad, Brüssel, Bukarest, Coimbra, Florenz, Genua, Lissabon, London, Mailand, München, Nürnberg, Paris, Prag, Rom, Sofia, Wien, Zürich
Banken: Berlin, Bonn, Brüssel, Frankfurt, Gießen, Hamburg, Köln, Düsseldorf, London, Mailand, München, Nürnberg, Paris, Prag, Rom, Sofia, Wien, Zürich

90 Jahre jung!

Reservierungszentrale
Tel.: 0040-21 33 575 33
Fax: 0040-21 33 575 32
Reservations@hertz.com.ro

Hertz

Katerstimmung in Krisenzeiten

Rumänien zählt über 16.000 Firmen mit deutschem Kapital. Ein Teil von ihnen denkt jetzt ans Weggehen. Doch für Baufirmen wird Rumänien weiterhin ein Renner sein.

Der deutsche Rechtsanwalt Gisbert Stalfort sucht gerade Personal in Bukarest – trotz Wirtschaftskrise. Die Kanzlei hat zurzeit alle Hände voll mit Firmenaufösungen zu tun: 15 Unternehmen, die einst mit deutschem und österreichischem Kapital gegründet wurden, bereiten ihren Rückzug vom rumänischen Markt vor. Verlust für den hiesigen Arbeitsmarkt – rund 750 Arbeitsplätze. „Randerscheinungen“ nennt Stalfort, der seit Mitte der 90er Jahre deutsche Investoren in Rechtsfragen betreut, die Firmenaufösungen der vergangenen Jahre. „Jetzt“, sagt der Jurist, „sind sie das Tagesgeschäft.“

Mehr als 2 Mrd. Euro hat Deutschland seit der Wende in Rumänien angelegt, nach den Niederlanden und Österreich ist es damit drittgrößter Investor. Umgerechnet sind das Hunderttausende Arbeitsplätze, allein die deutsche Kfz-Zulieferbranche hat nach einer Analyse der Berliner Beratungsagentur Germany Trade & Invest mehr als 80.000 geschaffen. Doch jetzt wird wegen weltweiter Absatzverluste in der Branche dramatisch abgebaut. So schloss der Nürnberger Automobilzulieferer Leoni, der Bordsysteme für Fahrzeuge herstellen lässt, zu Jahresbeginn sein Werk in Mioveni. 6 Jahre war es gerade mal alt und zählte 230 Beschäftigte. Die frühere Gewerkschaftschefin Florica Vasilescu ist enttäuscht über den Stellenabbau: „Wir dachten, dass einem deutschen Unternehmen mehr einfällt als Entlassungen.“ Bislang ist die Fabrik in Mioveni die einzige, die Leoni osteuropaweit vollständig aufgegeben hat. Was aus den anderen rund 6.500 Arbeitnehmern in Arad, Bistritz und Pitești wird, weiß Unternehmenssprecher Sven Schmidt derzeit nicht zu



sagen: „Wir sind seit unseren enormen Gewinneinbußen mit Prognosen äußerst vorsichtig geworden.“ Fest steht – um die Produktionskosten weiter zu senken, wird der deutsche Automobilzulieferer Leoni nicht auf Rumänien setzen. „Die unerwarteten Lohnsteigerungen haben uns in ihrem Ausmaß in Rumänien völlig überrascht“, sagt Schmidt. Stattdessen wird der Konzern personalintensive Arbeiten, wie sie in Mioveni getätigt wurden, jetzt verstärkt nach Nordafrika verlagern, wo das Unternehmen seit 3 Jahrzehnten produzieren lässt. Zwischen den weltweiten Leoni-Standorten ist der Netto-Lohnunterschied beträchtlich: Ein qualifizierter Arbeiter verdient in Deutschland rund 1.600 Euro, in Rumänien rund 350 Euro, in Tunesien sind es hingegen rund 180 Euro monatlich.

„Wanderzirkus“ nennt der deutsche Unternehmensberater Johannes Book Branchen, die auf Handarbeit und damit auf Billiglohn-Niveau setzen. „Die wandern mal nach Osteuropa, mal nach Afrika, mal nach Asien“, sagt Book, der von Frankfurt am Main aus deutsche Unternehmen berät, wenn sie ihre Standorte nach Osteuropa oder Asien verla-

gern wollen. Ob in Krisen- oder Nichtkrisenzeiten, Book muss bei den Unternehmern „Phantasien wecken“, dass sich ihre Investition lohnt. „Für Rumänien habe ich im Augenblick wenig Argumente“, sagt Book. So sind in den vergangenen Jahren die rumänischen Arbeitskräfte zwar teurer, nicht aber qualifizierter geworden. Die Folge: Wer mehr kostet, wird stärker an seiner Arbeitsproduktivität gemessen. Die aber fällt in rumänischen Werken gemessen an Polen, Tschechien oder Ungarn wesentlich geringer aus. „Statt auf Mindestlohnerhöhungen sollte die rumänische Regierung mehr auf die Ausbildung von Facharbeiter-Nachwuchs setzen“, rät Book.

Fachkräftemangel? Der deutsche Ingenieur Ludger Thol, der in Klausenburg ein Projektierungsunternehmen führt, kann ein Lied davon singen. Seit mehreren Jahren baut die Elf-Mann-Firma im Land Industrie- und Gewerbehallen für deutsche Investoren. Für den Bau selbst heuert Thol neben rumänischen auch ungarische Handwerker-Firmen an: „Sie kosten zwar mehr, doch lässt es sich effizienter arbeiten, als wenn ich nur durchschnittlich 60-jähri-

ge einheimische Handwerker auf der Baustelle habe.“ Zur Wohnungsbau-Branche hat Thol all die Jahre Abstand gehalten. Das zahlt sich heute aus. Er hat anders als andere Bauprojektierer Aufträge, die bis ins nächste Jahr reichen. Was dann kommt, weiß er noch nicht. Denn die Krise hat auch Thols Industrieinvestoren zu zögerlichen Kunden gemacht. Ein Trend, der nicht nur in Cluj, sondern landesweit zu beobachten ist. 40% weniger ausländische Investoren verzeichnete Rumänien im 1. Quartal dieses Jahres zum Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die rückläufigen Zahlen, die das Nationale Statistikamt veröffentlicht hat, bekommt Ludger Thol in ersten Zügen zu spüren: „Früher kamen die Investoren von alleine auf uns zu, inzwischen müssen wir Akquise betreiben.“ Klagen will der Bauingenieur aber nicht, sondern lieber aus der Krise eine Tugend machen. „Gab es bislang nur leerstehende Schweineställe im Land“, sagt Thol, „hinterlassen abwandernde deutsche Unternehmer jetzt hochwertig gebaute Industriehallen.“ Angebote von deutschen Textil- und Maschinenbauunternehmen, die ihre Hallen verkaufen wollen, hat der Bauingenieur bereits auf dem Tisch. Ein Umbau fällt deutlich preisgünstiger aus als ein Neubau – ein Kostenvorteil, der bei einer Standortverlagerung neuer deutscher Investoren eine Rolle spielen wird, meint Thol.

Für Ulrich Burger sind seit der Krise gute Verhandlungszeiten angebrochen. Burger sucht Grundstücke in Siebenbürgen, im Banat und dem nördlichen Teil der Moldau für den Discounter



Filialnetzentwicklungsleiter Ulrich Burger im einzigen Plus-Markt in Klausenburg: „Die Stadt könnte bis zu sechs vertragen.“

Plus, der zum deutschen Tengelmann-Konzern gehört. Da die Grundstückspreise hierzulande im Sturzflug begriffen sind, kann die Gruppe jetzt umso besser expandieren. „Vor der Krise überlegten wir, ob wir nicht umgehend zugreifen sollten, weil das Grundstück möglicherweise noch teurer wird, heute überlegen wir, ob wir nicht noch ein wenig warten sollten, denn es könnte womöglich noch billiger werden“, sagt Burger. Anders als in Ungarn, wo der Discounter-Markt längst gesättigt ist, stehen der Branche in Rumänien noch Boomzeiten bevor, mit eifrigen Käufern. Statistiken zufolge geben Rumänen rund 40% ihres Gehaltes allein für Lebensmittel aus. Das Plus-Unternehmen – bislang mit 75 Filialen im Land vertreten, doch sollen es über 200 in den nächsten Jahren werden – ist in manchen Städten noch ohne Konkurrenz. „Das sind goldene Zeiten für uns“, sagt Burger. Hinzu kommt, dass die Krise die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust schürt. Klagen bislang die deutschen Investoren aller Branchen, dass die Arbeitnehmer „mit nur einem halben Euro von

der Konkurrenz abgeworben werden konnten“, seien sie jetzt hingegen „brav und sesshaft“. In der rund 10.000 Einwohner zählenden Stadt Tâșnad in Siebenbürgen gibt es erste Job-Bewerbungen für einen Plus-Markt, auch wenn dort erst einmal die Baupfeiler stehen. „Wir mussten noch nicht einmal werben“, sagt Burger.

Während in Branchen wie der Automobilzuliefersparte jetzt Katerstimmung herrscht und Unternehmen ans Weggehen denken, wird Rumänien für die Infrastruktur-Baubranche „noch in den nächsten 10 Jahren der Renner sein“, meint Ingenieur Ludger Thol. So warten allein rund 15 Mrd. EU-Gelder darauf, für Straßen, Brücken, Abfallmanagement abgerufen zu werden. „Das ist ein hochinteressanter Markt“, sagt Rechtsanwalt Stalfort. Vorerst will er aber noch Unternehmen im Land über Krisenstrategien beraten und darüber, wie man Massenentlassungen vorbereitet. Zur ersten Veranstaltung im Frühjahr hatte er 35 deutsche Firmen erwartet, es kamen 100. Inzwischen ist die Zahl der interessierten Firmen auf eine beängstigende Größe von knapp 300 angestiegen. Sie haben zwischen 5 bis über 1.000 Angestellte. „Wenn im nächsten Halbjahr keine deutliche Konjunktur ausbricht, werden viele nicht durchhalten können“, meint Stalfort. In ein paar Wochen will er seine Krisen-Vortragsreihe einstellen. „Zunächst herrscht bei den Firmen Wissensdurst, wie man Betriebe auflöst“, sagt Stalfort, „und im nächsten halben Jahr wird umgesetzt.“

Annett Müller



Baustelle für ein Fünf-Sterne-Hotel in Cluj. In der Stadt sollen noch Träume verkauft werden.

© Annett Müller

Was bei einer **Insolvenz** von Vertragspartnern zu beachten ist

2009 wird es in Rumänien voraussichtlich über 20.000 neue Unternehmensinsolvenzen geben. Allein im ersten Quartal 2009 wurden 5.173 Insolvenzverfahren eröffnet. Im gesamten Jahr 2008 hatte es „nur“ 10.636 Insolvenzeröffnungen gegeben. Bei der Insolvenz eines Vertragspartners sind wichtige Aspekte des Gesetzes Nr. 85/2006 über das Insolvenzverfahren zu beachten:

Gründe und Frist für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Von der Insolvenz eines Schuldners ist u. a. dann auszugehen, wenn dieser Verbindlichkeiten in Höhe von mehr als 10.000 RON hat oder sechs Bruttodurchschnittsgehälter mangels Liquidität binnen 30 Tagen nach deren Fälligkeit nicht bezahlt. Liegt ein Insolvenzgrund vor, ist der Schuldner selbst verpflichtet, binnen 30 Tagen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen zu stellen. Allerdings wird dieser Antrag in der Regel durch die besorgten Gläubiger beim zuständigen Landgericht (*tribunal*) gestellt.

Forderungsanmeldungen

Sobald dem Antrag stattgegeben wird, müssen sämtliche bekannten Gläubiger über den Eintritt der Insolvenz sowie über die Möglichkeit, ihre Forderungen in die Forderungstabelle eintragen zu lassen, benachrichtigt werden. Grundsätzlich ist der Schuldner verpflichtet, im gesamten Schriftverkehr auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen hinzuweisen. Allerdings wird diese Regel in der Praxis selten befolgt, so dass der Verfahrensbeginn oft übersehen wird.

Verpassen die Gläubiger die Frist zur Anmeldung ihrer Forderungen (üb-



Dr. Raluca-Isabela Opreșiu,
LL.M. Eur. Integration

licherweise 60 Tage nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens), so haben sie grundsätzlich keine Möglichkeit mehr, diese im Rahmen des Insolvenzverfahrens geltend zu machen.

Vorteile gesicherter Forderungen

Verfügt ein Gläubiger über eine (durch Eigentumsvorbehalt, Hypothek oder Pfandbestellung) gesicherte Forderung, so kann er mit der Anmeldung der Forderung die sofortige Verwertung der Sicherheit durch den Insolvenzverwalter verlangen. Der Insolvenzrichter kann einem solchen Antrag stattgeben, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind (z. B. Wertverlust der Sicherheit). Gläubiger mit dinglich gesicherten Forderungen sind allgemein gegenüber anderen Gläubigern im Vorteil.

Sie haben nämlich das Recht, aus dem Verwertungserlös der Sicherheit unmittelbar nach Entrichtung der Verwertungs- und Verfahrensgebühren bevorzugt zu werden.

Anfechtung früherer Rechtsgeschäfte durch Insolvenzverwalter

Oft stellen der Insolvenzverwalter oder die Gläubiger fest, dass einige in den letzten drei Jahren vor Insolvenzeröffnung geschlossene Rechtsakte des Schuldners zu Nachteilen für die Gläubiger bzw. zur Bevorzugung einzelner Gläubiger geführt haben. Darunter fallen z. B. Vermögensübertragungen, Bestellung von Sicherungen oder die Übernahme unverhältnismäßiger Verpflichtungen. In diesem Fall kann deren Annullierung und Rückabwicklung durch den Insolvenzrichter angeordnet werden. Anschließend meldet sich der Vertragspartner des Schuldners mit dem Wert des rückabgewickelten Rechtsgeschäftes für die Aufnahme in die Forderungstabelle an. Insolvenzverwalter sind in der Regel besonders motiviert, solche Fälle ausfindig zu machen, da sie in der Praxis einen Prozentsatz des genannten Wertes als Honorar erhalten. Ferner kann der Insolvenzpraktiker langfristige oder nicht vollständig erfüllte Vertragsbeziehungen des Schuldners kündigen oder aber neu verhandeln.

Dr. Raluca-Isabela Opreșiu, LL.M.

Kontakt Info:

STALFORT Legal. Tax. Audit.

Büro Sibiu:

Tel.: +40 - 269 - 244 996

Fax: +40 - 269 - 244 997

E-Mail: sibiu@stalfort.ro

www.stalfort.ro

Brüssel genehmigt **Subventionierung** der Unternehmensdarlehen



© Thierry Chartier/AP // Agerpres

EU-Wettbewerbskommissarin
Neelie Kroes

Einheimischen Unternehmen kann künftig mit Subventionen unter die Arme gegriffen werden – eine Usance, die bislang in Brüssel verpönt war und in den meisten Fällen streng geahndet wurde.

Letzten Monat jedoch hat die EU-Kommission einen Vorschlag der rumänischen Regierung abgesegnet, demzufolge der Staat die mit Finanzierungsschwierigkeiten kämpfenden Unternehmen mittels Subventionen unterstützen kann. Konkret handelt es sich um subventionierte Staatsgarantien im Falle von Darlehen, die zwecks Investitionen, Erhaltung oder Ausweitung des Arbeitskapitals bis zum 31. Dezember 2010 aufgenommen werden, meldeten die rumänischen Presseagenturen.

„Die von rumänischer Seite vorgeschlagene Maßnahme erleichtert den Zugang der Unternehmen zu Krediten

und stellt folglich ein effiziente Methode dar, um sowohl Investitionen als auch die Erholung der Wirtschaft zu fördern. Der Wettbewerb am Markt wird dadurch keineswegs verzerrt“, teilte EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes in einem Presse release mit. Auch stehe sie im Einklang mit dem Kommissionvertrag, der Staatshilfen im Falle von schwerwiegenden Wirtschaftsturbulenzen in einem Mitgliedstaat genehmigt. „Eine Senkung der Zinssätze im Falle derartiger Garantien kann für einen Zeitraum von maximal 2 Jahren bei Darlehen, die bis zum 31. Dezember 2010 aufgenommen wurden, erfolgen. Sollte der subventionierte Kredit die Zweijahresfrist überschreiten, so können die Safe-Harbour-Prämien auf eine weitere Zeitspanne von maximal 4 Jahren ausgeweitet werden“, heißt es des Weiteren in der Presseausendung der EU-Kommission.



Accommodation in Bucharest



■ Guaranteed Privacy

■ No Commissions

■ Top Quality Services

■ Completely Furnished and Equipped Apartments

■ MAGHERU, DOROBANTI
AMZEI, BELLER, VICTORIEI



Tel: (004) 021 232 04 06; (004) 0745 010 202; Fax: (004) 021 232 17 04
www.professionalrealty.ro; E-mail: realty@dig.ro, office@accommodation.com.ro

Einstieg bei profitablen Firmen

Osteuropabank auf Brautschau

In Zeiten, in denen sich die meisten Portfolio-Investoren angesichts der bestehenden Risikomargen in vornehmer Zurückhaltung üben, steuert die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gegen den Strom an. Peter Stredder, Senior Banker und Private-Equity-Experte für den Ressort Südosteuropa, Kaukasus und Mittelasien, gab jüngst bekannt, dass die EBWE bereit sei, Minderheitspakete rumänischer Unternehmen zu übernehmen – vorausgesetzt, sie schreiben Gewinn.

„Wir können im Aktionariat eines Unternehmens mit jedwelcher Summe zwischen einer Million und 100 Millionen Euro einsteigen“, sagte Stredder der Tageszeitung Business Standard. Dabei

würde die Bank insbesondere Firmen fokussieren, die Gewinne schreiben, ein Quality Management aufweisen und in die Effizientisierung der Produktion investieren wollen.

Auf Brautschau will die Osteuropabank insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Energie, Telekom und Medien gehen. Das Finanzinstitut erforsche den Markt bereits aktiv, man sei zudem gewillt, Businessplans für die Finanzierung zu akzeptieren. „Noch erweisen sich die Private-Equity-Fonds äußerst vorsichtig und zurückhaltend, am Markt herrscht deshalb kaum Bewegung, was natürlich zu unserem Vorteil ist.“

Zum Unterschied zu den Private-Equity-Fonds zielen wir aber

lediglich auf Minderheitspakete ab – wie es unser Statut vorsieht – und sind deshalb viel flexibler mit Bezug auf den Ausstiegstermin“, so Stredder.

Die EBRD ist bekanntlich einer der stärksten Investoren in Rumänien sowie in der gesamten CEE-Region. Hierzulande hält sie 2% an der Petrom, dem größten Unternehmen Rumäniens, 15% an der Banca Transilvania, auch war sie bis zum Einstieg der Erste Bank an der BCR beteiligt. Millionen-Darlehen gingen überdies an etliche einheimische Großunternehmen, darunter die European Drinks-Gruppe (250 Mio Euro), Petrom (150/200 Mio Euro), Kronospan (135 Mio Euro) u. a.

Die genaue Höhe der potenziellen EBRD-Beteiligung wird von der Leistung der Firma abhängen – mit anderen Worten kann bei einer guten Performance des Unternehmens auch mit einer geringeren Beteiligung der Osteuropabank gerechnet werden. Gesellschaften, die sich über eine EBRD-Beteiligung finanzieren wollen, sollten sich jedoch vor Augen führen, dass sie damit einen Minderheitsaktionär am Hals haben, was für die restlichen Gesellschafter beileibe kein billiger Spaß sei, warnte Stredder. Wer davon lieber absehen will, kann weiterhin um einen klassischen Kredit ersuchen – entweder direkt oder über Partnerbanken.

Bislang hat die EBRD rund 4,2 Milliarden Euro in rund 250 rumänische Projekte investiert – zumeist aus dem Finanzsektor sowie aus den Bereichen Corporate, Energie und Infrastruktur. Angesichts der Krise hat die Osteuropabank zu Beginn des Jahres verlautbart, rund 7 Milliarden Euro in die gesamte Region pumpen zu wollen, um deren Volkswirtschaften zu stützen. Allein im 1. Quartal 2009 machte die EBRD, laut Eigenangaben, in diesem Sinne bereits über eine Milliarde Euro locker.

L. M. S.

EBRD-Voraussetzungen:

- Profitable Firma
- Quality Management
- Investition dient der Effizientisierung der Produktion
- Die hohen Finanzierungskosten der Equity-Fonds in Kauf nehmen
- Firma aktiviert in der Landwirtschaft, Industrie, Energie, Telekom



Auflagen & Defizitverfahren

EU-Kommission nimmt Rumänien an die **Kandare**

Brüssel hat Ende Juni mit Bukarest die Bedingungen vereinbart, unter denen unserem Land das EU-Notdarlehen gewährt werden soll: Die Boc-Regierung muss den Gürtel äußerst eng schnallen und besonders bei den Löhnen im öffentlichen Sektor eisern sparen, wenn sie den 5 Mrd. Euro-Notkredit der EU einstreichen will. Besagte Summe ist bekanntlich Teil des im März in Bukarest geschnürten Hilfspakets von insgesamt knapp 20 Mrd. Euro, das die EU, der IWF und weitere internationale Finanzinstitutionen zur Verfügung stellen wollen.

Den EU-Anteil erhält Rumänien in 5 Raten – und zwar bis 2011. Vor Überweisung jeder einzelnen Rate muss Bukarest allerdings im Brüssel konkrete Sparmaßnahmen nachweisen können. Im laufenden Jahr rechnet Rumänien mit 2 Raten über insgesamt 2,5 Mrd. Euro seitens der EU – dafür müssen die rumänischen Behörden jedoch im Haushalt 2010 ein Defizitziel von 4,1 BIP-Prozent festsetzen. Auch muss das Gesetz über die einheitliche Vergütung der Staatsbediensteten endlich erarbeitet, das Rentengesetz bis Oktober novelliert und ein Plan zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vorgelegt werden. Die 3. Rate, in Höhe von 1,15 Mrd. Euro, wäre im 2. Quartal 2010 fällig – Rumänien kann mit ihr aber nur dann rechnen, falls 2009 das Budgetdefizitziel von 4,6% des BIP sowie die Sparmaßnahmen im Staatssektor tatsächlich eingehalten wurden. Bis zur Auszahlung der letzten Rate muss Bukarest zudem das Budgetdefizit auf 3,6 BIP-Prozent gesenkt haben, lautet die letzte der Auflagen.

Und da hierzulande die Neuverschuldungsgrenze des Stabilitätspakts nicht eingehalten wurde, empfahl die EU-Kommission letzten Monat die Einleitung des Defizitverfah-

rens gegen Rumänien, des Weiteren gegen Litauen, Polen und das Euroland Malta. Allerdings erhielten die Defizitsünder eine Gnadenfrist bzw. feste Termine für den Abbau ihrer hohen Neuverschuldungen. So wurden Rumänien und Litauen bis 2011 Zeit eingeräumt, um die Masstrichter 3-Prozent-Marke wieder einzuhalten, Polen erhielt eine Frist bis 2012, Ungarn einen neuen Aufschub bis 2011. Auch rechnet die Kommission damit, dass dieses Jahr immerhin etwa 20 der 27 EU-Staaten gegen den Stabilitätspakt verstoßen werden.

Das rumänische Konvergenzprogramm ging davon aus, dass das BIP 2009 um insgesamt 4% schrumpfen wird, für 2010 erwarteten die Behörden ein Nullwachstum und in 2011 dann endlich ein Wachstum von 2,6%. Entsprechend den von Bukarest eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der EU-Zahlungsbilanzhilfe sollte die Regierung längst eine drastische Konsolidierungsschiene fahren, um das Defizit 2009 auf 5,1% des BIP und bis 2011 möglichst unter 3% des BIP zu senken. Darüber hinaus hatte die Regierung in ihrem Konvergenzprogramm an Brüssel auch Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsführung, zur Verschärfung der Finanzmarktregulierung und zur Beschleunigung der Strukturreformen versprochen. Inzwischen ist jedoch recht offensichtlich, dass die realen Haushaltsergebnisse weit schlechter als die auf Papier festgehaltenen ausfallen. Wie die versprochene Konsolidierung letztendlich ab nächstem Jahr konkret erfolgen soll, ist zurzeit völlig nebulös.

Lilo Millitz-Stoica

BAVARI
rent a car

BUCHAREST • DEBRECEN AIRPORT • TIMISOARA AIRPORT • CLUJ AIRPORT • SIRIU • BIKASOV • CORVINIA

X-ACTLY WHAT YOU NEED

For reservation call
CUSTOMER SERVICE
email: info@bavari.com

+40 (0)730 333 707

www.bavari.com

Our newest
BMW fleet

5 3 1 GO

Ansprüche an das Reporting – Herausforderung für den Buchhalter



Dino Ebneter,
Managing Partner Adevaris

Der durchschnittliche rumänische Buchhalter steht im täglichen „Kampf“ gegen hausinterne Ansprüche, Behördenformalismus sowie im schlechtesten Fall Finanzinspektoren, die sich im Büro ohne

Ankündigung breit machen. Ein Beruf, der herausfordert!

Reporting ist für einen Buchhalter nicht zwingend ein zusätzliches Problem oder ein Fremdwort, denn die rumänische Buchhaltung hat durch ihre sehr umfassende Dokumentationspflicht einen Vorteil: Sie ist für einen Controller ein Paradies, sofern die Buchführung ein ausführliches Reporting von Beginn weg vorsieht. Daten können nur verarbeitet werden, wenn diese vorhanden und leicht zugänglich sind. Eine professionelle Buchhaltungssoftware ist Pflicht. Als zweites wichtiges Element ist das korrekte Aufsetzen der Buchführung hervorzuheben. Auch KMU müssen sich Gedanken über ein Buchhaltungs- und Reportinghandbuch machen, damit die

Basiszahlen der Buchhaltung korrekt fürs Reporting verwendet und interpretiert werden können.

Eine monatliche Saldenbilanz reicht für solche Zwecke nicht mehr aus. Neben Soll-/Ist-Vergleichen und massgeschneiderten Reportingpaketen werden Kapitalflussrechnungen zu einem Muss. Dies alles ist jedoch nur möglich, wenn die Anforderungen von Beginn weg klar definiert und auf ihre Umsetzbarkeit überprüft werden. Dies ist Grundlagenarbeit zwischen einem Controller und dem lokalen Buchhalter.

Mein Rat an Sie: Nehmen Sie sich Zeit und diskutieren Sie mit Ihrem Buchhalter ausführlich über die Aussagekraft der Basis- und Reportingzahlen. Sie müssen davon überzeugt sein, dass er Ihre Reportinggrundsätze in Verbindung mit den lokalen Buchführungsanforderungen verstanden hat.

Dino Ebneter

Herausfordernde Zeiten für das Unternehmen, gute Zeiten für Controller!



René Schöb,
Managing Partner Adevaris

Controller leisteten in den vergangenen Monaten Überstunden, denn die Aktualitätsanforderungen an Finanzzahlen nahmen stark zu. Wöchentliche oder gar tägliche Cashflow-, Umsatz- oder Kostenberichte sind gefragt. Im Speziellen werden heute rumänische Tochterunternehmen wesentlich stärker überwacht, da sich das Mutterhaus nicht mehr nur um Wachstumszahlen kümmern darf, sondern sich mit einem star-

ken Abschwung und somit mit Effizienzverbesserungen befassen muss.

Die im Titel erwähnte Faustregel trifft auch für Rumänien zu, da viele Firmen noch gar nicht auf die Tätigkeit des „Controlling“ vorbereitet waren und immer noch in den „Mühlen der Buchhaltung“ steckten. Nun stellen viele ausländische Firmen fest, dass die rumänische Tochter nicht imstande ist, Controlling zu betreiben, und versuchen, entweder auf dem lokalen Markt Controller zu finden oder gar Leute des Mutterhauses nach Rumänien zu senden. Diese fehlen jedoch oft im Mutterhaus, wo die Interpretation der konsolidierten Finanzzahlen und -berichte für die strategischen Managemententscheidungen stattfinden sollte.

Um solche „Spitzenzeiten“ für Controller kosteneffizient abzudecken, bietet es sich an, mit dem lokalen Markt und dem „Handwerk“ vertraute Controlling-Berater punktuell beizuziehen. In herausfordernden Wirtschaftsperi-

oden steigt nicht nur die Arbeitsbelastung für Controller, sondern auch der Einfluss, den sie auf Entscheidungen der Manager haben, denn es geht nicht nur um die pure „Existenz“ eines Controlling, sondern auch um die Definition der richtigen lokalen Kennzahlen und deren Interpretation in Kombination mit Lösungsvorschlägen. Gerne stehen Ihnen die Controlling-Spezialisten von Adevaris für die Evaluation der optimalen Lösung zur Verfügung!

René Schöb

Kontakt Info:

Adevaris Consulting S.R.L.

Gara Herăstrău Str. 2-4, Et. 7
RO-020334 Bukarest S2
Romania

Tel: +40-21-528 57 57

Fax: +40-21-528 57 50

Mobile: +40-743-30 99 33

Email: rene.schoeb@adevaris.com

www.adevaris.com

Mehrwertsteuer: Staatliche Altlasten immer höher

Finanzminister Gheorghe Pogea hatte zwar versprochen, dass die Regierung ihre Altlasten an Mehrwertsteuerschulden bis Ende des 2. Quartals abbauen würde, doch blieb es beim Versprechen. Der Schuldenberg wächst und wächst – im Mai um 10,2%, von 1,757 auf 1,937 Mrd. Lei. Die Altlasten (über ein Jahr Fälligkeit) sind auf 6% der Gesamtschuld angestiegen, die Verzugssumme war Ende Mai bei 116 Mio. Lei angelangt, um 47% mehr als die 79 Mio. Lei im April.

Nach Angaben der Steuerverwaltungsbehörde ANAF hat der Anteil der pünktlich (innerhalb der 45-Tage-Frist) getilgten MwSt-Schulden, die der Staat bei den Steuerzahlern hat, signifikant abgenommen: Im Mai sank dieser Anteil von 45,4% auf 35,5%. Der Gesamtwert der ausstehenden Schulden lag im Mai bei 4,263 Mrd. Lei, 10% weniger als im April (damals 4,735 Mrd. Lei).

Auch der Anteil der ausgesetzten Ausgleichszahlungen ist um 1,6% auf 19,1% der Gesamtsumme gestiegen, obwohl der Wert von 830 Mio. Lei auf 812 Mio. Lei zurückging. 23,8% der Zahlungsverzögerungen, ein Gegenwert von 460 Mio. Lei, waren um mehr als 30 Tage im Verzug – auch dieser Anteil liegt höher als im April.

Der Wert der negativen MwSt-Abrechnungen mit einer Fristverspätung zwischen 31 und 60 Tagen lag Ende Mai bei 257 Mio. Lei, mit anderen Worten bei 13,3% der Verzugspflichten. Um zwischen 91–180 Tage verspätete Abrechnungen stiegen im Mai gegenüber April gleichfalls leicht, auf 476 Mio. Lei, zu.

„Der Grund, weshalb der Staat seine ausstehenden Schulden nicht pünktlich bezahlt, ist, dass er das Geld mindestens 45 Tage nutzt. Um die Unternehmen unter Druck zu setzen, damit sie keine weiteren Anträge auf Mehrwertsteuer-



Der Wert der negativen MwSt-Abrechnungen mit einer Fristverspätung zwischen 31 und 60 Tagen lag Ende Mai bei 257 Mio. Lei bzw. bei 13,3% der Verzugspflichten. Um zwischen 91-180 Tage verspätete Abrechnungen stiegen im Mai gegenüber April gleichfalls leicht, auf 476 Mio. Lei, an.

rückzahlungen stellen, drangsaliert der Staat sie zudem mit Steuerprüfungen am laufenden Band“, behauptet Nicolae Done, Senior Tax Partner beim Beratungsunternehmen KPMG. Done sagt auch, dass die Dauer einer Steuerprüfung für Großunternehmen auf maximal 6 Monate angesetzt ist, dass aber ein solches Verfahren nun auch ein Jahr lang dauern kann. „Wir haben einen Kunden, der den Antrag auf Rückzahlung in Höhe von 12 Mio. Euro gestellt hat, die Kontrolle der ANAF war in sechs Monaten da“, so ein Beispiel aus Dones Alltag. „Als das Geld endlich da war, hatte der Steuerzahler über 2 Mio. Euro wegen der Abwertung des Leu verloren. Jetzt klagt er auf Schadenersatz“, eröffnete Done. Weil die Mehrwertsteuer sich direkt auf die Cashflow-Lage auswirkt, kann eine verspätete Auszahlung die Firma in die Katastrophe führen.

ANAF-Direktor Robert Hofnar verteidigt sich: Die bei Rückzahlungsanträgen vorschriftsmäßige Steuerprüfung sei durch den Personalmangel der Behörde erschwert worden sowie durch die Tatsache, dass viele der geprüften Unternehmen in mehreren Landesgebieten tätig sind. Zudem sei in einem Gesetzentwurf, den die ANAF jüngst vorgelegt habe, vorgesehen, dass bei Exportfirmen die Steuerprüfung erst nach der Rückzahlung der Mehrwertsteuerschulden stattfinden soll.

Obwohl er die Relevanz der Risikoanalyse, nach der die ANAF über die Rückzahlung entscheidet, durchaus nachvollziehen kann – dabei wird z. B. entschieden, ob die Steuerprüfer vor oder nach der Rückzahlung kontrollieren – wirft Daniel Anghel, Partner für indirekte Steuern bei PricewaterhouseCoopers, ein, dass in allen zivilisierten Ländern die eventuelle Vorbelastung des betreffenden Steuerzahlers zählt: „Aus diesem Grund funktioniert die MwSt-Rückzahlung in Ungarn oder Bulgarien ganz gut.“ Ein Ausweichrezept kennt Anghel auch: Wer Schweißrigkeiten durch die unbegründeten Verspätungen hat, kann seine Firma bei den südlichen Nachbarn als mehrwertsteuerpflichtig anmelden.

Ada Comănescu





Rüffel aus Frankfurt: Umgangston zwischen EZB und BNR wird schärfer

Regierung droht mit Robin-Hood-Steuer

Bisher schienen die rumänische Notenbank (BNR) und die Europäische Zentralbank am gleichen Strang zu ziehen. Als die Regierung in Bukarest und der Internationale Währungsfonds auf eine schnellere Einführung des Euro drängten, beeilten sich beide Zentralbanken, dieser Euphorie Einhalt zu gebieten – es sei gefährlich und deshalb empfehlenswert, am ursprünglichen Termin 2014 festzuhalten. Doch inzwischen ist die gute Stimmung getrübt – rumänische Politiker und Zentralbanker drangsalieren den Finanzsektor und gehen dabei etwas zu weit, sagt zumindest die EZB.

Staatspräsident Traian Băsescu tadelt die hierzulande vertretenen ausländischen Banken in letzter Zeit am laufenden Band: Sie sollten dem Land, in dem sie so viel Gewinn machen, doch gefälligst etwas mehr entgegenkommen, sprich niedrigere Zinsen einheimen, damit das Kreditgeschäft endlich wieder anlaufe. Premierminister Emil Boc drohte unlängst noch offener – eine Robin-Hood-Steuer auf zu hohe Bankengewinne sei nicht auszuschließen, falls die ausländischen Mutterbanken ihre rumänischen Töchter, denen es selbst in Krisenzeiten verhältnismäßig gut geht (u.a. weil sich der Staat monatlich Milliardenbeträge von ihnen ausleiht), zu sehr abzapft. Vizepremier und

Innenminister Dan Nica von den sozialdemokratischen Koalitionspartnern äußerte jüngst in einer Talkshow, dass eine entsprechende Robin-Hood-Tax noch in diesem Sommer eingeführt werden könnte.

Diese Einstellung gegenüber den Banken beeinflusst auch den Gesetzesentwurf, der der BNR erweiterte Eingriffskompetenzen einräumt, damit sie – im Falle des Falles – bei einer Bank, die in Schwierigkeiten steckt, intervenieren kann. Die BNR blitzte mit diesem Entwurf bei der EZB jedoch hoffnungslos ab – die Stellungnahme aus Frankfurt fiel, wenn man zwischen den Zeilen liest und vom diplomatischen Ton absieht, verheerend aus.

Den rumänischen Behörden schwebt im wesentlichen Folgendes vor:

a) Ist eine Bank in Schwierigkeiten, soll die BNR nach einer Prüfung der Finanzlage von den Hauptaktionären eine Stützung der Bank fordern dürfen – entweder durch eine Aufstockung des Stammkapitals oder durch konzerninterne Anleihen.

b) Passiert dies nicht, soll die BNR die Möglichkeit haben, die Gewinnausschüttung an die Aktionäre zu begrenzen oder komplett auszusetzen.

c) Fügen sich die Aktionäre den Forderungen der BNR nicht, soll die Zentralbank außerdem das Stimmrecht respektiver Aktionäre beschneiden dürfen.

Das würde nach rumänischem Recht bedeuten, dass die betreffenden Aktionäre gezwungen wären, ihre Anteile binnen drei Monaten zu veräußern.

Bei der Europäischen Zentralbank muss der laxer Umgang mit Rechtsetzungstechnik in Bukarest wahrscheinlich für Bestürzung gesorgt haben. So mahnt Trichets Behörde beispielsweise durch die Blume an: „Die EZB erwartet, dass die (rumänischen – Anm. d. Red.) Bestimmungen sämtliche nationalen Vorschriften des Unternehmensrechts, des Zivil- und Eigentumsrechts sowie des Verfassungsrechts, ferner des Völkerrechts und der Menschenrechte einhalten.“ Auch erwarte die EZB, dass „die Bestimmungen im Einklang mit dem EU-Rechtsrahmen zum Gesellschaftsrecht umgesetzt werden“.

Danach redet die EZB Tacheles: Das neue Gesetz müsse dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen, die Aussetzung des Stimmrechts, der Zwangsverkauf und die Annullierung der Anteile seien schwerwiegende Maßnahmen, die nur als „ultima ratio“ und unter klar definierten Umständen, unter denen weniger schwerwiegende Maßnahmen nicht greifen würden, zu treffen sind. Diese klar definierten Umstände fehlen jedoch im Bukarester Entwurf.

Für Isărescu & Co. heißt es jetzt: zurück an die Arbeit. Ein neuer Text muss her, der die Stellungnahme aus Frankfurt berücksichtigt.

Alex Gröblacher

Liberaler Spitzenfrau befürwortet Verstaatlichung



© Ioan Weisl/Agerpres

zenfrau und frischgebackenen EU-Abgeordneten Norica Nicolai. Der Presse gestand die ehemalige kommunistische Staatsanwältin freimütig, dass sie in Krisenzeiten wie diesen „die Verstaatlichung jener multinationaler Unternehmen, die ihren Gewinn nach Hause transferieren“ als begrüßenswert erachte, da die Vorgehensweise der Multis „gravierende wirtschaftliche Konsequenzen hierzulande wie etwa die steigende Arbeitslosigkeit“ habe.

Florin Pogonaru, Vorsitzender des Verbands der Geschäftsleute in Rumänien, konterte sofort und warnte Nicolai vor den möglichen Auswirkungen ihrer Aussage – diese sei gerade in Krisenzeiten das völlig falsche Zeichen. Die Idee sei abstrus und zeuge von einem „doppelten Standard. Mit solchen Ge-

danken darf man einfach nicht spielen“, so Pogonaru.

Auch der liberale Wirtschaftsexperte Daniel Dăianu beeilte sich darauf hinzuweisen, dass Nicolais Einfall den Grundrechten des Eigentums widerspreche. Man könne nicht mir nichts, dir nichts drauflos verstaatlichen, bloß weil Unternehmen ihren Gewinn abziehen. „Wer sich für freie Marktwirtschaft ausspricht, darf von den Grundrechten und -freiheiten des Eigentümers nicht absehen, wobei ich unter Eigentümern Aktionäre und Management verstehe. Den illegalen Gewinntransfer zu verurteilen ist eine Sache, ein Grundrecht zu missachten jedoch eine andere“, monierte der Wirtschaftsprofessor.

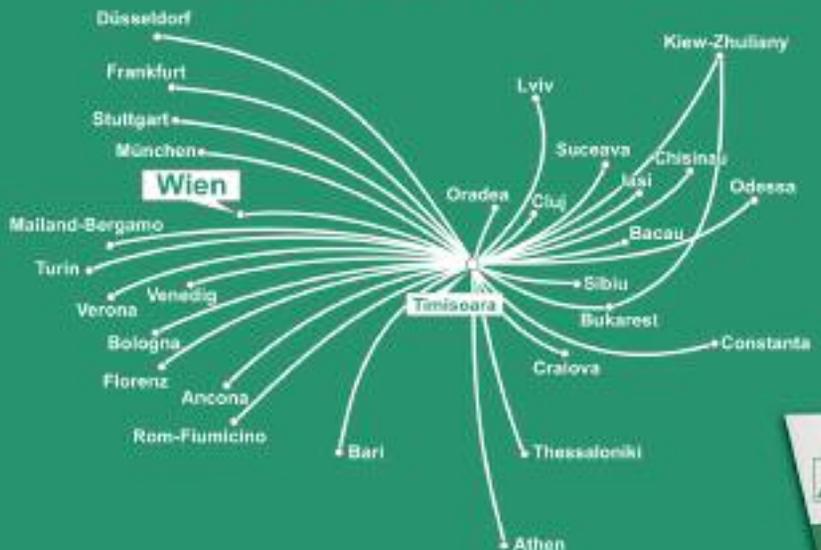
Die Begeisterung der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) dürfte angesichts dieses Neuzugangs mit Hugo Chavez-Ansichten in besonders engen Grenzen halten.

L. M. S.

In Wirtschaftsfragen dürfte wohl jedem liberalen Politiker das Wörtchen „Verstaatlichung“ ein wahres Greuel sein. Nicht so im Falle der liberalen Spit-



Tägliche Flüge von Rumänien, Moldawien, Ukraine nach WIEN



Regelungen im **Catering**-Bereich

Ausländische Methoden an den einheimischen Markt angepasst

GILESCU & PARTENERII

Cerha Hempel Spiegelfeld Hlawati

Hierzulande nach dem Wendejahr 1989 eingeführt, hatte das Catering die ausländischen Methoden als Vorbild, die dann dem einheimischen Markt angepasst wurden. Obwohl es in der ersten Phase eine eher langsame Evolution durchmachte, hat das Phänomen in den letzten Jahren an Größe gewonnen und ist derzeit bestrebt, sich den europäischen Normen anzupassen.

Die Catering-Dienstleistung setzt die Bereitstellung und Lieferung von zubereiteten Speisen und Getränken an verschiedenen Orten voraus. Das spezifische Recht wurde in das Nationalrecht umgesetzt, wobei die Kontrolle und Koordinierung sich an der Übernahme der bewährten Herstellungsmethode in der Gesetzgebung der pharmazeutischen veterinären Tätigkeit aktiv beteiligen sollte wie auch an der Anpassung an die Normen der Europäischen Union, was die Einrichtungen, die Hygienebedingungen in der Küche, den Transport, die Lagerung usw. betrifft, an die Gemeinschaftsverfahren und die Bericht- und Bestätigungsvorlagen, die von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurden.

Legislativer Rahmen

Durch das Gesetz Nr. 215/2004 zur Veränderung und Genehmigung des Regierungserlasses Nr. 42/2004 bezüglich der Organisierung der veterinären Tätigkeit wurde das Nationale Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt gegründet – ein unabhängiges Amt mit Rechtspersönlichkeit und gleichzeitig der wichtigste Vermögensverwalter der gesamten Tätigkeit der Veterinär- und Lebensmittelüberwa-

chungsleistungen vom technischen und verwalterischen Standpunkt her. Die Behörde organisiert und überprüft die Durchführung der öffentlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungstätigkeiten.

Das Gesetz Nr. 150/2004 betreffend die Lebensmittelüberwachung setzt die Vorschriften des Europäischen Parlaments und der Empfehlung Nr. 178/2002 um. Desgleichen werden die Hygieneregeln, die Händler einhalten müssen, durch den Erlass des Gesundheitsministeriums Nr. 976/1998 zur Genehmigung der Hygienenormen betreffend Herstellung, Verarbeitung, Lagerung, Konservierung, Transport und Vermarktung der Lebensmittel oder durch den von der Regierung herausgegebenen Beschluss Nr. 924/2005 vom 11/08/2005 betreffend die Genehmigung der allgemeinen Regeln der Lebensmittelhygiene geregelt.

Infolge der Einführung des Gesetzes Nr. 359/2004 betreffend die Vereinfachung der Förmlichkeiten bei der Eintragung der natürlichen Personen, der Familienvereine und der Rechtspersonen im Handelsregister und deren steuerliche Registrierung sowie für die Zulassung der Rechtspersonen, mit den nachträglichen Veränderungen und Ergänzungen, haben die Händler die Verpflichtung, bei der Gründung der Gesellschaft eine Erklärung auf eigene Verantwortung bezüglich der Einhaltung der Betriebsbedingungen abzugeben.

In Anbetracht der Verpflichtung, den veterinären Besitzstand in das nationale Recht umzusetzen und diesen zugleich restlos und effektiv zu implementieren – eine Aufgabe, die dem Nationalen Veterinär- und Lebensmittelüberwa-

chungsamt obliegt –, wird besagte Behörde weiterhin Verfahren einführen, die die Implementierung des neu umgesetzten Rechts garantieren sollen.

Das Handelsregister wird für die Zulassung auf eigene Verantwortung durch seine Verwaltungsstelle alle Genehmigungen und Zulassungen, die bei Händlern für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlich sind, erhalten, wobei diese verpflichtet sind, die Liste der Dokumente, die den Antragstellern bekannt und vorzuweisen sind, einzusehen, damit die in der Erklärung auf eigene Verantwortung enthaltenen Tätigkeiten durchgeführt werden können.

Die Anpassung des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsrechts Rumäniens an das EU-Recht führt zur Erhöhung seiner Implementierungskapazität beziehungsweise zur Verbesserung der technischen Grund- und Fachkenntnisse des Personals dieses Amtes. Deswegen stellt die Ausbildung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbetriebe, was die neuen Anforderungen der Europäischen Gemeinschaft betrifft, eine sehr wichtige Etappe dar.

Alina Valeanu, RA

Kontakt Info:

Alina Valeanu, RA
Gilescu & Partenerii CHSH
Bukarest

Splaiul Independenței 42-44
Sektor 5
Tel: +40/21/ 311 12 13
Fax: +40/21/ 314 24 70

Temeswar
Romcapital Center
Bd. Mihai Viteazul 30/B
Tel: +40/356/ 007 033
Fax: +40/356/ 007 034
office@gp-chsh.ro
www.gp-chsh.ro

Umstrukturierung des Energiesektors

Videanu plant, Weltbank moniert, Energieriesen argwöhnen

Wirtschaftsminister Adriean Videanu hat es sich in den Kopf gesetzt – der einheimische Energiesektor muss schleunigst umstrukturiert werden, basta! Bislang erweisen sich seine Pläne jedoch als recht simpel – der Minister will zwei „integrierte“ Mammutgesellschaften aus der Taufe heben, mit anderen Worten den bereits von Ex-Regierungschef Tăriceanu vorgesehenen Energiekoloss einfach splitten ... und das war's dann auch schon. Von weiteren Privatisierungen oder gar Investitionen keine Rede, obwohl – laut Weltbank – gerade diese Schritte angebracht sind. Branchenkenner befürchten ein Tohuwaboju am Markt, womöglich steigende Energiepreise oder – bestenfalls – die Bilanz „außer Spesen nichts gewesen“.

Die dem Industrie-Ausschuss der Abgeordnetenversammlung unterbreiteten Pläne des Wirtschaftsministeriums sehen die Bündelung der wichtigsten Erzeuger, Kohlegesellschaften sowie Stromvertreiber in zwei „integrierte Landesgesellschaften“ vor. Der ersten Gesellschaft sollen die Wärmekraftwerke Turceni, Rovinari und Craiova, die Wasserkraftwerke Vâlcea und Slatina, die Atommeiler Cernavoda 1 + 2, die Braunkohlegesellschaft SN Lignit Oltenia sowie die Hälfte des Stromvertreibers Electrica angehören, der zweiten die Wärmekraftwerke Deva, Paroşeni und Iernut, das Wärmekraftwerk EL-CEN Bukarest (samt den Einheiten Mureş und Constanţa), die Wasserkraftwerke Eisernes Tor, Caransebeş, Haţeg,

Argeş, Bistriţa, Sibiu, Sebeş, Buzău und Târgu Jiu, die nationale Kohlegesellschaft CN Huilă sowie die andere Hälfte des Vertreibers Electrica. Beide – noch namenlosen – Mammutgesellschaften sollen bis Jahresende voll funktionsfähig sein und zukünftig auch an die Börse gebracht werden.

Die Marktquote der beiden Gesellschaften wäre eingangs in etwa die gleiche (46% bzw. 44%), mit der Zeit würde die erste Gesellschaft jedoch an Gewicht hinzugewinnen, nachdem die neuen Atommeiler Cernavoda 3 und 4 hinzukämen, erläuterte Videanu, demzufolge sich die Erzeugerkosten der neuen Gesellschaften auf 44–45 Euro MW/h belaufen werden (derzeit noch durchschnittlich 48 Euro MW/h).

Bislang stieß Videanus Vorhaben offenbar auf wenig Begeisterung. So verlautbarte das Rumänien-Büro der Weltbank, dass aus Sicht der Finanzinstitution nicht „die Neubündelung der Erzeuger, sondern die Fortsetzung der Privatisierungen und Investitionen prioritär“ seien. „Die Reformen im Energiebereich müssen fortgesetzt werden – und zwar durch weitere Privatisierungen und Investitionen“, so Weltbank-Vertreter Benoit Blarel.

Auch in den Reihen der hierzulande aktiven internationalen Energiekonzerne herrscht, laut Presse, zumeist Skepsis. Wirtschaftsminister Videanu beeilte sich demzufolge hervorzuheben, dass er mittlerweile Gespräche mit allen großen Vertreibergesellschaften – E.ON, Enel, CEZ und GDF Suez – geführt und dabei etliche Anregungen erhalten habe. Im Großen und Ganzen aber seien die rumänischen Töchter der Energieriesen mit den Umstrukturierungsplänen „durchwegs einverstanden“ gewesen und hätten das Projekt „zu schätzen gewusst“. Allerdings räumte der Minister ein, dass „der Zusammenschluss von Electrica, Verteilern und Versorgern“ möglicherweise zu „Marktverzerrungen“ führen könnte, man wolle diesen Aspekt deshalb besonders genau prüfen.

Bis Ende Juli will Bukarest Brüssel in der Angelegenheit der Umstrukturierung des rumänischen Energiesektors offiziell informieren, zumal der rumänische Staat den beiden Gesellschaften Termoelectrica und CN Huilă die angehäuften Schulden erlassen und diesbezüglich um die Genehmigung der EU und des IWF ersuchen will. Mit (Noch)-EU-Energiekommissar Andris Piebalgs sei der Umstrukturierungsplan bereits erörtert worden, fügte der Minister hinzu.

Emil Grenzer



Finanzielle Risiken in Rumänien – das Liquiditätsrisiko (I)



Iulian Sorescu, Leiter Finanzabteilung THI Audit Romania S.R.L.

Heutzutage sollten rumänische Gesellschaften mehr denn je in den Spiegel blicken, sich einer Selbstanalyse unterziehen und die eigene Geschäftseinstellung soweit anpassen, dass sie mit den schwierigen Zeiten auch zu recht kommen.

Risikobewertung ist für rumänische Gesellschaften ein Muss um feststellen zu können, inwiefern sie in dem derzeitigen herausfordernden Umfeld ungeschützt sind. Und das sind sie in hohem Maße, solange sie keine früheren Erfahrungen mit der Krisenbewältigung gemacht haben.

Wahre Erfahrungen mit der Marktwirtschaft wurden erst nach dem Wendejahr 1989 gemacht, doch lassen sie sich trotz aller schweren ersten Geschäftsjahre nicht mit einer nach Boomjahren einschlagenden Krise vergleichen. Nach Vornahme solcher Bewertungen sollten die Gesellschaften die Höhe ihrer Risiken innerhalb der eigenen Organisation auswerten und vorbeugende oder verbessernde Maßnahmen treffen.

Vor einigen Jahren noch wurde die Risikobewertung üblicherweise jährlich, manchmal halbjährlich vorge-

nommen – doch jetzt, wo dramatische Änderungen von einem Monat zum anderen eintreten, sollten die Gesellschaften dies auf monatlicher Basis tun. Vorher wurde ein Jahresbudget erstellt, wobei eventuelle Abweichungen aufgrund der Berechenbarkeit der Geschäfte zumeist unwesentlich ausfielen oder sogar positive Abweichungen darstellten. Nun aber sind Jahresbudgets fehleranfällig, die Erstellung monatlicher/vierteljährlicher rollender Budgets erweist sich als viel relevanter.

Außer dem Geschäftsrisiko, das von der Gesellschaft mehr oder minder leicht bewältigt werden kann, besteht auch das finanzielle Risiko, das rumänische Gesellschaften aufgrund detaillierter und maßgeschneiderter Pläne kontrollieren und meistern können. Ein solcher Plan sollte das Liquiditäts-, Zins-, Geschäftspartner-, Währungs- und, warum nicht, auch das Rechnungslegungsrisiko berücksichtigen. Gesellschaften, die das Liquiditätsrisiko mittels Reaktionen auf jedwelche Abweichung vom geplanten Ziel sorgfältig beobachten, sind nun von der weltweiten Liquiditätsknappheit weniger betroffen.

Da das Betriebskapitalrisiko einfacher zu mäßigen ist, muss zunächst das Betriebskapital definiert werden – nämlich als Differenz zwischen Umlaufvermögen und kurzfristigen Verbindlichkeiten. Zur Fortsetzung der Geschäfte einer Gesellschaft und Sicherstellung ausreichender Mittel zur Befriedigung sowohl fälliger kurzfristiger Verbindlichkeiten als auch ankommender betrieblicher Aufwendungen ist stets ein positives Betriebskapital erforderlich.

Tätigkeiten, die die Höhe des Betriebskapitals regelmäßig beaufsichtigen, sind für jede Gesellschaft zwingend erforderlich, besonders zurzeit. Die meisten Gesellschaften, die sich um das Betriebskapital allgemein

kümmern, sind entweder rumänische Tochtergesellschaften multinationaler Gesellschaften oder große lokale Gesellschaften, für die das Thema Bestandteil derer Kontrollabläufe ist.

Sie werden nun nach den KMU fragen. Während der letzten Jahre haben die KMU diese Aspekte leider übersehen und Geschäfte nach eigenem Gefühl getätigt. Es ist zu hoffen, dass ihre Einstellung mittlerweile eine andere ist und dass der Zugriff auf Mitarbeiter aus multinationalen Gesellschaften auch zur Übertragung des Kontroll-Know-hows beigetragen hat.

Eine einfache Möglichkeit, das Betriebskapital unter Kontrolle zu halten, ist die Beobachtung der finanzwirtschaftlichen Kennzahlen: Umschlagdauer der Forderungen (Anzahl der Tage, nachdem Forderungen gezahlt werden), Umschlagdauer der Verbindlichkeiten (durchschnittliche Zahlungsfrist gegenüber Lieferanten) und Lagerumschlagdauer (durchschnittliche Anzahl der Lagertage vor Warenverkauf).

Eine effiziente Bewirtschaftung des Betriebskapitals erzeugt Geldmittel, bessert Gewinne, mindert Risiken. Bitte beachten Sie, dass Kosten zur Kreditgewährung an Kunden und Lagerhaltung einen wesentlichen Teil der Gesamtgewinne der Gesellschaft darstellen können.

Iulian Sorescu

Kontakt Info:

Iulian Sorescu
Leiter Finanzabteilung
THI AUDIT ROMANIA S.R.L.

G-ral C-tin Budişteanu Str. 28 C
RO-010775 Bukarest, Sektor 1
Tel.: ++40-(0)21-3 12 58 88
Fax: ++40-(0)21-3 12 58 89
E-Mail: iulian.sorescu@noerr.com
www.noerr.com

Rückblick Juni

04. Rumänien wird bis zum 31. Juli laufenden Jahres sein Truppenkontingent aus dem Irak abziehen. Das Ende der 6-jährigen rumänischen Mission im Irak gab Staatspräsident Traian Basescu während eines Aufenthalts beim Stützpunkt Tallil bekannt. Nach dem Abzug der 362 Soldaten werden nur noch 20 rumänische Offiziere im Irak bleiben, die dort im Auftrag der NATO irakische Militärs schulen sollen. Seit Beginn der Mission im Jahr 2003 waren insgesamt 6.830 rumänische Soldaten im Irak stationiert, zwei von ihnen wurden getötet.



07. In Osteuropa erweist sich das Interesse an der Europawahl als äußerst gering – auch in Rumänien. Die geringste Wahlbeteiligung gab es in der Slowakei (19,6), ähnlich uninteressiert zeigten sich die Slowenen und Tschechen, wo 77,6 bzw. 75% der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht ungenutzt verfallen ließen. Nur wenig besser sah es in Rumänien (27,21%) aus. Insgesamt sank die europäische Wahlbeteiligung auf 43,1% und damit auf ein neues Rekordtief. Zwischen dem 4. und 7. Juni waren 375 Mio. EU-Bürger zur Abstimmung aufgerufen.



09. José Manuel Barroso nimmt Anlauf für eine 2. Amtszeit als Präsident der EU-Kommission. Der 53-jährige Konservative erklärte in Brüssel, die Ratspräsidentschaft habe gebeten, ihn nominieren zu dürfen. „Ich habe dieser Bitte zugestimmt.“ Der ehemalige portugiesische Ministerpräsident ist bislang der einzige Kandidat. Er muss von den 27 Staats- und Regierungschefs einstimmig nominiert und anschließend vom EP bestätigt werden.



10. Über 2000 Landwirte und Viehzüchter aus insgesamt 25 Landkreisen protestieren vor dem Regierungssitz wegen mangelnder Fördergelder, der Mindeststeuer sowie der niedrigen Milchpreise, dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Während des Gerangels brach eine mitgeschleppte Milchkuh zusammen – offenbar wegen der sommerlichen Hitze.

11. Die Weltgesundheitsorganisation erklärt die Schweinegrippe zur Pandemie. Die Warnstufe wurde von 5 auf 6 erhöht, was einen globalen Ausbruch bedeutet. Es ist das erste Mal seit rund 40 Jahren, dass die WHO für eine Grippe die höchste Alarmstufe 6 auslöst.

12. 12. US-Präsident Obama nennt vier Geldgeber seiner Demokratischen Partei zu Botschaftern der Vereinigten Staaten, darunter auch den Juristen Mark Gitenstein, der neuer Botschafter in Rumänien wird. Im Wahlkampf spendete Gitenstein 4.000

Dollar für den heutigen Vizepräsidenten Joe Biden und 1.500 Dollar für Hillary Clinton.



19. Präsident Basescu und Premier Boc nehmen am EU-Gipfel in Brüssel teil, wo den 27 Staats- und Regierungschefs ein Durchbruch bei den umstrittenen Plänen für eine schärfere Bankenaufsicht gelingt. Die Staats- und Regierungschefs erklären zudem, die Kandidatur von EU-Kommissionspräsident Barroso für eine 2. Amtszeit zu unterstützen.

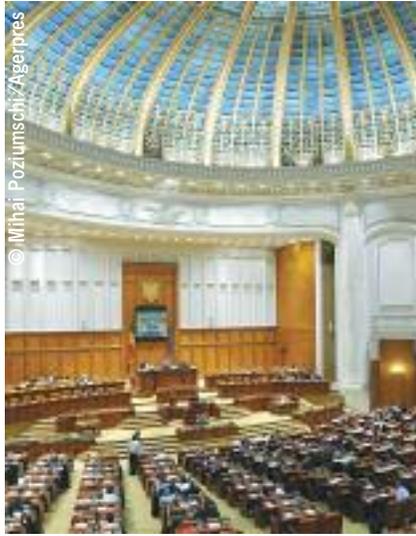
23. Staatschef Basescu verläutert, Minister, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittle, sofort suspendieren zu wollen. Die Erklärung erfolgt, nachdem die Liberale Partei Anzeige gegen Jugendministerin Monica Iacob-Ridzi (PDL) erstattete, der sie Amtsmissbrauch und Veruntreuung vorwirft. Ridzi soll zwei Verträge im Wert von über 600.000 Euro ohne Ausschreibung vergeben haben; ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss befasst sich bereits mit dem Fall. Und auch Umweltminister Nicolae Nemirschi (PSD) steckt in der Bredouille: Seine Vermögenserklärung weist etliche Falschaussagen auf, gab die Integritätsbehörde ANI bekannt.





Wahlkampf-Gerangel um Armee

Äußerst medienwirksam hat Sozi-Chief Mircea Geoană seinen Rücktritt aus dem Obersten Verteidigungsrat des Landes bekanntgegeben, dessen Vizepräsidentschaft er sich noch zu Jahresbeginn während den Koalitionsverhandlungen sehnlich gewünscht hatte: Just am Wahlsonntag für die Europawahl 2009 verkündete Geoană, besagtes Amt niederzulegen, da Staatschef Basescu das „Image“ der rumänischen Armee zu Wahlkampfzwecken missbraucht habe – es sei dies ein Fakt, den er nicht tatenlos hinnehmen könne. Tatsächlich war der Präsident wenige Tage davor in den Irak und nach Afghanistan gereist, wo er die rumänischen Truppen besucht und deren baldigen Abzug angekündigt hatte. Dieser Beschluss sei ohne Beratungen im Obersten Verteidigungsrat oder mit dem sozialistischen Koalitionspartner erfolgt, wettete Geoană. Die Antwort des Staatschefs ließ nicht lange auf sich warten: Geoană habe sehr wohl über den Rückzug der Truppen Bescheid gewusst, der Beschluss sei schließlich im Obersten Verteidigungsrat und in Anwesenheit des PSD-Vorsitzenden gefallen, zudem habe der Senat, dessen Vorsitzender Geoană ja immerhin sei, besagten Rückzug gebilligt.



Gesetzbücher verabschiedet

Die Regierung hat Ende Juni im Parlament die Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches mit der Vertrauensfrage verknüpft – angesichts der komfortablen Mehrheit, über die Koalition im Parlament verfügt, der schnellste Weg, um die Gesetzbücher trotz allseitiger massiver Kritik durchzuboxen. Von der Verabschiedung der Gesetzbücher versprechen sich die Behörden offenbar einen abgemilderten Monitoring-Bericht der EU-Kommission zum Stand der einheimischen Justiz, der laut Brüssel Anfang September veröffentlicht wird. Bis dahin werden die rumänischen Politiker wohl pausenlos darauf hinweisen, dass der Schritt ein großer in Richtung Einhaltung der von Rumänien gegenüber der EU eingegangenen Verpflichtungen sei. So beeilte sich das Justizministerium zu verlautbaren, dass die neuen Gesetzbücher dem Ressort nunmehr hoffentlich „eine gute Zensur“ einbringen würden, und auch Regierungschef Boc erklärte, dass die Bürger fortan „eine schnelle und kostengünstigere Justiz“ erwarten dürften. Besonders das Strafgesetzbuch wird von Juristen und Zivilgesellschaft jedoch weiterhin scharf kritisiert, da es speziell bei Korruptionsdelikten, Bestechung und Amtsmissbrauch viel mildere Strafen vorsieht.



Zoff um EU-Kommissarsposten

Das Gerangel um den nächsten rumänischen EU-Kommissar ging hierzu-lande noch vor Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses los: Sowohl Liberaldemokraten (PDL) als auch Sozis (PSD) beanspruchten den Wahlsieg für sich ... und folglich auch den EU-Kommissarsposten. „Moralisch steht uns, als Wahlsieger, der Posten zu“, beilte sich PSD-Chef Geoană hervorzuheben, laut dem Rumänien „ein äußerst gewichtiges Portefeuille“ zustünde. „Nicht die Linke hat die Europawahlen gewonnen“ konterten die Liberaldemokraten, die – wohlwissend, wer in der Präsidentenpartei das Sagen hat – sofort darauf hinwies, dass in dieser Angelegenheit der Staatschef ein Wörtchen mitzureden habe. Basescu forderte schließlich die Streithähne auf, von „weiteren öffentlichen Disputen“ abzusehen. Prespekulationen zufolge hat derzeit Dacian Cioloș (Foto), Agrarminister der liberalen Vorgängerregierung, die besten Karten, da Rumänien auf den Posten des EU-Kommissars für Landwirtschaft spitzt. Als aussichtsreiche Kandidaten für sonstige Ressorts gelten auch Ex-Justizministerin Monica Macovei (PDL) und Vasile Pușcaș (PSD), ehemaliger Chef-Unterhändler Rumäniens bei der EU.

Auf nach Strassburg

„Wir werden die Sensation des Europäischen Parlaments sein“

Die „Moral von der Geschichte“ der äußerst geringen Beteiligung der rumänischen Wählerschaft bei den Europawahlen ist eindeutig – das Vertrauen der Bürger in Koalitions- sowie Oppositionsparteien sinkt stetig, dafür steigen schräge Vögel und Extremisten offenbar wieder in der Wählergunst.

Der 7. Juni 2009 brachte hierzulande eine historisch tiefe Wahlbeteiligung – 27,21%, die geringste seit dem Wendejahr 1989. Die apathischen Wähler und die sich - wie stets - sofort des Wahlbetrugs bezichtigenden Parteien konnten tags darauf das zumindest teilweise überraschende Wahlergebnis der hiesigen Europawahl zur Kenntnis nehmen: Ungarnverband und Extremisten hatten massiv gepunktet und sich jeweils drei Mandate sichern können, als Extra-Bonbon gab's obendrein Präsidententöchterchen Elena.

Die beiden Koalitionsparteien wurden von der Wählerschaft klar abgestraft – sowohl Sozialdemokraten (PSD) als auch Liberaldemokraten (PDL) mussten sich mit weniger Stimmen als bei den Allgemeinwahlen vom letzten November begnügen. Die Sozis kamen auf 31,07% der abgegebenen Stimmen und damit auf 11 Mandate im EP, die Liberaldemokraten erhielten 66.000 Stimmen weniger, landeten damit auf Platz 2 und kamen auf 10 Mandate. Partei- und Regierungschef Emil Boc bemühte sich, diesen „Schönheitsfehler“ flugs zu beseitigen: Der „verlorene“ Sprössling des Staatshaupts, die als „Unabhängige“ in den Wahlkampf gezogene Tochter Elena

Băscu, wurde gleich nach Bekanntgabe der Exit-Polls wieder der väterlichen PDL einverleibt – die ihr ja schließlich mit Personal und Logistik massiv ausgeholfen hatte. Mehr noch, die Hingabe der Partei gegenüber der Präsidententochter war so weit gegangen, dass die Parteileitung sämtliche PDL-Zweigstellen angewiesen hatte, für die junge Dame 10 Stimmen pro Wahlzentrum abzuzweigen und ihr somit zum Sieg zu



Vater und Tochter können zufrieden sein: Ex-Model Elena Băscu zieht ins EP

verhelfen, wie das Nachrichtenportal Hotnews enthüllte. Doch so leicht wie daheim wird sich die frischgebackene EU-Parlamentarierin in Strassburg nicht behaupten können: Der ungarische EU-Abgeordnete László Surján

von der rechtskonservativen Partei Fidesz-MPSZ stellte jüngst sämtlichen EVP-Abgeordneten, einschließlich dem Vorsitzenden Wilfred Martens, in einer Rundmail die rhetorische Frage, ob die EVP tatsächlich ihrerseits Nepotismus zu fördern gedenke und ob die Präsidententochter es überhaupt wert sei, in die EVP aufgenommen zu werden.

Ein Wahldebakel gab's auch bei den oppositionellen Liberalen – die erhaltenen 14,52% bedeuteten satte 5% weniger als die Wahlbarometer in Aussicht gestellt hatten.

Der Ungarnverband kam auf beachtliche 8,93% der Stimmen – über 2% mehr als bei den Novemberwahlen – und damit auf 3 Mandate.

Ebenfalls 3 Abgeordnete schickt auch die Großrumänien-Partei nach Strassburg, darunter die besonders schrägen Vögel Vadim Tudor und Gigi Becali. Von dem völlig unerwarteten Aufwind seiner Zwergpartei beflügelt, kündigte Vadim an, hierzulande im Frühjahr 2010 Neuwahlen veranlassen zu wollen, im EP werde er „die Interessen der Vielen“ und „ein Europa der Nationen“ vertreten. „Gigi und ich sind standhafte, starke Menschen, eigentlich echte Persönlichkeiten. Wir werden die Sensation des EP sein. Die werden hinter uns her sein wie der Bär hinter dem Honig, eventuell organisieren wir dort sogar ab und zu ein Gassenfußball-Spielchen“, so der Extremist.

Für die Strassburger Optimisten ist mittlerweile auch das letzte Fünkchen Hoffnung dahin, denn der potenzielle Hauptorganisator solcherlei Spielchen, MdEP Gigi Becali, darf nach langem gerichtlichen Hickhack Bukarest nun trotz seiner Strafverfolgung verlassen - der Fußballclub-Besitzer muss lediglich die Polizei pünktlich vor jeder Abreise informieren, entschied ein Stadtgericht Ende Juni. Und da Freund Gigi endlich nach Strassburg dürfe, wolle auch er dem EP nicht länger fernbleiben, verkündete Vadim.

Andreea Blănaru

Politkommentar

Eine flüchtige europäische Ablenkung

Der europäischen Linke bescherten die Europawahlen bekanntlich eine Schlappe, während sich die Konservativen klar auf der europäischen Politbühne behaupten konnten. Vielerorts schnitten auch Kleinstparteien unerwartet gut ab – eine Folge der historisch niedrigen Wahlbeteiligung.

In das allgemeine Schema passt Rumänien einzig in punkto Wahlbeteiligung, die sich als die sechstniedrigste in der EU27 erwies. Stimmungsbaremtern zufolge sind die Rumänen zwar immer noch EU-Enthusiasten, doch zog der Großteil der bürgerlichen Mitte es diesmal vor, den Wahlen fernzubleiben. Die eifrigsten Wähler bleiben in Rumänien zweifelnd jene, die aufgrund von Eigeninteressen ihre Stimme abgeben, doch hatten die Parteien im Juni nur wenig Anreize zu bieten. Trotz ihres Wahlmottos, das „Europäisches Geld für Rumänien“ verhiess, schnitten die Liberalen schlecht ab (–5%). Dafür behauptete sich das Demagogen-Duo Vadim Tudor/Gigi Becali, ihr Erfolg sollte jedoch eher als Triumph des Exhibitionismus denn als Wiederbelebung des Extremismus hierzulande gewertet werden. Weder verfügen die beiden über eine beängstigend starke Bewegung wie etwa jene um die ungarische Jobbik-Partei, noch sind sie letzten Endes Manns genug, rassistisches Gedöns in der Art der braunen Nachbarn von sich zu geben. Im Aufwind bleiben sie nur solange sie den Klamauk, den die politverdrossenen Rumänen so lieben, veranstalten.

Doch war es die ex-kommunistische PSD, die die meisten nationalistischen Töne anschlug. Adrian Severin, Spitzenkandidat der Sozis, der sich auf seinen Wahlplakaten als „der Mann, den wir brauchen“ anpries, erging sich in heftigen Angriffen auf die ehemalige Justizministerin Monica Macovei, die

für die Liberaldemokraten (PDL) ins Rennen gezogen war. Frau Macovei sei, so Severin, eine „Verräterin der Nation“, deshalb sollten sich Nachrichtendienste und Staatsanwaltschaft schleu-



Professor TOM GALLAGHER hält den Lehrstuhl für Friedensstudien und Osteuropapolitik der englischen Universität Bradford und ist Verfasser zahlreicher Bücher und Politanalysen über Rumänien

nigst einschalten. Severins Taktik schlug jedoch fehl, seine Angriffe hatten eher zur Folge, dass sich die Wählerschaft vermehrt an Macoveis Bemühungen um die Säuberung der Politwelt erinnerte sowie an das verweifelte Ringen der Sozis und ihrer parteiübergreifenden Helfer im Parlament, strafrechtliche Ermittlungen gegen halbseidene Spitzenpolitiker abzublocken.

Die PDL kam lediglich als zweitstärkste Kraft ins Ziel, ihr organisatorisches Vermögen blieb der sozialdemo-

kratischen unterlegen. Ohne das Wahlrennen des „unabhängigen“ Fräulein Basescu hätte sie wohl den Wahlsieg davongetragen. Für die Präsidententochter mögen zwar einige junge Wähler gestimmt haben, ihren Einzug ins EP verdankt sie jedoch dem Parteiapparat der PDL, der sich mächtig ins Zeug legte, um ihr 4,3% zu sichern. Mehr denn je muss Elena Basescu nun beweisen, dass sie tatsächlich über einige politische Fähigkeiten verfügt und nicht nur ein verzogenes Gör ist, das es dank Papa geschafft hat.

Die Wahlen offenbarten auch, wie schwer es derzeit ist, die PDL überhaupt noch einzustufen. Einerseits stellte die Partei renommierte Juristen sowie reformorientierte Journalisten und Akademiker auf, andererseits zog es den seiner alten Partei besonders nahestehenden Staatschef inmitten der Wahlkampagne in die Hochburg des zwielichtigen Wendegewinners und Getreidekrösus' Triță Făniță, den er sogar seiner Unterstützung versicherte. Um seine Herausforderer vernichtend zu schlagen, wird Basescu im Zuge des Wahlrennens um die Präsidentschaft wohl vermehrt auf Gestalten zugehen, deren geschäftlicher Erfolg deutlich mit politischer Strippenzieherei einhergegangen ist.

Doch die Europawahlen sind gelaufen – und die Politiker, insbesondere die Sozis, längst emsig dabei, in Regierung, Staatsagenturen und Lokalverwaltung ihren eigenen Interessen nachzugehen. Politische Vorhaben, die keinerlei schnellen Profit versprechen, werden untergraben oder offen abgelehnt. Im rumänischen Polit-Geschäft steht ergo „business as usual“ auf der Tagesordnung – die Werte und das Schicksal Europas bleiben eine flüchtige Ablenkung, an deren Themen keinem der Politiker wirklich etwas lag.

Tom Gallagher

„Rumänien soll keine Dauerbaustelle werden“

Der deutsche Bundestag verlangt die Sperrung rumänischer Fördergelder, doch die alleinige Entscheidung trifft die EU-Kommission

In einigen Wochen will die Europäische Kommission ihren neuesten Monitoring-Bericht über den rumänischen und bulgarischen Reformstand vorlegen. Sie kann entscheiden, ob sie einen weiteren Teil der Fördergelder für die beiden EU-Neulinge auf Eis legt, wie bereits im vorigen Jahr geschehen.

Der Bundestag hat dazu längst eine eindeutige Position: Im Mai verabschiedete das deutsche Plenum einstimmig eine Forderung an die Kommission, die EU-Gelder für Rumänien zu sperren. Dass das Bundestagsvotum nun in Brüssel Wellen schlagen könnte, bezweifelt die deutsche EU-Abgeordnete Constanze Krehl (SPD), die im „Ausschuss für Regionalpolitik“ im Europäischen Parlament auch kontrolliert, wie die EU-Hilfen ausgegeben werden: „Die Abstimmung ist als politisches Statement des Bundestages zu werten, das die EU-Kommission jetzt gewiss nicht veranlassen wird, die Gelder zu sperren.“

Der Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordnete Burkhardt Müller-Sönksen (FDP) hat im Menschenrechts-Ausschuss des Bundestages die Forderung mit auf den Weg gebracht. Sie sei „vielmehr ein Warnschuss für Rumänien, weil wir nicht wollen, dass sich die Faltschen am Weinschlauch der EU nähren“, sagt Müller-Sönksen. Jedoch: Was auf den ersten Blick wie eine rigorose Anweisung des deutschen Bundestages wirkt, hat in Wirklichkeit den Spielraum eines Ratschlags. Die EU-Kommission kann ihn annehmen, muss aber nicht. „Um auf EU-Ebene wahrgenommen zu werden, könnte die deutsche Regierung das Thema verstärkt im EU-Ministerrat einbringen, doch das braucht Zeit“, sagt Müller-Sönksen.

Dass das deutsche Parlament zu den Dauerkritikern der schleppenden Re-



MdEP Gräßle (EVP): „Will kein zweites Italien“

formen in den EU-Staaten Rumänien und Bulgarien gehört, ist nicht verwunderlich. So ist Deutschland größter Netto-Zahler der EU. Deshalb wachen auch die deutschen EU-Parlamentarier

mit Argusaugen, wie die EU-Gelder ausgegeben werden – allgemein, nicht nur in Rumänien. Die EU-Abgeordnete Dr. Ingeborg Gräßle (CDU) gehört zum Haushaltskontrollausschuss des Europaparlaments, der sich seit Jahren beispielsweise mit dem italienischen Kalabrien beschäftigt. Die Region, die als arm und mafiös gilt, sponsorte im vorigen Sommer einheimische Top-Fußballer mit EU-Mitteln. Ein Skandal – doch die Kommission hat er möglicherweise nicht verwundert. Bereits 2002 konstatierte Brüssel „erhebliche Mängel in der Verwaltung von EU-Geldern“. Die Reaktion folgte Jahre später. Zum Jahreswechsel sperrte die Kommission Millionen von Euro für Kalabrien, auch, weil das Europaparlament all die Zeit entsprechend Druck gemacht hat. Ähnliches versucht Gräßle jetzt mit Rumänien, „weil ich kein zweites Italien will“.

Im April initiierte die Abgeordnete ein Votum im Europaparlament, das weitaus mehr erreichen könnte als das des deutschen Bundestages. So muss die EU-Kommission bis zum 15. Juli nunmehr einen Sonderbericht vorlegen. Thema: Die Verwaltung der EU-Mittel in Rumänien. „Die Kommission deklariert zwar Mängel in ihren Berichten, doch gibt sie keine ausreichende Begründung dafür. Wir fühlen uns völlig desinformiert“, sagt Gräßle. Bis zum Herbst will der Haushaltsausschuss des EU-Parlaments zum Brüsseler Juli-Bericht Stellung beziehen. Fällt sie harsch aus, könnte dies für Erklärungsdruck in der EU-Kommission sorgen. „Ich will nicht die Einfrierung der Fördermittel erreichen“, sagt Gräßle, „sondern, dass die Probleme angepackt werden. Rumänien soll keine Dauerbaustelle für uns werden.“

Annett Müller

Politikerportrait

Justizminister Cătălin Predoiu: Der Yes-Man

Der 41-jährige Cătălin Predoiu ist der einzige Minister der Boc-Regierung, der vom liberalen Vorgängerkabinet übernommen wurde. Ex-Premier Popescu-Tăriceanu hatte Predoiu das Justizressort inmitten einer Politikrise angetragen, nachdem der Staatschef einen anderen Vorschlag der Liberalen abgelehnt hatte.

Predoiu hatte sich als Anwalt bereits einen Namen gemacht, da er zusammen mit seiner Partnerin Ioana Racoți zwischen 1997 und 2005 etliche Privatisierungen, Mergers & Acquisitions durchgezogen hatte, so dass die Kanzlei Racoți & Predoiu zu den Marktführern gehörte. 2005 assoziierte sich die Kanzlei mit einem hoch einflussreichen, der Liberalen Partei (PNL) nahestehenden Anwalt – nämlich mit Predoius Schwiegervater Andrei Zamfirescu, Vorsitzender des rumänischen Anwaltsverbands.

Dank Schwiegerpapa erhielt der junge Predoiu Zutritt zu den Machtkreisen – die Parteien sahen ihm nach, dass er ursprünglich Jahre lang für Rompetrol, dem vom Hauptsponsor der Liberalen, Dinu Patriciu, gegründeten Ölkonzern, gearbeitet hatte. Ex-Regierungschef Tăriceanu hiewte Predoiu schließlich ins Amt des Justizministers, teils, um das Renommee des Ressorts durch das Auftauchen eines Technokraten aufzupolieren, teils, um den Anweisungen und Interessen der Partei Folge zu leisten.

Zwischen Februar 2008, als er das Justizministerium übernahm, und den Allgemeinwahlen vom November tat sich Predoiu ausschließlich durch die Hartnäckigkeit hervor, mit der er Daniel Morar, den Oberstaatsanwalt der Antikorruptionsbehörde (DNA) aus dem Amt drängen wollte. Obwohl die Tätigkeit der Behörde in den Brüsseler Monitoringberichten zum Stand der rumänischen Justiz und Korruptionsbekämpfung

stets positiv bewertet wurde – zumal sie Ermittlungen gegen etliche Minister und einen ehemaligen Regierungschef eingeleitet hatte – versteifte sich der fügsame Predoiu auf Morars Abgang. In einer ersten Phase verweigerte der Justizminister die Verlängerung des Mandats des Antikorruptionsstaatsanwaltes – in Brüssel sah sich Kommissionssprecher Mark Grey genötigt, darauf hinzuweisen, wie wichtig die „institutionelle Stabilität für die Korruptionsbekämpfung“ sei. Als nächstes versuchte Predoiu, Monica Șerbănescu als Nachfolgerin Mo-

rars durchzusetzen – eine Vertraute des ehemaligen Generalstaatsanwalts des Landes, Ilie Botoș, der seinerzeit Monica Macovei und deren Reformen erbittert bekämpft hatte. Dabei befolgte Predoiu zweifelsfrei Parteiorder – schließlich hatte die DNA Ermittlungen gegen etliche liberale Minister eingeleitet. Zudem galt es, auch den Sozis, ohne deren parlamentarische Unterstützung die liberale Minderheitsregierung nicht überleben konnte, und deren der Korruption beschuldigten Politiker den unbequemen DNA-Chef vom Hals zu schaffen. Predoius erstem Mandat mangelte es an jedwelchen persönlichen Initiativen, der Minister begnügte sich damit, die Vorgaben anderer, mächtigerer, zu befolgen – unabhängig derer Parteizugehörigkeit.

Bis letzten November hüllte sich Predoiu in eisernes Schweigen, Angaben zu seiner Tätigkeit und/oder Vorhaben blieben aus. Da nach den Allgemeinwahlen Sozis und Liberaldemokraten sich partout nicht auf die Person des neuen Justizministers einigen konnten, beschloss Präsident Băsescu schließlich die Beibehaltung des alten Amtsinhabers. Dazu mögen ihm wohl auch einige ihm nahestehenden Ex-Liberale geraten haben, die Predoius fügsam-dankbares Naturell kannten. Es bleibt dahingestellt, wie zufällig etliche Paragraphen des neuen, unter Predoius Federführung entstandenen Strafgesetzbuches sind, die genau bei Korruptionsdelikten drastisch abgemilderte Strafen vorsehen.

Cătălin Predoiu weiß, dass er Fehler und Ambitionen mit dem Kopf bezahlen muss. Deshalb bereitet er zurzeit bereits seinen Abgang vor – der sogar noch vor der Veröffentlichung des Brüsseler Monitoringberichts vom Herbst und der bei dieser Gelegenheit wohl angekündigten Sanktionen erfolgen könnte. Während sich die Ambitionen des Noch-Ministers als belanglos erwiesen, kann von Leistungen leider überhaupt keine Rede sein.

Sabina Fati





Gastronomische Milliardenengeschäfte

Das große Fressen: Die Catering-Branche floriert



Eine phantasievolle Auseinandersetzung mit der Sprache gab es am Anfang nicht: Weil es für das englische Wort **Catering** (in etwa: **Versorgung, Bewirtung, Betriebsgastronomie**) kein einfaches rumänisches Pendant gab, ließen es Kunden und Firmen einfach so stehen. Die beiden Anfangsbuchstaben „Ca“ flossen dann auch in den Branchenjargon ein – **HoReCa** nennt sich das (wiederum ans Englische anklingende) **Unwort für die gesamte Hotel- und Gastronomieindustrie und steht, aufgedrösel, für Hotels, Restaurants und Catering. Oder für Hotels, Restaurants und Cafés. Oder auch Hotels, Restaurants and Canteens. Egal – es geht um La Grande Bouffe, um das große Fressen.**

Den meisten Menschen hierzulande war nach der Wende nicht nur das Wort **Catering** unbekannt, sondern auch das gesamte Konzept: Die Idee, dass jemand von außerhalb für die Firma oder den Einzelkunden Speisen zubereitet, war so fremdartig wie die eines Automaten, der aus der Wand Geld spuckt. Doch unter die Hinterwäldler mischten sich in Bälde ausländische Manager, die nicht nur über Betriebswirtschaft Bescheid wuss-

ten, sondern auch über Betriebsbewirtung. Sie sorgten auf dem zurückhaltenden Markt für den ersten Nachfrage-Push, bis die einheimischen Dienstleister schließlich selbst auf den Geschmack kamen. Ab dann war die Professionalisierung der Branche nur noch eine Frage der Zeit: Zwischen 1998 und 2000 etablierte sie sich, ab 2000 begann sodann der eigentliche Boom, nachdem immer mehr Gastronomiebetriebe das Potenzial erkannten und massiv in den Lieferservice investierten. Und auch der Staat guckte letztlich bei den Privaten ab: Wenn ein Gastronomiebetrieb kostengünstig in Firmen für die Verköstigung der hungrigen Mitarbeiter sorgen kann, weshalb sollte das Rezept sich nicht auch in Schulen, Krankenhäusern, Kasernen oder Gefängnissen bewähren?

Dennoch: Niemand kennt den genauen Marktwert der hiesigen Cateringbranche, dafür tummeln sich viel zu viele Klein- und Kleinstbetriebe am Markt, deren Betreiber sich

selbst in winzigsten Wohnküchen ein Zubrot verdienen. Weil bei der Zulassung von Firmen die Eigentümer ihren Tätigkeitsbereich anzuführen haben, kann zumindest auf die Daten des Handelsregisters zurückgegriffen werden, die aufzeigen, dass nicht weniger als 15% unter der eingetragenen Unternehmen Betriebsgastronomie als Tätigkeitsfeld angegeben haben.

Die Branche ist unübersichtlich – Minifirmen konkurrieren mit den Küchen prestigevoller Hotels, wenn es darum geht, Unternehmen bei Events wie Pressekonferenzen, Betriebsfesten oder Produktpräsentationen gastronomisch zu unterstützen oder die Belegschaft mittags mit Kalorien zu versorgen. Besagtes „Mittagscatering“ zieht in letzter Zeit besonders stark an, da viele Mitarbeiter es vorziehen, im Büro zu essen, anstatt einen kostspieligen und zeitaufwendigen Restaurantbesuch in Kauf zu nehmen. Immerhin sorgt eine Vielzahl der auf Fastfood spezialisierten Labels in der Nähe der großen Bürogebäude für starke Konkurrenz. Chinesen, Italiener oder Libanesen winken mit gastronomischer Vielfalt und betreiben in vielen Fällen auch einen bequemen Lieferservice für die Workaholics, die ihren

Schreibtisch selbst zur Mittagspause nicht verlassen wollen. Den Wettbewerb beflügeln auch mittelgroße Unternehmen aus allen Industrien, die ihren Kantinenservice samt Küche ausgelagert haben.

Für Privatpersonen bleibt infolge des Booms der Betriebssparte kaum Zeit: Rumänische Großstädte sind dafür bekannt, ab 18.00 Uhr über fast keinen Lieferservice zu verfügen – von etlichen Pizzaläden und einige Chinesen abgesehen. Einen Partyservice kann frei-





lich jeder buchen, doch muss das früh genug geschehen.

Günstig auf das Geschäft wirkte sich auch das System der Lebensmitteltickets aus: Etwa 3,3 Mio. Beschäftigte erhalten zusätzlich zum Gehalt pro Arbeitstag ein solches Ticket im Wert von umgerechnet rund 2 Euro, mit dem man sich entweder in der Kantine oder im Supermarkt etwas kaufen kann (ausgenommen Alkohol und Tabak). Anders als beispielsweise in Frankreich kann der Angestellte in Rumänien auch sein ganzes Ticketheft zum Einkauf im Supermarkt benutzen – Grund genug für die Caterer, in den Läden eine starke Konkurrenz zu vermuten.

Diagnose aus dem Ausland

Das französische Unternehmen Gira Foodservice hat zum ersten und bisher einzigen Mal im Jahr 2007 den lokalen Cateringmarkt beleuchtet und dabei den Schwerpunkt auf Gliederung, Wert und Potenzial gesetzt. Laut Gira-Studie waren in der Branche 37.051 so genannte Foodservice-Betriebe tätig, die 1.099 Mio. Mahlzeiten im Wert von rund 3,4 Milliarden Euro servierten.

Von der Struktur her nahm das kommerzielle Catering 61% ein (Restaurants, Fastfood-Lokale, Cafés, Bars, Hotels und andere), der Rest entfiel auf das Sozialwesen (Krankenhäuser, Schulen, Justizvollzugsanstalten usw.). Die

Studie beschreibt die Branche als vergleichsweise jung und somit erst am Anfang ihrer Entwicklung. Am stärksten vertreten ist die Sparte Quick Service Restaurant (42,5%), gefolgt von Restaurants (35%), Hotels und anderen Gaststätten (18,5%). Auf die letzten beiden Plätze kamen Transportcatering mit 3,5% sowie Event- und Partycatering mit 0,5%.

Mit Bezug auf den Sozialbereich stellte die Studie fest, dass die meisten Serviceanbieter von der allgemeinen Lage völlig überfordert sind. Eine Besonderheit bestehe, so Gira, darin, dass die Versorgung an den Schulen fast keine Rolle spielt, da die Gebäudeplanung der meisten Lehranstalten keine Zubereitungsmöglichkeiten vorsah.

Aufgrund der Trends auf dem rumänischen Markt schlussfolgerten die Experten damals, dass der Sozialbereich sich zukünftig wohl am dynamischsten entwickeln werde, beflügelt vom Wirtschaftswachstum und dem Einstieg ausländischer Unternehmen. Positive Entwicklungen prophezeite Gira auch für Kantinenrestaurants – ein bislang äußerst schlecht bedientes Segment. Das sogenannte Sozialcatering umfasst die Versorgung von Unternehmen und/oder Institutionen (40%), Krankenhäusern (23%), Schuleinrichtungen (20%), Suppenküchen (13%), des Justizvollzugs und der Streitkräfte (4%).

Staatliche Verträge sichern Gewinne

Wie lukrativ die Geschäfte mit dem Staat sein können, zeigt der Erfolg des in Bukarest laufenden Programms der „Schule nach der Schule“ – lokale Cateringbetriebe versorgen Kinder aus Familien mit hochbeschäftigten Eltern, die sich nach Beendigung des Schulprogramms noch nicht um ihren Nachwuchs kümmern können. Das Programm tragen die Eltern zum Großteil selbst (rund 80–90 Euro monatlich), auch für das üppigere Mittagessen muss die Familie geradestehen.

Dort, wo ärmere Familien im Spiel sind, unterstützen Sponsoren und Behörden das Projekt. Im Norden des Landes, im Verwaltungskreis Bistrița-Năsăud, erhalten Schüler der Roma-Minderheit an zehn Schulen durch ein Catering-Unternehmen täglich Snacks im Wert von einem Euro. Die kleine Mahlzeit wird von der EU über das Projekt „Gemeinsam für eine allen zugängliche Bildung“ mit 600.000 Euro finanziert.

Im zweiten Bukarester Bezirk sind derzeit 18 Center für die Versorgung der Kinder nach der regulären Schulzeit zuständig – allerdings hatte nur ein Drittel davon das Glück, Partnerschaften mit Kommunalbehörden und/oder verschiedenen Organisationen und Stiftungen eingegangen zu sein und somit



die Krisenzeiten überleben zu können. Bei den anderen, privaten „After school“-Stellen wird das Essen von der Schulkantine oder verschiedenen Catering-Firmen bereitgestellt; die Monatsgebühren sind deutlich höher und können bis zu 250 Euro erreichen.

Die Perspektiven der Firmen sind allerdings positiv, denn Bildungsministerin Ecaterina Andronescu (PSD) will den vom Staat bezahlten, schon zur Tradition gewordenen Pausensnack mit Milch und Semmel durch ein warmes Mittagmahl ersetzen. „Die Idee ist gut, doch kann sie nicht so schnell umgesetzt werden. Dafür brauchen die Schulen ja mindestens einen Essraum – und das setzt Investitionen voraus. Das Snack-Programm mit Milch und Semmeln wird wohl nicht so schnell ersetzt, auch

werden am neuen Mittagessen wohl nur einige Kinder interessiert sein. Und das Geld, das wir so eventuell einsparen würden, reicht sowieso hinten und vorne nicht“, bemängelte Constantin Ciosu, Chef der Bildungsgewerkschaft FEN, den Vorschlag. Ein weiteres Problem bei der Bereitstellung einer warmen Mahlzeit für Schüler entsteht durch die gravierende Überauslastung der Schulen (an manchen wird sogar in drei Schichten unterrichtet) und deren gesundheitshygienischen Mankos.

„Wenn eine Schule eine gesundheitshygienische Zulassung für eines der After school-Programme beantragt, werden wir sie genau unter die Lupe nehmen – das beginnt bei den notwendigen Genehmigungen, geht aber bis hin zur Überprüfung, ob dort eine Men-

sa existiert, weil die Kinder ja nicht in ihren Bänken essen können. Das es dort auch ausreichende und saubere Waschräume geben muss, wo man sich die Hände waschen kann, versteht sich von selbst“, verspricht das Gesundheitsamt Bukarest.

Die Streitkräfte sind ein Traditionsmarkt für die Lebensmittelversorger, doch die Esszulagen des Militärs sind einfach zu niedrig, klagen viele. A.M., Betreiber eines Catering-Unternehmens in der Stadt Râmnicu Vâlcea, denkt an die Aufkündigung seines Vertrags mit der örtlichen Garnison. Sein Betrieb schreibe Verluste im vierstelligen Euro-Bereich. „Wie kann man zwei Gänge, Nachspeise und Mineralwasser für 7 Lei (weniger als zwei Euro) sicherstellen? In der EU speist ein Soldat für 12-13 Euro. Die Zulagen werden hoffentlich auch bei uns irgendwann steigen. Heute sieht der Vertrag vor, dass man maximal 30% Aufschlag auf den Lebensmittelwert berechnen darf – in letzter Zeit kann man daraus kaum die Gehälter des Personals bezahlen“, so A.M.

Nach den Kasernen steigen langsam auch die Justizvollzugsanstalten auf den Catering-Service um. Die Landesverwaltung der JVA experimentiert seit mehreren Jahren mit verschiedenen Modellen und ist unterm Strich zufrieden. Die Dienstleistungen werden öffentlich ausgeschrieben. „Das Ergebnis ist kostengünstiger und besser. Wir geben in Eigenregie im Schnitt 6 Lei pro Insasse aus, darin enthalten sind die Beschaffung der Lebensmittel und deren Zubereitung. Beim Catering sinken die Kosten auf 5 Lei und das Essen wird bereits zubereitet angeliefert. Auch schmeckt es besser. Es ist zwar nicht wie bei Müttern, aber immerhin besser als das, was wir selbst hinkriegen würden. Die Firmen verfügen über eine bessere Technologie als unsere eigene, antiquierte“, lautet das Fazit der Gefängnisverwaltung.

Ende letzten Jahres wurden auch die rund 1.000 Insassen der JVA Botoșani im Norden Rumâniens in das Programm aufgenommen. Anstaltsleiter Marius Hliban verlautbarte,

Das französische Unternehmen Gira Foodservice hat zum ersten und bislang einzigen Mal im Jahr 2007 den lokalen Cateringmarkt beleuchtet: Laut Gira-Studie waren in der Branche 37.051 so genannte Foodservice-Betriebe tätig, die 1.099 Mio. Mahlzeiten im Wert von rund 3,4 Milliarden Euro servierten. Am besten vertreten ist die Sparte Quick Service Restaurant (42,5%), gefolgt von Restaurants (35%), Hotels und anderen Gaststätten (18,5%), auf die letzten Plätze kamen Transportcatering mit 3,5% sowie Event- und Partycatering mit 0,5%.



© Sorin Lupşa/Rompres

▶ dass nach dem Beschaffungsverfahren eine Firma die Mahlzeiten bereitstellen wird. „Wir sind zusammen mit drei anderen JVA im Land in einem Pilotprogramm, jedoch die einzigen in der Region, die diesen alternativen Weg wahrnehmen“, so Hliban. Das System sieht drei Mahlzeiten vor, die portioniert und in Wegwerfverpackungen angeliefert werden.

Allerdings ist die Partnerschaft mit dem Staat nicht immer das Beste, was einem Catering-Unternehmen passieren kann. Letzten Herbst kam es z. B. zum Eklat, als die Lebensmittelversorger bei einem Sanatorium für Lungenkranke im Verwaltungskreis Arad die Lieferungen einstellten, weil die Gesundheitseinrichtung stark im Zahlungsverzug war. Die Kranken blieben hungrig, das warmherzige Küchenpersonal bezahlte schließlich die Grundversorgung aus der eigenen Tasche. Die Verwandten der Kranken wurden angewiesen, Lebensmittel mitzubringen, doch nur wenige konnten sich das leisten oder wiederholt tun, da das Sanatorium 70 km entfernt von der Kreisstadt Arad liegt.

Einstiegskosten: mindestens 40.000 Euro

Investoren müssen beim Einstieg relativ hohe Kosten in Kauf nehmen, sagt Mihai Ciorcan, dessen Firma unlängst auf den Markt im Norden der Hauptstadt vorgedrungen ist. Dort weist der Lokalmarkt etliche Besonderheiten auf, weil auf weiter Fläche fast nur Bürogebäude multinationaler Konzerne existieren.

Die Räumlichkeiten der Catering-Firma müssen eine Menge Vorgaben respektieren – so müssen die Räume für die Zubereitung nach Arbeitsprozessen getrennt sein. Unter der Schmerzgrenze von etwa 40.000 Euro ist nichts drin. Und auch davon können allenfalls Räume angemietet, Hochleistungsherde und -öfen, Kühlfächer und -schränke, Geräte zur Frischwarenzubereitung, Mikrowellenherde, Möbel und ein Kleintransporter gekauft werden.

Eine kleine Firma mit 3–5 Beschäftigten kann, vorausgesetzt das Einzugsge-



biet stimmt, einen Umsatz von 1.000–1.500 Euro am Tag erwirtschaften – und das nur im Mittagmahl-Geschäft. Bedient die Firma ihre Kunden auch bei verschiedenen Anlässen, können Umsatz und Gewinne entsprechend gesteigert werden, weil 90% der Gäste aus Vertretern anderer Firmen bestehen und nur 10% zur komplizierteren Privatkundschaft gehören.

In größeren Städten schreiben Catering-Firmen, die ihren Kunden bei Events kulinarisch unter die Arme greifen, Umsätze in Höhe von mehreren 100.000 Euro. Aber das Eventgeschäft hat seine Tücken, denn während das Servieren von Mittagessen langfristig konstant bleibt, ist das Event-Catering schwankend und saisonbedingt. Anfang des Jahres stehen die „corporate“-





Anlässe an, später haben Hochzeiten Hochkonjunktur, im Herbst ist wieder Geschäftssaison, während zu Jahresende Weihnachten und Sylvester die Kassen klingeln lassen.

Laut Teofil Vultur, Präsident des Branchenvereins ACR, sollten die Unternehmer in diesem Bereich zumindest das Basiswissen aus der Lebensmittelindustrie mitbringen – die Zubereitung muss zur Kunst werden, um die immer anspruchsvolleren Kunden bei Laune zu halten. Diese Launen bedeuten immer mehr Vegetarier-, Öko- und Biokost, die natürlich zertifiziert zu sein hat, oder – im Falle vieler Firmen – phantasievolle Fusion-Menüs für Empfänge, bei denen kulinarische Spezialitäten beliebig vieler Völker kombiniert werden müssen.

Die Erfahrungen der Gastronomie müssen mit soliden betriebswirtschaftlichen Kenntnissen gekoppelt, die Preise streng kontrolliert werden. Viele dieser Firmen wurden deshalb von erfahrenen Managern kommunistischer Restaurants gegründet, die etwas von Preispolitik, militärischer Disziplin in der Kü-

che und Betriebsplanung verstehen. „Das Catering ist eine Verdrängungsgesellschaft, die Preispolitik kann über Erfolg oder Konkurs entscheiden“, so Mihai Ciorcan.

Knochenarbeit hinter den Kulissen

Die wenigsten Kunden der verschiedenen Caterer vermuten, wie hart es wirklich hinter den Kulissen zugeht. In vielen Serviceküchen wird wie in asiatischen Sweatshops malocht. Ein Bericht der Europäischen Agentur für Arbeitssicherheit und Gesundheit signalisiert, dass Beschäftigte der HoReCa-Branche viel öfter als andere mit Gewalt, Belästigung und Diskriminierung durch Kunden, Kollegen und Arbeitgeber zu rechnen haben.

Von einer aktiven Arbeitskraft von 9,35 Mio. Menschen arbeiten etwa 137.000 im Gastronomie- und Hotelgeschäft. „Die HoReCa-Industrie wird in vielen EU-Staaten zu einem immer wichtigeren Arbeitgeber für eine steigende Anzahl von minderqualifizierten

Menschen, viele davon mit Migrationshintergrund. Die Arbeitsbedingungen sind in vielen Fällen hart, mit Überstunden und körperlich anstrengenden Aufgaben verbunden. Hinzu kommt, dass branchentypische Umstände gelten, da es öfters zu Saisonbeschäftigung oder Schichtarbeit kommt“, heißt es im Bericht der EU-Behörde. Die psychosozialen Risiken sind ebenfalls hoch. Stress, Zeit- und Leistungsdruck, Probleme mit der Balance zwischen beruflichem und Privatleben. Körperlich geht es um Killerjobs: lange Stehzeiten, Handhabung hoher Gewichte, Lärm und Rauch, starke Temperaturschwankungen – von brütend heiß in der Küche zu eiskalt im Frischwarenbereich. Zudem werden die Beschäftigten gefährlichen Stoffen wie Reinigungskemikalien ausgesetzt.

Laut Bericht gibt es in der Branche nur bedingt Politprojekte für die Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeiter. Die wenigen existierenden betreffen ihrerseits mehr die Lebensmittelsicherheit denn die der Beschäftigten. Allerdings brachte die Antiraucherpolitik etwas Bewegung in den Bereich – jedoch nicht genug. „Weil 90% der Betriebe klein sind und nur bis zu 10 Beschäftigte aufweisen, haben Arbeitgeber zumeist keine Zeit und/oder Ressourcen, um die gesetzlichen Vorschriften auf Betriebsebene umzusetzen.“

Laut Eurostat sind EU-weit besonders junge Menschen in diesem Geschäft tätig. Einer von drei ist unterqualifiziert, viele der Beschäftigten haben nicht einmal einen Gymnasialabschluss. Hierzulande haben 80% der in der Branche Tätigen ihr Abitur gemacht, nur 8% verfügen über einen Hochschulabschluss.

Bukarester Service: Jede Menge Hygiene-Probleme

Die Inspektoren der Verbraucherschutzbehörde (ANPC) haben letztes Jahr 36 Bukarester Catering-Firmen kontrolliert – 28 von ihnen fielen mit Problemen auf und wurden mit insgesamt rund 27.000





© Liviu Sova/Rompres

ANPC-Inspekture entdecken in Bukarest zumeist wenig Appetitliches

Euro Geldstrafe zur Verantwortung gezogen.

Bei den meisten kontrollierten Betrieben wurden Lebensmittel aus dem Verkauf gezogen, bei denen das Verfallsdatum abgelaufen war. In 11 der

Lokale fanden die Kontrollbeamten Produkte mit fehlerhafter Etikettierung sowie irreführende Werbeprospekte. Bei vielen waren die Räumlichkeiten regelwidrig ausgestattet, etliche hatten die Lagerbedingungen für Lebensmittel

nicht eingehalten. In einigen Arbeitsräumen waren die Gefrieranlagen völlig veraltet oder verdreckt, es gab keine Thermostate. „Wir haben uns zur Überprüfung der hauptstädtischen Unternehmen entschlossen, weil immer mehr Menschen deren Service in Anspruch nehmen“, so ANPC-Chef Dan Vlaicu. Seine Behörde ermahnt die Konsumenten, bei der Wahl der Catering-Firmen höchst aufmerksam zu sein. Besonders im Sommer sei es gefährlich, da bei hohen Temperaturen selbst Lebensmittel bester Qualität schnell verderben können.

Die ANPC empfiehlt den Verbrauchern, Menükarten, Speisen, Geschirr und Besteck vor dem Verzehr aufmerksam zu prüfen. Fertigverpackungen sollten in perfektem Zustand sein. Wenn Zweifel an Qualität oder den Informationen auf dem Etikett bestehen, sollten die Produkte lieber abgelehnt werden. Kassensbons sollten aufbewahrt werden, damit sich Kunden gegebenenfalls über Qualität und Produktsicherheit beschweren können.

Trotz aller Kontrollen arbeiten die meisten Mini-Firmen jedoch ungestört weiter. „Die haben einen alten Dacia und eine Kochecke in einer Plattenbauwohnung und bereiten Schnitzel für die Menschen aus dem betreffenden Bezirk oft ohne Zulassung zu“, moniert Sorin Barbu, Eigentümer einer Firma im Westen der Hauptstadt, den die unlautere Konkurrenz stört.

Ein weiteres Problem ist, dass die Kunden praktisch die Katze im Sack kaufen – was auf dem Flyer, der Speisekarte oder im Internet appetitanregend anmutet, kann auf dem Teller schließlich ganz anders aussehen. „Es gab viele Anlässe, wo Verträge aufgrund von Angeboten auf dem Papier unterschrieben wurden und der Kunde im Nachhinein feststellen musste, dass die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Wer solche Dienstleistungen ausschreibt, sollte möglichst erst nach einer Probe entscheiden“, warnt Anca Manole, Chefin einer Catering-Firma in Cluj. Solche Probleme erscheinen auch bei Firmen, die Mittagessen für 5 bis 8 Euro anbieten.

Aggressives Marketing für Auge und Gaumen

Die explosive Entwicklung der Branche wird durch eine aggressive Werbung, besonders bei gemeinsam gestalteten Branchenveranstaltungen, unterstützt. So haben in Sibiu die in der Region ansässigen Unternehmen ein erstes internationales Hochzeits- und Gastronomiefestival unter der Bezeichnung Simba HoReCa organisiert. Die Hauptattraktion? Ein Vielfraßwettbewerb. Dabei ging es darum, den Weltrekord im Krautwickelverschlingen von 10 Wickel pro Minute zu brechen. Solche Guinness-Rekorde erfreuen sich hierzulande besonders im kulinarischen Bereich großer Beliebtheit – in Sibiu wurde unlängst der weltweit größte „bulz“ zubereitet, eine lange Wurst bestehend aus Polenta, Käse, Butter und Ei.

Nach Reșița kamen zu einer Messe rund um die Hochzeit gleich über 20 Catering-Unternehmen – samt ihren Meisterköchen – aus dem ganzen Banat. Der Besucherandrang war so groß, dass die Veranstalter kurzfristig umdisponieren mussten. In Arad wurde bereits die 2. Auflage der „Traumparty“ organisiert, die größte Messe für Hochzeiten und Events im Westen des Landes. Die Aussteller winkten bei solchen Auftritten mit Rabattpaketen für das ganze Jahr. Aber auch in Galați, im Südosten Rumäniens, ging es unlängst hoch her: Eine Fachmesse stellte das Angebot der Catering-Branche für Feste, Feiern, Cocktailempfänge, Grillfeste



und Winteranlässe vor.

Doch neben BTL-Veranstaltungen wie Messen und Ausstellungen oder ATL-Werbung durch Flyer oder Internet-Banner setzen viele auf die bewährte Mund-zu-Mund-Propaganda: Ist ein

Kunde mit „seinem“ Caterer zufrieden, so kann die Firma damit rechnen, sich früher oder später kaum mehr vor Aufträgen retten zu können – lautet zumindest das Credo der Branche.

Teodora Zazon



MAX
RESTAURANT
SWISS QUALITY CUISINE

MAX RESTAURANT
OCNEI 22, SIBIU 550188
WWW.MAX-RESTAURANT.RO





Die Feste feiern, wie sie kommen – möglichst oft!

Rumänische Catering-Firmen begleiten ihre Kunden von der Taufe bis ins Grab

Rumänische Hausfrauen sind bequem geworden: Vorbei die Zeiten der mühseligen Zubereitung Hunderter belegter Brötchen für die Silvesterparty, der Kekse und sonstigen Backwaren für den Weihnachtstisch oder das Osterfest. Nun sahnen Catering-Firmen ab. Für Kunden sowie Firmen ist es eine Win-Win-Situation: Die weibliche und männliche Klientel kann sich genüsslich in Schale werfen, die Firma kümmert sich um den Rest. Hinzu kommt, dass keine Hausfrau alles kann – also her mit dem Meisterkoch, der mit einem Sammelsurium arabischer, balkanischer, chinesischer oder italienischer Gerichte aufwartet, so dass selbst die verwöhntesten Gäste beeindruckt sein dürften. Auch die Bedienung übernimmt die Firma auf Wunsch.

Zu Ostern, Weihnachten und Silvester weicht - dank der vielen Überstunden und allgemeinen Hektik – das ansonsten prägnante Konkurrenzgefühl in der Branche einer mildereren, kollegia-



len Stimmung. Doch um sicher zu gehen, dass das Spanferkel auch termingerecht auf dem Tisch steht, sollte es der Kunde mindestens zwei Monate vorab bestellen.

Teofil Vultur, Chef der Branchenvereinigung ACR und Schulleiter bei der Gastronomie-Fachschule Viilor, spricht von saisonbedingten Trendwenden: „Die Nachfrage verändert sich, je näher die traditionellen Feste rücken. Ansonsten ist der Großteil der Catering-Firmen mit der Bereitstellung von Mittagessen beschäftigt, doch dann werden die Kundenwünsche extravaganter – Festessen sind angesagt“, so Vultur.

Ein Kundenporträt zeichnet Ionel Turcu, der für eine Bukarester Catering-Firma arbeitet, die sich auf Party- und Festservice spezialisiert hat: „Es sind Menschen zwischen 28 und 45, mit überdurchschnittlichen Einkommen, sehr beschäftigt, die ihre Familie oder Freunde beeindrucken und sich selber wohl fühlen möchten, ohne unter den Staus und Schlangen an den Kassen der Supermärkte zu leiden. Des Öfteren kommt es vor, dass küchenmäßig wenig begabte Hausfrauen den Service bestellen, weil sie nicht riskieren wollen, beim Festessen einen verkohlten Braten auf den Tisch zu stellen. Manchmal sind es auch Menschen, die einfach den Kaufrausch um die Jahreswende scheuen.“

Turcu sagt, dass auch hier die Konkurrenz hart ist – Supermärkte, Konfiserien und Restaurants haben das Geschäft längst gerochen und bieten Fertigprodukte an. Viele Kunden kaufen Salate, Bratwürste, Steaks, Kuchen und Kekse direkt von dort. Teofil Vultur fügt hinzu: „Zu Feiertagen wenden sich besonders solche Leute an die Catering-Firmen, die den Service während des Jahres als Mitarbeiter in einer Kundenfirma kennen und schätzen gelernt haben.“

Zu Jahresende organisieren viele Firmen Partys für die Belegschaften – und sorgen so für zusätzliche Nachfrage. „Das Menü ist vielfältig und hängt vom Etat der jeweiligen Firma ab. Traditionell aber gehören Kraut- oder Weinblattwickel dazu und Kuchen. Letztes Jahr haben wir mehrere Tausend Wickel zubereitet, in diesem Jahr könnten es deutlich mehr sein. Manche Leute sind eben derart beschäftigt, dass sie ihre Weihnachtsfesttafel ganz einfach nicht selbst managen können, deshalb kommen sie auf uns zu“, sagt Adriana Antonoaie, die bei einem Bukarester Caterer im Vertrieb arbeitet.

Viele Fachfirmen unterhalten aufwendige Internetauftritte; Bestellungen können telefonisch, per Fax und online abgegeben werden. Nach Ansicht von Teofil Vultur ist die Mitgliedschaft eines Unternehmens in seiner Branchenvereinigung eine zusätzliche Garantie für die Kunden, weil die Mitglieder Hygienebe-



stimmungen strikt einzuhalten haben. Fachschulen des Gastronomiegewerbes sind ebenfalls eine Konkurrenz – ihnen stehen Tausende von Servier- und Küchenkräften kostenlos zur Verfügung, da die Praxis zur Schulpflicht gehört. So können die Schulen zusätzliche Finanzierungsquellen anzapfen.

Die Preise sind unterschiedlich – je nachdem, was auf dem Menü steht. Getränke werden zumeist getrennt abgerechnet. Für ein Weihnachtsessen liegen sie im Bereich 20–50 Euro pro Person, das Menü besteht in diesem Fall aus typischen Saisonvorspeisen (Sülze, Blutwurst, Bratwurst), gefolgt von Schweinebraten, Krautwickeln, Fischgerichten, Kuchen mit Rosinen und Nüssen. Je größer die Tafelrunde, desto höher der Rabatt. Zu Silvester geben Catering-Firmen ihr Bestes: Das Menü besteht dann aus moldauischen oder ungarischen Wickeln, Reh in Aspik, Räucherhai, Wachteleiern, Räucherlachs, Fasanbraten, Meeresfrüchten u. v. a. Werden die Produkte nicht sofort verzehrt, garantiert die Firma eine Verfallsdauer von zusätzlichen 12 Stunden – vorausgesetzt, sie werden im Kühlschrank aufbewahrt.

In Bukarest und anderen Städten hat sich durch den Populismus der Lokalpolitiker eine weitere Nische erschlossen: Massenfeste. Besonders zu Silvester organisieren die Bezirksrathäuser der Hauptstadt für Tausende Gäste wahre Essgelage auf dem Messegelände oder im Gebäude des Staatszirkus.

Zu Ostern gehen weitere Bestellungen ein. Für 100 bis 150 Euro können sich vier bis sechs Personen raffiniert

satt essen: Es gibt Lammklößchen, Spinatwickel mit Lammfleisch, Käsekuchen, Wachteleier am Spieß, „drob“ (eine Art dem schottischen Haggis ähnliche Spezialität aus Schafsinnereien) und sonstige Süßigkeiten. Seitdem auch online bestellt werden kann, steigen die Osterumsätze Jahr für Jahr. „Die Kunden können im Internet spielen und sich ihr eigenes Menü zusammenbasteln“, erklärt Vasile Nicolae, Manager einer Bukarester Firma.

Doch nicht nur zu den traditionellen Festen greifen rumänische Kunden tief in die Tasche. Hochzeiten, Taufen, Beerdigungen, Geburtstage (besonders bei der Volljährigkeit, hierzulande bei 18 Jahren) sind gleichfalls in. Hochzeiten zu organisieren ist zu einer wahren Industrie geworden. Um einen Termin bei einem guten Restaurant zu ergattern, muss man sich zuweilen auch ein volles Jahr davor anmelden, denn kurzfristig sind sie komplett ausgebucht. Geht der Kunde zu einem Catering-Unternehmen und findet auch eine geeignete Location – Gärten, Plateaus im Gebirge, Strände am Meer, Lichtungen im Wald – können bequem Zelthochzeiten organisiert werden, sagt Mihai Ciorcan,

Chef einer Bukarester Catering-Firma. Zelthochzeiten sind 2008 der absolute Renner gewesen. „Die Nachfrage war einfach riesig. Aber es ist auch wirklich wunderschön: Es gibt Fackeln um das Zelt, und im Freien sieht das Feuerwerk einfach viel, viel besser aus“, sagt Adriana Radu von der Firma Avangarde PR.

Doch auch hier schläft die Konkurrenz nicht – nämlich die grenzüberschreitende. Im Süden des Landes zieht es viele nach Bulgarien, im Westen nach Ungarn, wo Firmen kostengünstiger arbeiten. Die Gäste werden in solchen Fällen mit dem Bus zur Party gefahren. Viele Hochzeitspaare aus Arad heiraten in der Heimatstadt, lassen die Sektkorken dann aber in Szeged, Oroshaza, Gyula oder Mako knallen. Aber nicht nur der günstigere Preis spielt eine Rolle. Viele finden es exotischer, zudem haben sie die vielen Unannehmlichkeiten an der Heimfront satt. „Bei einer Freilufthochzeit in Rumänien kämpft man tagsüber mit der Fliegenplage, am Abend mit den Stechmücken. Einen Caterer zu finden, der das warme Essen zu jeder Uhrzeit serviert, ist auch nicht die leichteste Aufgabe der Welt“, meint Luminița Cătană, Eventplaner in Arad.

Makaber, aber wahr – viele Bestattungsunternehmer arbeiten Hand in Hand mit Catering-Firmen oder haben sogar eigene Servicebereiche eingerichtet, um Totenwachen und Tränenbrotmessen (3, 6 und 12 Monate nach dem Todestag) zu organisieren – diese arten nicht selten in wahre Saufgelage aus. Und weil die orthodoxe Tradition es verlangt, den Armen am Friedhof eine milde Gabe zu überreichen, müssen Esspakete verteilt werden – auch das ein gefundenes Fressen für die Caterer.

Teodora Zazon



EADS-Tochter Premium Aerotec prüft Produktion in Braşov

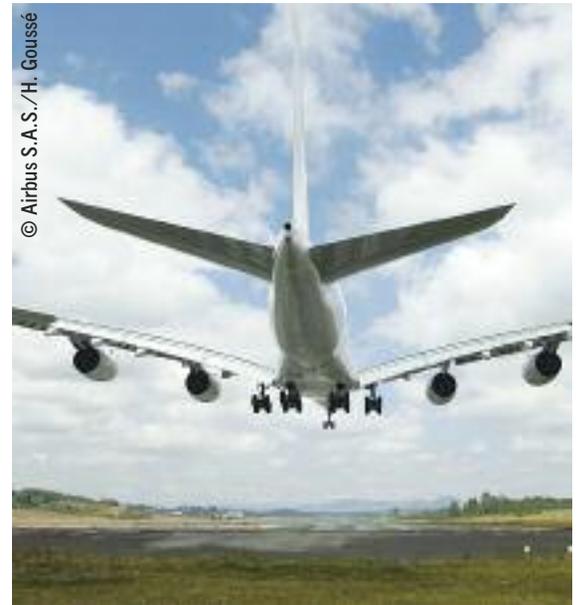
Die neu gegründete EADS-Tochter Premium Aerotec GmbH überlegt den Bau einer Produktionsanlage in Rumänien. „Wir prüfen, eine eigene Produktion für Blech- und Frästeile in Rumänien mit bis zu 50 Mio. Euro Investitionsvolumen aufzubauen oder die Lieferungen aus dem Niedriglohnland zu erweitern“, sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Hans Lonsinger, der Financial Times Deutschland.

Laut Constantin Niţa, dem Minister für KMU, hat der deutsche Flugzeugzuliefererkonzern für dieses sein Projekt den Raum Braşov ins Auge gefasst. In Kronstadt werde zurzeit intensiv mit Premium Aerotech verhandelt, der junge EADS-Tochterkonzern könnte sogar über 100 Mio. Euro in seinen neuen Standort investieren, in dessen Werk bis

zu 700 Arbeitskräfte beschäftigt würden, erklärte Niţa dem rumänischen Wirtschaftsblatt Business Standard.

Die Premium Aerotec war erst zu Jahresbeginn durch die Ausgliederung zweier Airbuswerke in Norddeutschland und eines EADS-Werks in Augsburg entstanden. Langfristig gesehen will sich die derzeit noch hundertprozentige Tochter des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzerns jedoch vollständig von EADS abkapseln und als neutraler Zulieferer auftreten, der sich, laut Konzernleitung, bei allen neuen zivilen und militärischen Projekten bewerben wird. Ein Ziel von Premium Aerotec ist es zudem, sich um die Zulieferung für Bauteile des Boeing 737-Nachfolgemodells zu bewerben.

Der deutschen Presse zufolge liegt



© Airbus S.A.S./H. Goussé

der derzeitige Auftragsbestand für Premium Aerotec bei rund 3,5 Mrd. Euro, wobei die Großaufträge für das neue Airbusmodell A350 sowie den Militärtransporter A400M darin noch nicht enthalten sind.

Privatisierung des Flugzeugbauers Avioane Craiova geht in die Endrunde



© Alenia Aeronautica

„Die Verhandlungen mit Alenia Aeronautica Italien über die Akquise der Mehrheitsanteile (80,9%) am Flugzeugbauer Avioane Craiova gehen in die Endrunde; wir hoffen, den Privatisierungsvertrag noch im Juli unterzeichnen zu können“, verlautbarte Mircea Ursache, Chef der rumänischen Privatisierungs- und Treuhandagentur AVAS. Jedoch verwies Ursache auch darauf, dass die Altschulden des Flugzeugbauers weder gestrichen noch von der AVAS übernommen werden könnten, jedwede Staatshilfe würde eine Zustimmung der EU-Kommission voraussetzen. „Wir können die Altschulden nicht übernehmen, selbst wenn wir wollten – zu diesem Zweck muss das Kartellamt um die Zustimmung der EU-Kommission ersuchen“, so der AVAS-Chef.

Ob Alenia sich mit der derzeitigen Lage zufrieden gibt, ist fraglich. „Das

italienische Angebot beinhaltet gewisse Bedingungen bezüglich der Altschulden. Deshalb muss Brüssel informiert werden, um über die Möglichkeit der Gewährung von Staatshilfen zu entscheiden. Dieser Beschluss ist ein politischer und sollte auf entsprechender Ebene gefasst werden. Ich weiss nicht, wie Alenia letzten Endes reagieren wird, falls Brüssel keine Staatshilfe billigt“, erklärte Sebastian Vlădescu, ehemaliger rumänischer Finanzminister und derzeitiger Privatisierungsberater der Italiener.

Das Luft- und Raumfahrtunternehmen Alenia Aeronautica gehört zum italienischen Finmeccanica-Konzern, 2008 erzielte es einen Umsatz von 2,3 Mrd. Euro und beschäftigte etwa 13.300 Mitarbeiter.

Avioane Craiova wurde 1972 gegründet und ist zurzeit der einzige rumänische Hersteller von Militär- und Lehrflugzeugen.



dm weiterhin auf Expansionskurs

Die deutsche Drogeriemarktkette dm – derzeit der einzige Drogeriemarkt am einheimischen Markt – baut ihr Rumänien-Geschäft kontinuierlich aus. Anfang Juni eröffnete das Unternehmen seine 17. Filiale hierzulande – diesmal in Constanța. Insbesondere Produkte aus den Bereichen Körperpflege, Haarpflege und dekorative Kosmetik seien von den rumänischen Konsumenten stark nachgefragt, deshalb bleibe das Unternehmen auf Expansionskurs.

„Im laufenden Geschäftsjahr konnten wir unsere Expansion hier weiter beschleunigen: Trotz der schwierigen Wirtschaftslage und einer nicht ganz einfachen Situation hinsichtlich der Wechselkurse wurde auf diesem Markt ein überdurchschnittliches Wachstum realisiert, die Marktanteile konnten stark ausgebaut werden“, teilte Martin Engelmann, Vorsitzender der dm-Teilkonzern-Geschäftsführung Österreich, in deren Zuständigkeitsbereich das Osteuropa-Geschäft fällt, mit. Zurzeit bekomme man hierzulande endlich lokale Standorte zu vernünftigen Mietkonditionen, so der dm-Manager.

Insgesamt will dm, laut Eigenangaben, im Geschäftsjahr 2008/2009 rund 65 Mio. Euro in die Verbesserung und Erneuerung der Standorte im gesamten Teilkonzern investieren.



Eigentumsfonds-Verwalter weiter in der Schwebel

Die Ausschreibung zur Verwaltung des Eigentumsfonds (Fondul Proprietatea) sei von der US-Investmentgesellschaft Franklin Templeton, eine der größten Fondsgesellschaften der Welt, gewonnen worden, teilte der Vorsitzende des Auswahlkomitees, Enache Jiru, im Juni mit. Franklin Templeton habe ein weit günstigeres Angebot als der Konkurrent Morgan Stanley hinterlegt.

Alles Quatsch, behauptete wenig später Mircea Ursache, Präsident des Aufsichtsrats des Eigentumsfonds. Er selbst werde die Regierung ersuchen, mit Franklin Templeton keinen Vertrag einzugehen, da die Verwaltungsauslagen des Fonds urplötzlich von 1,5 auf 19,6 Mio. Euro pro Jahr steigen würden. „Die Kommission hat lediglich eine Hierarchie verkündet, den endgültigen Beschluss fasst die Regierung“, so Ursache.

Der Eigentumsfonds wurde 2005 zwecks Entschädigung der Alt-Eigentümer, die Ansprüche anmelden und deren Eigentum nicht in natura rückerstattet werden kann, eingerichtet, er hält Beteiligungen an 88 Unternehmen, zumeist aus dem Energiesektor. Ihn an der Börse zu listen wäre eine der Prioritäten des neuen Verwalters gewesen. Über das Finanzministerium hält die Regierung die Mehrheitsbeteiligung (66%) am Eigentumsfonds, dessen Mechanismen und Effizienz nun weiterhin in der Schwebel bleiben.



Capgemini steigt in Iași ein

Capgemini, einer der weltweit führenden Dienstleister für Management- und IT-Beratung, Technologie-Services und Outsourcing, erweitert seine Osteuropapräsenz mit einem neuen Center in Iași, wo bis Jahresende rund 250 Mitarbeiter eingestellt werden. Hier sollen künftig vor allem Kunden aus Europa in den Bereichen Service Desk, Help Desk und Business Continuity unterstützt werden, verlautete das Unternehmen. „Die Eröffnung unseres neuen Centers in Rumänien“, so Eduard Bugelnig, CEO der Capgemini Outsourcing-Sparte in Zentral- und Osteuropa, „ist die Antwort auf eine wachsende Nachfrage nach Outsourcing-Dienstleistungen. Somit können wir unsere Kunden – trotz des gegenwärtigen Wirtschaftsklimas – noch besser in ihrem Wachstum, bei Innovationen und der Erzielung von nachhaltigen Wettbewerbsvorteilen unterstützen“. Für den Standort habe man sich vor allem deshalb entschieden, weil „durch die dortige Universität sowohl gut ausgebildete Nachwuchskräfte als auch erfahrene Mitarbeiter in großer Zahl vorhanden sind“. Das Unternehmen bietet seine Dienstleistungen in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch u. a. an, es beschäftigt in mehr als 30 Ländern über 90.000 Mitarbeiter und erzielte 2008 einen Umsatz von 8,7 Mrd. Euro.

Zwei temporäre Werksschließungen bei Wienerberger

Der börsennotierte österreichische Ziegelkonzern Wienerberger schließt bis auf weiteres seine Werke in Gura Ocniței (Kreis Dâmbovița) und Trișeni de Jos (Kreis Cluj), berichteten die rumänischen Nachrichtenagenturen letzten Monat mit Bezug auf eine Pressemitteilung des Unternehmens. Die Maßnahme sei Teil des Restrukturierungsprogramms für das laufende Jahr und solle die Produktionskapazitäten an die Entwicklung des Marktes anpassen, gab Wienerberger bekannt. Beide Werke könnten jedoch – je nach der Entwicklung der Lage am Markt – wann immer wieder in Betrieb genommen werden.

Das österreichische Großunternehmen verwies darauf, dass der Immobilienmarkt hierzulande in den letzten Monaten stark zurückgegangen ist – unter anderem auch wegen der schwierigen Kapitalbeschaffung sowohl für Investoren als auch für Käufer. Die Wienerberger-Vertreter erklärten zudem, dass die



Werksschließungen keine Auswirkungen auf das Personal und die eingegangenen Lieferverträge hätten.

Die Lokalpresse rechnet damit, dass die beiden Werke für mindestens einige Monate, wenn nicht sogar bis Jahresende geschlossen bleiben. Von den insgesamt drei rumänischen Standorten des weltweit größten Ziegelkonzerns ist derzeit nur noch das Werk in Sibiu in Betrieb. Der Baustoffkonzern musste im

Geschäftsjahr 2008 einen drastischen Ergebnismrückgang hinnehmen. Der Gewinn nach Steuern war um 65% auf 103,3 Mio. Euro gesunken, der Umsatz verringerte sich um 2% auf 2,4 Mrd. Euro. Bereits Mitte letzten Jahres hatte Wienerberger ein Sparprogramm angekündigt, aufgrund dessen im Vorjahr 27 und heuer 20 Standorte geschlossen werden. Zum Jahresende 2008 beschäftigte der Konzern rund 14.000 Mitarbeiter.

Entlassungen bei Delphi Packard



Der Autozulieferer Delphi Packard, Hersteller von Verkabelungssystemen, Kunststoff- und Elektronikkomponenten, wird über 700 Mitarbeiter in seinen Banater Produktionsanlagen bei Sânnicolau Mare und Ineu entlassen, gab das Arbeitsamt des Verwaltungskreises Temesch bekannt. Die ersten Kündigungen und Entlassungen waren für Ende Mai/Anfang Juni geplant (344 Beschäf-

tigte), die restlichen sollen im Monat August erfolgen (380). Derzeit beschäftigt das Unternehmen, laut Lokalpresse, rund 7.400 Mitarbeiter in beiden Einrichtungen, letztes Jahr waren es noch 10.000 gewesen.

Neben erwähnten beiden Werken unterhält Delphi Packard hierzulande noch einen dritten Standort – nämlich ein Produktions-, Forschungs- und Ent-

wicklungszentrum in Iași, das zur Division Diesel Systems gehört. Zumindest in Iași scheint derzeit noch kein Personalabbau zu drohen, da die erste Etappe besagter 100-Mio.-Euro-Greenfieldinvestition erst in diesem Herbst abgeschlossen sein soll.

Delphi Packard Austria, die burgenländische Tochter des insolventen US-Zulieferkonzerns, wurde 1986 gegründet und fertigte zunächst im Produktionsverbund mit Ungarn und Rumänien Kabel und elektrische Komponenten für die europäische Automobilindustrie. Mittlerweile agiert Delphi Packard Romania S.R.L. jedoch als eigene Landesgesellschaft und berichtet direkt an das Delphi-Europa-Headquarter in Paris.

Die einheimische Autoteile-Zulieferindustrie leidet zunehmend unter den Folgen der Krise – dabei sind sowohl die Zulieferer von Dacia-Renault in Pitești als auch jene Firmen betroffen, die ausschließlich oder mehrheitlich für den westeuropäischen Markt produzieren.



© sxc.hu

Gastronomie leidet unter der Flaute

Das Gastgewerbe leidet zunehmend unter der Wirtschaftskrise – im 1. Quartal des laufenden Jahres ließen sich, im Vergleich zur Vorjahresperiode, knapp 30% mehr Hotels, Restaurants, Gaststätten und Cafés aus dem Handelsregister streichen, die Insolvenzfälle nahmen gegenüber 2008

um 23% zu, teilte das Handelsregister letzten Monat mit. Laut dessen jüngster Statistik beantragten innerhalb der ersten drei Monate dieses Jahres 619 Einheiten aus dem Gastgewerbe ihre Streichung, im letzten Jahr waren es 484 gewesen.

Konkurs angemeldet haben insbesondere Bars und Cafés – insgesamt 275

Einheiten, 14% mehr als im 1. Quartal 2008. Doch auch Restaurants und Gaststätten stöhnen unter der Rezession – 137 gingen Pleite, des Weiteren gaben 18 Catering-Firmen ihr Geschäft auf. Kaum besser steht die Hotellerie da – im 1. Quartal schlossen 38 Hotels und Pensionen ihre Tore.

In der Hauptstadt ließen sich bis einschließlich März 43 Hotellerie- und Gastronomieeinheiten aus dem Handelsregister streichen (34% mehr als im Vorjahr), in Constanța waren es 44 (über das Doppelte gegenüber der Vorjahresperiode), in Brașov/Kronstadt gleichfalls 43.

Die Branche rechnet trotz sommerlicher Urlaubssaison mit einem weiteren Einbruch des Gastgewerbes – die Kunden würden eisern sparen, bei den wenigsten sitze das Geld derzeit noch locker, zudem würden viele – krisenbedingt – Urlaub auf Balkonien vorziehen, lautet das allgemein düstere Fazit.

From Vision to Reality

5 YEARS

H **HEBERGER**
CONSTRUCTII SRL

1A BUCURESTI - PLOIESTI NATIONAL ROAD - ENTR. C, 1st FLOOR, 1st DISTRICT
013681 BUCHAREST - ROMANIA · PHONE +40 31 405 97 61 FAX +40 31 405 97 67
www.heberger.ro | info@heberger.ro

Rumänische Success-Story: Ein Geschäftsmann stellt sich vor

Der hierzulande aktiven deutschsprachigen Geschäftswelt ist er längst bekannt: Ob österreichische Investoren, Mitglieder der Deutsch-Rumänischen Handelskammer, der Handelskammer Schweiz-Rumänien oder der AmCham, alle kennen ihn, den stets optimistischen Inhaber der TEAHA MANAGEMENT CONSULTING – ein Wirtschafts- und Steuerberatungsunternehmen, das in den letzten Jahren sowohl hierzulande als auch über die Landesgrenzen hinaus bis ins moldawische Chişinău expandierte.

Bekannt ist die Erscheinung des Geschäftsmannes, doch wer ist dieser Mann eigentlich, mag sich im Verlauf der Zeit wohl der eine oder andere Neugierige gefragt haben. Bei derlei Fragen lacht Teo Teaha: „Das ist allein von der Uhrzeit abhängig. Denn tagsüber bin ich zumeist Wirtschaftsprüfer und Steuerberater bei der TEAHA MANAGEMENT CONSULTING oder stecke in einer Sitzung der TEAHA ASIGURĂRI, meinem Versicherungsmakler, oder meines Kreditinstituts CREDITUL POPULAR. Oder vertrete gerade die Interessen des Verbands der Rumänischen Arbeitgeberschaft (PATRONATUL ROMÂN) als dessen Stellvertretender Vorsitzender beim Finanzministerium. Nachmittags mutiere ich zur Lehrkraft, da bin ich bei der Bukarester UNIVERSITÄT POLITEHNICA anzutreffen, wo ich Bilanzierungspolitik auf Deutsch unterrichte.“

Kaum zu glauben, aber irgendwie schafft es der Selfmademan sogar, seinem Terminkalender etwas Freizeit abzuzwacken. Er sei Gründungspräsident von LIONS CLUB TARABOSTES, Vorstandsmitglied der KIRCHE „SFÂNTUL ELEFTERIE“, Vorsitzender der TEAHA STIFTUNG („Geschäftsleute kann man vor allem nach der Art, wie sie ihr Geld ausgeben, be-



werten!“), Vorstand der Verwaltung seines Wohnblocks und neuerdings auch Generalsekretär des FREUND-SCHAFTSVEREINS RUMÄNIEN-ÖSTERREICH, führt Teaha in einem Atemzug an.

Deutschsprachige Kunden heranzuziehen war kein Problem, da der Steuer- und Wirtschaftsberater in deren Muttersprache auf sie zugehen konnte. „Deutsch hatte ich bereits in den Volksschulklassen erlernt, jedoch im Zuge der Zeit – insbesondere während meines ersten Hochschulstudiums und den Jahren danach – leider überhaupt nicht mehr gesprochen. Doch dann kam die Wende – und damit auch meine zweite Studienzeit an der Wirtschaftsuniversität Wien, der Hochschule St. Gallen und dem Institut für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Universität Darmstadt. Da ging es dann auch mit meinen Deutschkenntnissen wieder bergauf.“

Die Idee, sich selbstständig zu machen, verdankt Teaha „den schweren Zeiten“, die er 1997 durchmachte. Zu-

dem „half“ auch die legislative Inkonsistenz der rumänischen Behörden – die meisten Regelungen wurden damals fast alle 3 Monate abgeändert, erinnert sich Teaha kopfschüttelnd. Kein Wunder ergo, dass ausländische Investoren angesichts des legislativen Wirrwarrs kaum noch den Überblick bewahren konnten und händeringend nach Beratern suchten. „Deshalb gehöre ich sozusagen zu den Wegbereitern unter den einheimischen Steuerberatern – das waren Zeiten, in denen es nicht einmal eine Steuerberaterkammer gab. Mein Unternehmen florierte, so dass ich in aller Bescheidenheit hinzufügen darf, dass TEAHA MANAGEMENT CONSULTING seit dem Jahr 2000 die größte Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzlei mit rein rumänischem Kapital ist.“

Teahas Hobby ist Aquaristik, als größte Leistung und Leidenschaft bezeichnet der Geschäftsmann jedoch seine vier Kinder Alexandru, Andrei, Maria und Elena. Und natürlich auch Gattin Alina, denn „hinter jedem erfolgreichen Geschäftsmann steht bekanntlich eine kluge Frau“, wie Teaha verschmitzt hervorhebt.

Auf den Ernst des Lebens bzw. die gegenwärtigen Krisenzeiten Bezug nehmend, meint der Fachmann, dass sie allen „Kompetenten“ unerwartete Chancen bietet. „Die Umsichtigen und Fachkundigen werden überleben, zudem wird der Markt rein gefegt.“ Als ewiger Optimist hat Teaha auch den neuesten Krisenwitz parat: Ein Optimist und ein Pessimist erörtern die Wirtschaftskrise. Sagt der Optimist: „Bald werden wir alle Betteln gehen!“ Meint der Pessimist: „Stimmt, aber wen schnorren wir an?“

Kontakt Info:

TEAHA MANAGEMENT CONSULTING
Bukarest, Chişinău, Klausenburg
Hermannstadt, Kronstadt, Temeswar

JW Marriott Grand Offices Bukarest

Tel.: 0040-21-407.49.64.

Fax: 0040-21-313.88.57.

E-Mail: teo@teaha.ro

www.teaha.ro

Patriciu verkauft letzte Rompetrol-Anteile

Ölmagnat Dinu Patriciu hat letzten Monat sein restliches Anteilspaket (25%) an Rompetrol, dem zweitgrößten Erdölunternehmen des Landes, der staatlichen kasachischen Gesellschaft KazMunayGaz (KMG) abgetreten, teilte die Rompetrol-Gruppe in einem Schreiben an die Bukarester Börse mit. Die Kasachen waren bekanntlich im August 2007 bei Rompetrol eingestiegen, wo sie bislang 75% der Anteile hielten. Der „Deal des Jahres 2007“ soll dem umstrittenen Oligarchen, laut Prespekulationen, damals rund 1,7 Milliarden Dollar eingebracht haben.

Über den Kaufpreis des jüngst veräußerten, restlichen Anteilspakets wurden keinerlei Angaben gemacht – Marktexperten und Medien gehen jedoch von einer Summe bis zu 500 Mio. Dollar aus.

Die Liquidität wolle er zu einem guten Teil auf dem Immobilienmarkt, in



© Adrian Cuba/Agerpres

seine Medien-Holding und auch im Energiebereich investieren, sagte der reichste Mann Rumäniens. Zudem

wolle er KazMunayGaz auch weiterhin volle Unterstützung während der Übergangsperiode bzw. bis zur Ernennung eines neuen CEO gewähren, fügte Patriciu hinzu.

Die Rompetrol Group N.V. mit Firmensitz in Amsterdam besteht aus 40 Gesellschaften, die in über einem Dutzend Ländern aktiv sind. Das Unternehmen Rompetrol wurde 1974 gegründet und 1994 durch das MEBO-Verfahren (management and employees buy out) privatisiert, 1998 wurde es sodann von den beiden Geschäftsleuten Dinu Patriciu und Sorin Marin übernommen, die auf massive Investitionen setzten. So kam es 1999 zur Übernahme der Raffinerie Vega, im Jahr 2000 wurde Petromedia akquiriert. 2008 hat die Gruppe, Eigenangaben zufolge, 6,3 Mio. Euro erwirtschaften können – um 29% mehr als im Vorjahr.

Rail Cargo Austria startet durch



© RCA

Die staatliche österreichische Bahnfrachtgesellschaft Rail Cargo Austria (RCA) hat hierzulande sämtliche Genehmigungen für die Güterbeförderung erhalten, meldete die Presseagentur Mediafax mit Bezug auf Unternehmensangaben. Im heimischen Österreich erklärte RCA-Sprecher Thomas Berger gegenüber der APA, „dass jetzt schon mit der selbstständigen Güterbeförderung“ begonnen werden könne. Wann genau die 1.050 Kilometer lange Verbindung Wien-Bukarest jedoch aufgenommen

werden soll, gab Berger nicht bekannt, sondern verlautbarte lediglich, dass man zurzeit Kooperationsgespräche mit der CFR Marfă, der rumänischen staatlichen Bahngesellschaft für Gütertransport, führe – genauso wie mit anderen Bahngesellschaften in Europa.

Eine erste Lokomotive war Mitte Juni von Wien testweise mit einem Personenwagen und einem Güterzug nach Bukarest gefahren, für die Aufnahme der Strecke hatte die RCA fünf Lokomotiven bereitgestellt.

In die Strategie der RCA passt die gegenwärtige Kooperation allemal – möglicherweise sogar die Übernahme der einheimischen Bahngesellschaft für Gütertransport, wenn denn deren Privatisierung nicht ständig hinausgezögert würde. Bereits vor knapp zwei Jahren hatten RCA-Vertreter erklärt, dass der rumänische Markt „grundsätzlich sehr interessant“ sei, allerdings würde eine potenzielle Beteiligung der ÖBB-Tochter an einer Ausschreibung ganz von deren Bedingungen abhängen.

Doch stellt die Privatisierung der CFR Marfă für Transportminister Berceanu derzeit keine Priorität dar – das Unternehmen schreibe rote Zahlen und müsse erst saniert werden, um einen guten Preis zu erzielen, hatte der Minister im Februar geäußert. Demzufolge dürfte CFR Marfă wohl noch etliche Jahre in Staatshand bleiben.

Festtage und Zukunftsprojekte

Bega-Kanal zwischen Moderne, Effizienz und Hürden



„**N**atürlich sehen wir hinter der Veranstaltung auch den wirtschaftlichen Aspekt“, sagt der Bürgermeister von Temeswar/Timisoara, Gheorghe Ciuhandu. Der Stadtvater hatte gerade das 2. Bega-Boulevard-Fest eröffnet. Kultur und Kunst, doch auch die soziale Komponente standen im Vordergrund, denn die Stadtverwaltung, das Deutsche Konsulat, die GTZ und der Rotary-Club als Veranstalter sehen das Fest genauso wie den neuen Teilbebauungsplan am Bega-Fluss/Kanal als wirtschaftlichen Schwerpunkt für die Zukunft der Stadt.

Schiffverkehr für Touristen und Fracht plant die Stadtverwaltung, doch auch der öffentliche Nahverkehr könnte schon bald über den Wasserweg erfolgen. „Die Entschlammung der Bega dürfte bis Jahresende abgeschlossen sein“, während die Akquise von Schiffen für den öffentlichen Nahverkehr gleichfalls durchaus möglich sei, sagt Aura Junie, Leiterin des Ressorts Entwicklung in der Temeswarer Stadtverwaltung.

Umdenken an der Bega heißt mitunter auch, dass die alten maroden Betrie-

be an den Ufern des Flusses abgetragen werden. Großindustrie will man hier nicht mehr ansiedeln, sondern eher Dienstleister und Wohngebieten sehen, die die Umwelt nicht verschmutzen und den Flussufern zu einem gepflegten Aussehen verhelfen. „Der Bebauungsplan hat zwar einige Unzulänglichkeiten, doch selbst ein schlechter Plan ist immer noch besser als gar keiner“, sagt einer der Teilnehmer an einer Debatte zum Thema „Qualität der öffentlichen Areale – Motor der städtischen Entwicklung“ in einem Gespräch mit debizz. In einem Punkt waren sich die Gesprächsteilnehmer auf jeden Fall einig: Architekten und Landschaftsgestalter müssen eng zusammen arbeiten.

Derzeit kündigt sich ein hartes Tauziehen um die Grundstücke an, denn mittlerweile liegen sie nicht mehr am Stadtrand, wie vor einem Jahrhundert, folglich stieg auch deren Wert um ein Vielfaches. Fahrradwege entlang der Bega, Ausweitung der Grünflächen („damit wir bis 2013 die vorgeschriebene 26 Quadratmeter pro Einwohner erreichen“, so Bürgermeister Ciuhandu), Freizeitanlagen und Straßencafés, sieht die Planung auf den Reißbrett vor. Dazu kom-

men Anlegeplätze für die Schiffe und ein komplett erneuertes Parkmobiliar.

Investoren aller Art haben Interesse an den Freizeitanlagen: „Stellen Sie sich vor, was hier abgehen könnte, wenn die Wirtschaft wieder anzieht und das gesamte Areal mittlerweile umgestaltet wurde. Eine Terrasse hier vor Ort wäre allabendlich, von März bis Oktober, voll besucht ...“, schwärmt heute schon einer, der mit der Expansion in die Gastronomie liebäugelt. Und auch die Temeswarer selbst würden profitieren, da sie ihre Abende und Wochenenden in einem viel netteren Ambiente verbringen könnten. In der Stadtverwaltung spricht man bereits vom „Naherholungsziel Bega“ und denkt dabei keineswegs an einen Tripp bis zehn Kilometer vor die Stadttore.

Nicht jeder Investor schwärmt jedoch von den Plänen der Stadtverwaltung. So hagelt es Kritik von den Betreibern der Freizeitanlagen am Bega-Ufer. Zumindest eine der geplanten Brücken – jene neben dem Eisenbahnerkrankenhaus – sorgt für reichlich Unmut, da die Betreiber der Sportanlagen durch deren Bau ihre wirtschaftlichen Unterfangen gefährdet sehen. Laut Insiderinformationen beabsichtigt die Stadt, dieses Problem schnell aus der Welt zu schaffen und die Grundstücke zu kaufen. Letztlich dürfte es wohl nur eine Frage des Preises sein – die Grundbesitzer fürchten nämlich, mit einer Pauschale abgespeist zu werden, anstatt das Geschäft ihres Lebens zu machen.

Was den angepeilten Verkehr auf der Bega betrifft: Für den Frachtverkehr sind kostspielige Ausbaggerungs- und Ausbauarbeiten notwendig, für den Personenverkehr reicht die bereits begonnene Entschlammung. Letztere war jedoch bei Redaktionsschluss unserer Ausgabe wegen Geldmangel gestoppt.

S. T.

„Dieser Posten umfasste das gesamte Spektrum der Konsulararbeit“

Nach fünf Jahren in Temeswar – Deutschlands Konsul Rolf Maruhn nimmt Abschied

Herr Consul, während der 5 in Temeswar verbrachten Jahren waren Ihre Bemühungen äußerst vielfältig, sie fokussierten zahlreiche Bereiche: Wirtschaft, Kultur, Soziales. Ein breites Einsatzspektrum ...

Lassen Sie mich die von Ihnen genannten Bereiche noch um zwei weitere, wichtige, ergänzen: Da ist zum einen der Bereich Rechts- und Konsularwesen, der ureigenste Aufgabenbereich eines Konsulats, der u. a. das Ausstellen von Reisepässen sowie Hilfeleistung in Notfällen für deutsche Staatsangehörige umfaßt, zum anderen noch der Bereich „entwicklungspolitische Zusammenarbeit“. Seit der Revolution hat die Bundesrepublik Deutschland Rumäniens Weg zur modernen Demokratie und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sowohl finanziell als auch materiell unterstützt. Oft wird in diesem Zusammenhang von einem Entwicklungsprozess „von der Patenschaft zur Partnerschaft“ gesprochen; er kann mit der Aufnahme Rumäniens in die „EU-Familie“ als abgeschlossen erachtet werden. Auch wenn die bilaterale Kooperation in diversen Einzelbereichen weiterläuft, werden entwicklungspolitische Projekte mittlerweile nur noch über die EU und mittels EU-Geldern umgesetzt.

Im Bereich Wirtschaft fördert das Konsulat natürlich die bilateralen Beziehungen: einerseits die Darstellung Deutschlands als Wirtschafts- und Investitionsstandort und andererseits die Begleitung deutscher Investoren, die sich für Rumänien als Wirtschaftsstandort entschieden haben. Mit ihren zahlreichen Kultureinrichtungen, speziell ihren deutschen, nehmen viele Städte im Amtsbezirk des Konsulats eine herausragende Stellung ein, allen voran Temeswar. Ich darf auf eine erfreulich intensive und fruchtbare Zusammenarbeit mit



Konsul Rolf Maruhn

diesen Institutionen während der letzten Dekade zurückblicken.

Kurzum: Dieser Posten umfasste das gesamte Spektrum der Konsulararbeit.

Was würden Sie nun, zum Abschluss, in Ihrer Arbeit als „nicht realisiert“ einstufen?

Natürlich gab und gibt es immer Ideen und Projekte, die man noch gerne realisiert hätte. Über die Einstufung, was tatsächlich seitens des Konsulats «nicht realisiert» geblieben ist, können Außenstehende wahrscheinlich besser urteilen.

Es gibt allerdings einige Projekte, deren erfolgreichen Abschluss bzw. entscheidenden Fortschritt ich noch gerne während meiner Amtszeit gesehen hätte: etwa die Ackerbauschule (das rumänisch-deutsche Ausbildungszentrum im

landwirtschaftlichen Bereich) in Voiteg – eine Einrichtung, die mit ihrer Zielsetzung eine wesentliche Lücke in der praktischen landwirtschaftlichen Ausbildung und der Berufsvorbereitung im einfachen und mittleren LW-Management füllen wird. Nach Vorliegen der Ausbildungsvoraussetzungen wird mit der Ausbildung begonnen werden können. Oder die bessere Nutzung des touristischen Potenzials, das das Banat zweifelsohne zu bieten hat. Nicht zuletzt eine gemeinsame Internetplattform der deutschen Wirtschaftsklubs in Rumänien, in der bei einem mindestnotwendigen Maß an „corporate identity“ der klubeigene Wiedererkennungswert beibehalten wird. Der Informationswert für die Nutzer würde damit entscheidend verbessert, es gäbe Auskunft über die Aktivitäten im gesamten Land. Ein in Zusammenarbeit mit den bilateralen Handelskammern abgestimmter Informationsgehalt würde unter Vermeidung von Duplizitäten die Informationsbeschaffung für den anfragenden Nutzer weiter optimieren.

Wie ist es um die Zukunft des Konsulats bestellt?

Wie schon vorher beschrieben, gibt es nach dem EU-Beitritt Rumäniens weiterhin wichtige Aufgaben für das Konsulat; ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, dass sich in den letzten Jahren immer mehr Konsulate in Temeswar angesiedelt haben – ein Beweis, dass Temeswar und der Westen Rumäniens vermehrt von ausländischen Staaten als wichtige Region anerkannt werden. Die 10 Konsulate und Honorarkonsuln vereinigen sich deshalb folgerichtig in diesen Tagen formal zu einem regionalen Konsularkorps.

Siegfried Thiel

Zweiter Energietag Braşov

Erneuerbare Energien: Umweltfreundliche Überlegungen für die Zukunft

Dreimal 20 bis 2020 – das bedeutet 20% weniger Energieverbrauch, 20% weniger CO₂-Ausstoß und 20% erneuerbare Energie. Das nimmt sich die Europäische Union für die nächsten 11 Jahre vor. Es sind ehrgeizige, lebenswichtige Ziele – der Umwelt zuliebe, für uns und vor allem für die nachfolgenden Generationen.

„Wie können Vorhaben zur Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen konkret in Rumänien umgesetzt werden?“ Auf diese Frage versuchte der zweite Energietag Braşov Antworten zu geben. Die Veranstaltung fand Anfang Juni im Ramada-Hotel Braşov/Kronstadt statt, organisiert von der Kronstädter Beratungs- und Projektentwicklungsgesellschaft „Transfer de Tehnologie și Management“ (TTM) in Zusammenarbeit mit der Universitatea Transilvania, der Kronstädter Industrie- und Handelskammer und dem Deutschen Wirtschaftsclub Kronstadt (DWK). Dabei wurde einem interessierten Fachpublikum ein aktueller Überblick geboten über den Stand der Forschung an den Hochschulen und der technologischen Entwicklung in der Industrie, insbesondere bei Biogas-Anlagen, Biomasse-Kraftwerken, Ersatzbrennstoffen und Windenergie. „Nachhaltiges Wirtschaften und lokale

Stoffkreisläufe sind die Kernpunkte eines jeden Projektes zur Erzeugung von erneuerbarer Energie“, sagt TTM-General Manager Jürgen Ludwig.

Anhand konkreter Beispiele (Vorstellung der bei Ucea von „Carmolimp“ geplanten Biogas-Anlage, die thermische Verwertung von Abfällen beim Heizkraftwerk Stavenhagen, die Planung und Auslegung eines Windparks in der Dobrogea/Dobrudscha oder die Art und Weise, wie in Neustrelitz aus Holz und Holzabfällen ein

Biomasse-Kraftwerk gleichzeitig elektrische Energie für 10.000 Haushalte und Fernwärme für über 18.000 Bewohner erzeugen kann) wurde ersichtlich, dass erneuerbare Energie und Ersatzbrennstoffe nicht nur aus ökologischen Überlegungen eine Zukunft haben, sondern auch ei-

ne hohe Wirtschaftlichkeit aufweisen. Allerdings ist eine Finanzierung derartiger Projekte noch auf die Unterstützung der staatlichen sowie der EU-Behörden angewiesen. „Nur die Kombination von nicht rückzahlbaren Zuschüssen zur Förderung der Investition und die zusätzliche Vergütung der ins nationale Netz eingespeisten elektrischen Energie mit grünen Zertifikaten macht Projekte heute wirtschaftlich“, unterstreicht Jürgen Ludwig. Deshalb ging es in weiteren Beiträgen um die Finanzierung solcher Vorhaben aus EU-Mitteln, aber auch aus Fördergeldern der rumänischen „Agenția Fondul Mediu“. Selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gibt es immer noch Angebote für Projektfinanzierung in diesem Bereich seitens rumänischer Banken – allerdings mit der damit verbundenen Vorsicht.

Mit Interesse verfolgt wurde auch die Vorstellung des aktuellen Standes des Projektes GENIUS (The Green Energy Independent University Campus) der Transilvania-Universität Braşov. Das Projekt soll ausschließlich durch erneuerbare Energie (elektrische Energie über Photovoltaik, Erdwärme über Wärmepumpen sowie über eine Biomasseheizung) versorgt werden.

Der zweite Energietag bot die Möglichkeit zu Gedankenaustauschen mit den Referenten sowie den anwesenden Vertretern der Anlagenhersteller aus Deutschland. TTM beabsichtigt, im nächsten Jahr einen weiteren „Energietag Braşov“ zu organisieren, so dass diese Veranstaltung einen jährlichen Charakter erhält und somit einen aktualisierten Stand der Entwicklung in dem Bereich erneuerbare Energie hierzulande bieten können wird.

Ralf Sudrigian





Von Null auf Hundert

Automobile Bavaria feiert 15 Jahre auf dem rumänischen Markt

„Wir stecken in der Krise!“ lautet der Tenor, den im Fernsehen rund um die Uhr sowohl Politiker und Moderatoren als auch Hinz und Kunz anstimmen. Jammern ist derzeit voll „in“, einschließlich in der weltweit besonders stark getroffenen Automotive-Branche. Doch wie ist es hierzulande tatsächlich um das Geschäft rund ums Auto bestellt?

Drei Beispiele

1. Beispiel: Zu Jahresbeginn noch erwiesen sich die Prognosen der Autobauer bei Dacia als besonders düster, Kurzarbeit stand auf der Tagesordnung, die Belegschaft protestierte aus Furcht vor Massenentlassungen. Nach 6 Monaten sieht die Sachlage ganz anders aus: Von Kurzarbeit keine Spur mehr, das Piteștier Werk musste die Produktion wegen der hohen Dacia-Nachfrage steigern, neue Mitarbeiter wurden eingestellt, von Entlassungen spricht längst niemand mehr.

2. Beispiel: Der bayerische Autobauer BMW fuhr Anfang Juni die Produktion seiner 1er Serie wieder hoch. Der Grund – steigende Nachfrage.

3. Beispiel: Automobile Bavaria, BMW-Importeur und Händler, feierte kürzlich 15 Jahre seit der Firmengründung – und zwar gleich mit der Einwei-



Mit dabei beim Event: (v.l.n.r.) Sportlegenden Ilie Năstase und George Hagi

hung eines neuen Sitzes in Hermannstadt und, so ganz nebenbei, der Präsentation des neuen BMW Z4.

Erfolgsstory

Automobile Bavaria wurde 1994 in Kronstadt von den Brüdern Werner und Michael Schmidt gegründet; eingangs beschäftigte die Firma gerade mal 5 Mitarbeiter, im 1. Geschäftsjahr wurden sage und schreibe 11 Wagen verkauft, erinnern sich die Schmidts heute. Derzeit sind es über 250 Mitarbeiter, die in 10 Standorten im Inland und einem in Deutschland ihrer Tätigkeit nachgehen. Die MAN-Marke, die anfangs dazu gehörte, wurde abgeben – sowohl logistisch als auch in punkto Personal. Der Absatz stieg kontinuierlich, nach 10 Jahren betrug er bereits das knapp Hundertfache der Anfangsjahre.

Der Eigensitz in Bukarest wurde 1997 in Otopeni errichtet, nach zwei Jahren erwies er sich jedoch bereits als zu klein und musste ausgebaut werden. 2006 wurde eine weitere Investition im Wert von 12 Mio. Euro eingeweiht, die zu den wichtigsten der Marke BMW in Europa gehört: Ausstellungsflächen, Werkstätten, Teilelager, Büroräume, eine BMW-Bar, ein Lifestyle-Shop, Konferenz- und Trainingssaal sowie eine Kantine. Automobile Bavaria hat über die Jahre sämtliche BMW-Modelle im Angebot geführt, wobei sich nach 2001 die Marke MINI als besonderer Renner erwies.

Michael Schmidt erläutert die Bedeutung der neuen Hermannstädter Niederlassung mit Ausstellungsraum und Werkstatt in nüchternen Worten: "Hermannstadt hat für Automobile Bavaria eine strategische und wirtschaftliche Bedeutung – schon durch die Vorgeschichte, die unsere Gruppe hier hat.“ Die Aussage zeugt von Zuversicht – immerhin handelt es sich um ein 6.000 Quadratmeter großes Gelände und eine komplette High-Tech-Werkstatt, in der ein Dutzend Fahrzeuge gleichzeitig gewartet werden kann.

Während der Einweihung wurden im Übrigen auch jene Autoliebhaber nicht vergessen, die auf „Extras“ stehen: Für sie gab's einen mit dem Hamann Tycoon-Satz nachgerüsteten BMW X6 und einen BMW der 3er Serie mit Eisenmann-Satz sowie gestylter Karosserie auf dem Präsentierteller. Als I-Tüpfelchen plant Automobile Bavaria zudem einen weiteren Ableger für Motorräder, einen ersten gibt es bereits neben Bukarest. Denn „heiße Öfen“ erfreuen sich auch hierzulande immer größerer Beliebtheit – sowohl BMW- als auch andere Top-Modelle.

Und nun?

Werner Schmidts Gesichtszüge bleiben bei der Frage zwar gelassen, doch ein leichtes Aufblitzen seiner Augen verrät zumindest eine der Krisenerkenntnisse des Geschäftsmannes: Dies ist die Gelegenheit, um sich zu behaupten!

Hans Butmäloiu



Beratung durch die ganze Familie

2006 wurde die Beratungsfirma Fabis in Hermannstadt gegründet, die eingangs auf Sarpard-Finanzierungen spezialisiert war. Seit dem EU-Beitritt Rumäniens werden nunmehr auch Strukturfonds vergeben – die Prozedur ist allerdings mindestens genauso kompliziert, so dass Unternehmer auch hierfür Hilfeleistung begrüßen ... und finden. Das ist wichtig – besonders in Siebenbürgen, wo sich die Investoren nicht so leicht auf Projekte einlassen wie etwa in Südrumänien. Wenn etwas angepackt wird, dann auch richtig, lautet der Slogan vor Ort.

Fabis ist ein auf Beratung spezialisiertes Familienunternehmen: Der Vater, Ștefan Dan Costei, die zwei Töchter, Oana Costei und Alexandra Forbord, der Schwiegersohn, Geir Forbord, und manchmal auch die Mama stehen beratend zur Seite, wenn guter Rat gefragt ist. Viersprachig wird hier beraten – Rumänisch, Deutsch, Englisch und Norwegisch, denn Geir Forbord ist Norweger. „Wenn unsere Kunden in ihrer Muttersprache mit uns kommunizieren können, haben sie mehr Vertrauen“, sagt er, „deswegen war es uns wichtig, Sprachenvielfalt in unser Angebot mitaufzunehmen.“ Oana Costei lacht: „Manchmal ist es sogar für uns immer noch verwirrend, wenn im Raum mehrere Unternehmer in verschiedenen Sprachen sprechen.“

Zwar war die Firma anfangs auf Sarpard-Fonds spezialisiert, inzwischen wurde das Beratungsspektrum jedoch erweitert: „Die Strukturfonds-Beratung kam erst nach und nach hinzu“, erzählt Alexandra Forbord, „bis dahin hatten wir uns bereits als Beratungsfirma für

ausländische Investoren und auch als Kreditmakler spezialisiert. Jetzt ist unser Angebot zwar reichhaltiger, doch waren wir eigentlich von Anfang an flexibel.“ Geir Forbord erläutert: „Wir haben eine geraume Zeit lang hauptsächlich mit norwegischen Firmen gearbeitet, denn Norwegen vergab damals Finanzierungen für Projekte im Umweltbereich. Die wichtigste Bedingung war, dass es sich um ein rumänisch-norwegisches Kooperationsprojekt handelte. Das Programm wurde Ende April laufenden Jahres beendet.“

Solche Bedingungen gibt es im Falle der Strukturfonds zwar nicht, das Abrufverfahren ist allerdings noch komplizierter: „Im Durchschnitt dauert die Erstellung einer Projektdokumentation drei bis sechs Monate“, so Alexandra Forbord. „Wenn das Projekt zum Beispiel auch Gebäude voraussetzt, dauert es natürlich länger als bei einem einfachen Obstgartenanbau. Wir können aber von aller Anfang an beraten, denn schon für den ersten Antrag benötigt man jede Menge Genehmigungen und

sonstigen Papierkram. Ist der Antrag einmal angenommen, braucht man noch mehr Papiere und Zeit, um das Projekt richtig zu schreiben.“

Die Firma entstand eben aus der Idee heraus, dem Kunden Zeit zu sparen: „Anfangs hat sich die ganze Familie um den Tisch versammelt, um die Antragsbedingungen zu studieren und Punkt für Punkt jedes Detail durchzugehen. Das alles ersparen wir unseren Kunden. Sie sagen uns, was sie vorhaben, und wir helfen ihnen, ihre Wünsche zu erfüllen, insofern sie auch realistisch sind“, so Alexandra Forbord.

Im Bereich der Strukturfonds ist Fabis auf die Landwirtschaft spezialisiert, Investorenberatung gab's bereits für sämtliche Landesregionen: „In der Landwirtschaft gibt es viele Bereiche, in denen Fördergelder anrufbar sind – vom Anbau bis zu den Dienstleistungen“, erklärt Ștefan Costei. „Es ist jedoch wichtig, dass der Antragsteller eine gute Vorbereitung in Bereich seines Projektes vorweisen kann. Dafür werden z. B. Kurse bei verschiedenen Agenturen – wie etwa die Umwelt- oder Tourismusagentur – angeboten. Und ganz wichtig ist es, dass im betreffenden Ressort auch reelle Chancen auf Fördergelder bestehen. So hat es mit Hinblick auf die Fördermittel für KMU dreimal mehr Anträge als vorhandenes Geld gegeben, in der Landwirtschaft kann man hingegen noch Fonds abrufen.“

R. S.

Vienna Tourist Board lockt mit attraktiven Urlaubsangeboten



Stets einen Besuch wert: Die Gloriette auf dem Hügel hinter Schloss Schönbrunn

Vienna Tourist Board hat es auf die rumänischen Touristen abgesehen: In Hermannstadt, Temeswar und Iași wurde Wien unlängst den einheimischen Tourismusfirmen eingehend vorgestellt. Organisiert wurden die Veranstaltungen mit Hilfe der Fluggesellschaft Austrian.

„Austrian hat eine sehr gute Zusammenarbeit mit Vienna Tourist Board“, so Alina Balint, sales executive bei der Airline, „deren Tourismusangebote passen sehr gut mit unserem Sommerflugplan zusammen. Wir fliegen aus Hermannstadt, Bukarest, Temeswar, Iași und Klausenburg nach Wien, so dass die österreichische Hauptstadt ein attraktives und leicht erreichbares Ferienziel ist. Bei verschiedenen touristischen Angeboten ist unsere Fluggesellschaft zudem mit äußerst günstigen Flugangeboten mit dabei.“

An der Hermannstädter Begegnung mit den Österreichern beteiligten sich zahlreiche einheimische Promoter und Branchenvertreter. Alexander Csurda vom Reisebüro Mondial stellte nicht nur seine Firma, sondern auch etliche Angebote vor: „Die Angebote sind

wirklich gut – die Auswirkungen der Krise auch in den Preisen deutlich erkennbar, so dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um nach Wien zu reisen.“

Was Wien alles zu bieten hat, wurde den rumänischen Reisebüros eingehend geschildert – von Museen bis Festivals, von Musicals bis Ausstellungen. „Wien ist eine sehr familienfreundliche Stadt“, erläuterte Dr. Alfred Stalzer vom Mozarthaus Vienna, „in den Museen gibt es beispielsweise auch Angebote für Kinder, da sind wirklich alle willkommen.“

„Solch detaillierte Präsentationen einer Weltstadt sind sehr willkommen für uns, die wir in der Tourismusbranche arbeiten“, erklärte einer der Teilnehmer. „Die meisten von uns kennen Wien natürlich, aber derartige Tourismuspakete erleichtern unsere Arbeit erheblich. Im Allgemeinen ist Wien ein äußerst beliebtes Reiseziel – nur dass Shoppingtouren derzeit besser als Museumsbesuche laufen. Deshalb wollen wir unser Angebot in Richtung Kulturofferte ausbauen. Und je mehr wir mit österreichischen Firmen zusammenarbeiten, desto bessere Angebote können wir unseren Kunden vorlegen. Wenn man die österreichischen Branchenexperten dann auch noch persönlich kennenlernen kann, ist eine nachträgliche Kooperation für beide

Seiten natürlich viel leichter. 2009 ist ein schwieriges Jahr, deshalb suchen wir die besten Reisepakete – Billigflüge sind z. B. stets von Vorteil –, damit wir die Wirtschaftskrise auch heil überstehen können. Wie wir, die Vertreter der einheimischen Reiseagenturen, dieses Informationsgut verwerten, hängt vom Talent einer jeden Firma ab. In unserem Reisebüro beispielsweise werden Wienangebote ab sofort tatsächlich in den Vordergrund gerückt – zumal die österreichische Metropole das ganze Jahr über Highlights zu bieten hat, was hoffentlich auch bei unseren Kunden entsprechenden Anklang findet. Natürlich wollen viele Touristen entspannen, am Strand liegen und sich sonnen, aber auch aktive Urlaube, im Verlauf derer man Land und Leute kennenlernen, können ungemein attraktiv sein.“

In Bukarest will sich die Stadt Wien im Herbst vorstellen. Alina Balint: „Dann werden wir uns an einer Messe beteiligen, um eine Vielzahl von Urlaubszielen vorzustellen. Bis dahin hoffen wir, in Hermannstadt mit unserer Präsentation Erfolg gehabt zu haben, und Gäste aus Rumänien – alte und neue – demnächst vermehrt bei uns begrüßen zu dürfen.“

Ruxandra Stănescu

Wechsel des österreichischen Handelsdelegierten



Mag. Rudolf Lukavsky ist ab August der neue österreichische Handelsdelegierte hierzulande

- Albin Budinsky, Schenker Romtrans
- Walter Friedl, Uniqa International
- Rainer Schlang, OMV und
- Kurt Strohmayer, Aducco

wird weiterhin die zehn Abende pro Jahr veranstalten und das Mitgliederverzeichnis Ende des Jahres herausgeben.

Mein Nachfolger, Mag. Rudolf Lukavsky, bringt langjährige Exporterfahrung mit sich. Er war unter anderem viele Jahre lang als österreichischer Handelsdelegierter in Kairo tätig und ist somit auch auf die schwierigen Verkehrsbedingungen in Bukarest bestens vorbereitet.

Ich wünsche allen Lesern der debizz weiter viel Erfolg in Rumänien sowie natürlich Gesundheit und die Ruhe und Gelassenheit, die man hierzulande oft braucht. Bleiben Sie auch weiterhin diesem wunderschönen Land mit seinen tollen Möglichkeiten gewogen!

*Ing. Mag. Walter Friedl,
Österreichischer Handelsdelegierter
für Rumänien*

Nach sieben Jahren als österreichischer Handelsdelegierter werde ich durch Rudolf Lukavsky im August abgelöst.

Nach wunderschönen Einsätzen für die österreichische Wirtschaft in Kolumbien, Ecuador, Peru, Bolivien, Hong Kong, Panama, Libyen, Korea, Brasilien, Saudi-Arabien, Bahrain,

Kuwait, Jemen, Moldawien und Rumänien haben sich meine Frau Larisa und ich entschieden, in Rumänien zu bleiben.

Die letzten sieben Jahre in Bukarest zählen zu den interessantesten Arbeitsjahren meines Lebens.

Der vor sieben Jahren gegründete „Austrian Business Club“ wird weiter organisiert. Das Komitee bestehend aus



Abschied von der österreichischen Außenhandelsstelle. Doch die Familie Friedl bleibt Rumänien trotzdem erhalten.

FRANK sagen - FRANK sein!



Nikolaus Riegler,
Managing Partner FRANK Group

FRANK ist eine Vollservice KREATIV- und STRATEGIE-Agentur mit Sitz in Bukarest und Sofia sowie mit Partnerbüros in Athen, Barcelona und

Shanghai. Frank ist spezialisiert auf ATL, BTL und Medienservices aller Art. Des Weiteren ist FRANK eine der innovativsten und am stärksten wachsenden Internet- und New Media-Agenturen in Rumänien. Unsere starke Online-Expertise komplettiert die 360 Grad vollintegrierte Kommunikation für unsere Partner und ermöglicht Produkt- und Markenwahrnehmungsunterschiede und somit Entscheidungen zu verbessern.

Unser Agenturname - unterstützt von einem Team aus hingebungsvollen und erfahrenen Professionalisten - steht für eine wohlüberlegte Philosophie und Verpflichtung in der heutigen Werbelandschaft: FRANK = der klare Wille zu sagen, was man denkt oder fühlt!

Unser hoher Anspruch zu detaillierten Konzepten & Strategien sowie bester Beratung machen uns zu einem glaubwürdigen und verlässlichen Part-

ner für Markenwachstum und Markenbewusstsein in Rumänien.

Skoda, Romtelecom, ASIROM, Miele, Sprider Stores und Olympus sind nur einige Beispiele von Unternehmen, die uns und unseren Services vertrauen und deren Erwartungen wir entsprochen, ja sogar übertroffen haben.

Die Liebe zu unserer Philosophie hat sich mehrmals bestätigt und wird honoriert.

Kontakt Info:

America House Building

N. Titulescu Blvd. 4-8
Westflügel, 7. Stock
Bukarest, 1. Bezirk
Rumänien
Tel.: 0040 21 207 11 70
E-Mail: office@frankgroup.ro
www.frankgroup.ro

Neuer Gebrüder Weiss Logistik-Terminal in Bukarest



Gebrüder Weiss, eines der österreichischen Top-Logistikunternehmen, hat für 15 Mio. Euro ein neues ökologisches Logistikzentrum in Bukarest an der Autobahn Bukarest-Pitești eröffnet. Die neue Anlage hat eine Logistik-Lagerfläche von 8.000 m², eine Cross Docking-Fläche von 2.500 m² und eine Bürofläche von 1.350 m² für 100 Mitarbeiter. Sie wurde mit hochmoderner Technologie in Hinblick auf Sicherheit und EDV spezifische Business-Tools ausgestattet.

„Das ist eine sehr aufregende Zeit für GW Rumänien. Wir sind überzeugt,

mit der Übersiedlung in die neue Anlage unseren Kunden noch bessere Qualität bieten zu können“, sagt Regionalleiter Thomas Moser. „Im Rahmen unserer Logistikstrategie bieten wir unseren Kunden vor Ort das Portfolio für komplexe Projekte und individuelle Anforderungen“, erläutert Landesleiter Viorel Leca.

Neben der Logistiklösungsstrategie steht die Stärkung des landesweiten GW-Netzwerks im Vordergrund. Vier neue FTL-Büros in Constanța, Cluj, Bacău, Sibiu sowie zwei neue Cross Docking-Flächen in Bacău and Sibiu sind in der Entstehung. „Mit unserem dichten Verteilsystem und dem neuen Logistik-Terminal in Bukarest sind wir optimal aufgestellt, um nationalen sowie internationalen Kunden den rumänischen Markt zugänglich zu machen“, so der Rumänien-Chef weiter.

Insgesamt beschäftigt der Konzern mit Hauptsitz in Lauterach/Vorarlberg über 4.500 Mitarbeiter an 135 Standorten weltweit. Im CEE-Raum ist GW in Österreich, der Schweiz, Deutschland, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Rumänien und der Ukraine vertreten. Im Geschäftsjahr 2008 erwirtschaftete das Logistikunternehmen einen Umsatz von 990 Mio. Euro.

GW ist Gründungsmitglied der System Alliance Europe.

Kontakt Info:

Viorel Leca

GM Gebrüder Weiss Romania

Ithaca FN Str., Bolintin Deal
Giurgiu RO-087015
Tel.L +40.37.267.8417
Fax: +40.37.267.8554
E-Mail: @gw-world.com
www.gw-world.ro

HKS-R-Aktivitäten

Kontinuierliche Förderung des **Erfahrungs- und Informationsaustausches** der Kammermitglieder

CAMERA DE COMERT
ELVEȚIA - ROMÂNIA
CHAMBER OF COMMERCE
SWITZERLAND - ROMANIA



Das monatliche Treffen der Handelskammer Schweiz-Rumänien (HKS-R) hat im Mai im Büro der Teaha Management Consulting stattgefunden. Die Kammermitglieder besuchten Mitte Mai den Sitz der Firma im Nobelhotel JW Marriott-Grand Offices – sie folgten dabei der freundlichen Einladung des Firmeneigentümers und Geschäftsführers Corneliu-Teofil Teaha, der den Besuchern seine Firmengruppe und deren Geschäftsprofil vorstellte und anschließend zum Cocktailempfang bat. Ehrengast war Frau Adela Cîrjan, Account Manager beim JW Marriott Bucharest Grand Hotel – sie stellte die Hotelkette und deren Projekte in Rumänien näher vor.

Anfang Juni 2009 haben die Handelskammer Schweiz-Rumänien und

Holcim Romania S.A. sodann eine Begegnung der besonderen Art organisiert – und zwar mit Professor Dr. Dumitru Dan Popescu, Vorstandsmitglied der BRD-Groupe Société Générale. Die BRD ist Mitglied der HKS-R. Das Ereignis fand beim Geschäftssitz des Unternehmens Holcim in Bukarest statt. Professor Dr. Popescu ist Spezialist für wirtschaftlich-finanzielle Analyse, ein Fach, das er auch an der Wirtschaftsakademie ASE in Bukarest unterrichtet. Der Professor referierte zu aktuellen finanziellen Fragen und Bankenthemen und beantwortete anschließend Fragen der Teilnehmer über die Entwicklung des Leu/Euro-Wechselkurses, über das Erstwohnungsprogramm der Regierung, ferner über die Entwicklung der Bauindustrie und die Tendenzen in der Au-



Gențiana Avrigeanu,
HKS-R-Exekutivdirektorin

enhandelsbilanz sowie im Konsum.

Der anschließende Cocktail-Empfang war eine ausgezeichnete Gelegenheit zum wertvollen Erfahrungs- und Informationsaustausch der Mitglieder mit ihrem Sondergast.

Gențiana Avrigeanu

HKR-S-Events im Herbst 2009

1. September:	Business Club – Besuch bei Heidi Chocolat (19:00 Uhr)
18.–19. September:	Business Trip – Besuch des Atomkraftwerks Cernavoda sowie des Hafens Constanța
Oktober: Business Breakfast mit einem Sondergast seitens der Regierung oder der Zentralbank. Das Ereignis wird zusammen mit der niederländischen und der britischen Handelskammer organisiert	
29. Oktober:	Business Club – Besuch bei Sika Romania, Geschäftsstelle Bukarest (19:00 Uhr)
November: Business Club – Besuch bei Reichle & De Massari (19:00 Uhr)	

SWISS – beste Airline Europas

Swiss International Air Lines hat den prestigevollen Skytrax 2009 World Airline Award für die beste Airline Europas bei Kurz- und Langstreckenflügen gewonnen. Die Auszeichnung ist das Ergebnis der letzten Umfrage, bei



der Skytrax - die im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland ansässigen renommierten Berater – Millionen von Fluggästen befragt hatte. Swiss nahm die Auszeichnung in Hamburg am 1. April 2009 in Empfang. Mehr als 15,4 Millionen Passagiere aus 95 Ländern beteiligten sich an der letzten Umfrage der britischen Berater von Skytrax. Die Fragen wurden zu über 160 Fluglinien aus aller Welt gestellt – Swiss wurde dabei zur «Best Airline Europe» gekürt.

„Wir sind über diese Auszeichnung hochofrenet, umso mehr die Beurteilung von den Reisenden selbst abgegeben wurde,“ sagte Markus Binkert, Leiter Produkt & Service bei Swiss, der im Namen der Airline und derer Beschäftigten die Auszeichnung in Hamburg

entgegennahm. „Es ist zugleich eine Bestätigung dafür, dass unser Qualitätsbestreben am Boden und in der Luft von unseren Kunden geschätzt wird.“

Die Investitionen von Swiss in Produkte und Service erreichten am 20. April einen neuen Höhepunkt, als der erste der neuen Airbus A330-300 Maschinen in Betrieb genommen wurde. Die neue Langstreckenmaschine bietet hochwertige Dienstleistungen in allen drei Klassen: First, Business und Economy.

Kontakt Info:

Swiss International Air Lines Ltd.

Aleea Alexandru 9A, Sektor 1
011821 Bukarest
Tel: + 40 21 312 02 38
Fax: + 40 21 317 27 14
E-Mail: info.romania@swiss.com

Syngenta Romania toppt „Best Employers 2008/2009“

Laut einer Studie des Personalunternehmens Hewitt Associates zu den „Best Employers 2008/2009“ ist Syngenta Romania (gemeinsam mit Adobe) zurzeit der Top-Arbeitgeber. Die Firma wurde zur Nummer Eins unter den KMU hierzulande in punkto Engagement und Zufriedenheit der Mitarbeiter erklärt.

In Rumänien wurde die Studie in zwei Kapitel untergliedert: Großunternehmen (über 250 Mitarbeiter) und KMU. Dabei wurden 12.500 Mitarbeiter, 417 Manager und 43 Personalchefs aus 50 rumänischen und multinationalen Konzernen zu ihrer Meinung über das Arbeitsumfeld befragt. Die Unter-



Hewitt Associates – Romania 2008/09

nehmen wurden unter drei Aspekten bewertet: Meinung der Belegschaft, des Managements sowie Personalpraxis.

„Unser Unternehmen verfolgte mit seiner Beteiligung einen Doppelzweck: Als Arbeitgeber wollten wir uns einerseits ein realistisches Gesamtbild machen über die Meinungen und Bedürfnisse unserer Mitarbeiter; andererseits wollten wir sehen, was die Best Employ-

ers für ihre Mitarbeiter anders machen“, so Cristina Pintilie, Human Resource Manager Syngenta – Balkan.

Die Ergebnisse der Studie zeigten, dass über 92% der Syngenta-Mitarbeiter sich vom Management positiv bewertet fühlen und von den Bildungs- und Förderungsmöglichkeiten innerhalb der Firma motiviert sind.

Nach Mitteilung der Ergebnisse wollte das Syngenta-Team das Event durch ein Poster markieren, das das Engagement jedes einzelnen Mitarbeiters für die Erreichung des Unternehmensziels würdigt: Bringing plant potential to life.



Kontakt Info:

Syngenta Agro SRL

Victoria Park, Gebäude 3, 4. Stock
Autostraße Bukarest-Ploiești 73-81
RO-013685 Bukarest
Tel.: +40 21 528 12 00
Fax: +40 21 528 12 99
www.syngenta.ro

Luftige Aussichten für Bukarest

Den hauptstädtischen Behörden hat im Laufe der Zeit schon so manches vorgeschwebt – so etwa „schwebende Autobahnen“, die Oberbürgermeister Oprescu andauernd während seines Wahlkampfes vom letzten Frühsommer versprochen hatte.

Inzwischen scheinen auch die Bürgermeister des 1. und 2. Bukarester Bezirks, Andrei Chiliman und Neculai Onțanu, von schwebenden Höhen zu träumen – allerdings hat deren Projekt immerhin Chancen, sich mehr als nur ein weiteres Luftschloss zu erweisen. Die beiden Bezirksbürgermeister planen nämlich eine Seilbahn, die Bukarest vom Herastrău-Park bis ins Pantelimon-Viertel überqueren soll. Das Projekt, das letzten Monat vom Verwaltungsrat der Hauptstadt abgesegnet wurde, soll zum einen den Lokaltourismus fördern, zum anderen aber auch eine Alternative zum völlig überlasteten



öffentlichen Transportsystem darstellen. „Die Fahrgäste werden Bukarest aus luftigen Höhen besichtigen, die Grünanlagen der Stadt und deren Seen bewundern können“, erklärten die beiden Bürgermeister.

Die Bauarbeiten sollen 2010 einsetzen, vorgesehen sind insgesamt sechs Haltestellen und alle 700 Meter aufge-

stellte Trägerpfeiler. „In der Seilbahn werden rund ein Dutzend Fahrgäste Platz haben“, erläuterten die Rathausbeamten des 2. Bezirks. Auch sollen an sämtlichen Haltestellen großzügige Parkplätze eingerichtet werden, zudem überlegen die Lokalbehörden derzeit sogar die Einrichtung von Fußgängerzonen auf der Trasse der Luftgondel.

Kaum zu glauben: Fahrer beißt Fußgänger



„Mann beißt Hund“ ist der Presse bekanntlich immer eine Schlagzeile wert. In Rumänien kann ein solch bizarrer Vorfall - zur freudigen Verblüffung der Medien – sogar noch getoppt werden. „Genervter Fahrer beißt Fußgänger“ titelte unlängst die Iașier Lokalpresse, wobei sich die Meldung keineswegs als Zeitungssente, sondern als tatsächlich wahr entpuppte: In Iași war ein 36-jähriger Fußgänger umgehend ins städtische Notkrankenhaus eingeliefert worden, nachdem ihm ein ausgerasteter Fahrer in den Oberbauch gebissen hatte. Der geschockte Fußgänger erklärte, dass der Täter ihm vor dem Angriff vorgeworfen hatte, die Straße im Schleichtempo überquert und dadurch den Verkehr behindert zu haben.

„Ich überquerte gerade die Straße, als mich ein äußerst genervter Fahrer anhupte und sodann durchs offene Autofenster anbrüllte, ich solle gefälligst Tempo einlegen, damit die Autos endlich vorbeifahren könnten. Ich entgegnete, dass es bei mir nicht schneller ginge, daraufhin ging das Gezeter weiter bis er urplötzlich aus seinem Wagen sprang, auf mich losstürmte und mir in den Oberbauch biss. Die Wunde ist ziemlich tief, mein T-Shirt ganz zerrissen“, klagte Nicolae N. der Lokalpresse sein Leid. Der Mann musste ins Notkrankenhaus „Sfântul Spiridon“ eingeliefert werden, wo seine Bauchwunde genäht wurde. Damit jedoch nicht genug – anschließend musste sich Nicolae N. in ein Klinikum für infektiöse Krankheiten einliefern lassen, um sicher zu gehen, dass er sich durch den Biss keine Infektionserreger eingehandelt hatte. Von einer Klage sah das Opfer zunächst ab, seine Genesung sei ihm vorläufig wichtiger, so der 36-Jährige.



Verdrecktes Stadtbild irritiert Rumänen

Selbst wenn die meisten Landesbewohner ihre leeren Snack-Tüten, Eiscreme-Becher, Bierdosen usw. im öffentlichen Raum unbekümmert fallen lassen, anstatt nach dem erstbesten Abfallsammler Ausschau zu halten, erklären sich nichtsdestotrotz über 70% der Rumänen „zutiefst irritiert“ von dem allgemein verdreckten Bild ihrer unmittelbaren Umgebung, bezeugt eine unlängst von Reader's Digest durchgeführte Umfrage.

Gleichwohl hinken die Rumänen selbst beim Kapitel „Irritation“ nach: In Deutschland und Slowenien sprachen sich über 90% der Bürger gegen den achtlos entsorgten Müll aus, die Serben stört der „eigene Dreck“ zu 80%, die Franzosen zu 78%. In punkto Zigarettentippe erwiesen sich die Rumänen besonders wenig pingelig – bloß 7% erklärten, dass sich Raucher gefälligst anderer Methoden bedienen sollten, als ihre Kippen einfach überall wegzuwerfen.

Zwar lässt die städtische Reinigung hierzulande viel zu wünschen übrig, doch ist der „eigene Mist“ zweifelsfrei auch eine Mentalitätsfrage. Umdenken ist daher dringend angesagt – dann klappert's auch mit dem sauber-freundlichen Stadtbild.



UNO: Besorgniserregende Auswanderung

Nun schlägt sogar die UNO Alarm: Die stetig steigende Zahl der Arbeitskräfte, die Rumänien verlassen, wirkt sich negativ auf ganze Regionen und Bevölkerungsteile des Landes aus, warnte Ende Juni der UNO-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten, Jorge Bustamante. Die Arbeitsmigration in Rumänien sei besonders besorgniserregend, da viele Kinder von ihren im Ausland arbeitssuchenden Eltern zurückgelassen werden, so der UNO-Verantwortliche. Parallel zur Abwanderung der Arbeiter sei auch der Exodus von Wissenschaftlern und Spezialisten aus den verschiedensten Bereichen bedenklich, in Rumänien herrsche zurzeit bereits eine hohe Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern. Bustamante hatte sich eine Woche lang in Rumänien aufgehalten und abschließend darauf hingewiesen, dass die Arbeitsmigration vermehrt zu einem „der zentralen Themen der Innen- und Außenpolitik Rumäniens“ werden müsse, da sowohl die Ein- als auch die Auswanderungszahlen in den letzten Jahren drastisch gestiegen sind.



Hermannstädter OB Johannis ausgezeichnet

Der Oberbürgermeister von Sibiu/Hermannstadt, Klaus Johannis, ist Anfang letzten Monats im Rahmen einer feierlichen, in der österreichischen Residenz in Bukarest stattgefundenen Zeremonie mit dem ihm vom österreichischen Bundespräsidenten verliehenen Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet worden, teilte die österreichische Botschaft in Bukarest in einer Presseaussendung mit.

In seiner Laudatio würdigte der österreichische Botschafter in Rumänien, Martin Eichtinger, Johannis als einen großen Freund Österreichs sowie einen aktiven Förderer der bilateralen Beziehungen. Eichtinger verwies auf die Leistungen des Stadtvaters von Sibiu während des Europäischen Kulturhauptstadtjahres Sibiu/Hermannstadt 2007 – Klaus Johannis habe dabei auch der österreichischen Kultur und Geschichte ein einmaliges Schaufenster geboten, bei seiner Tätigkeit habe er stets auch die Interessen des österreichisch-stämmigen Teiles der deutschsprachigen Bevölkerung in Rumänien vertreten, so das österreichische Presseamt abschließend.

„Die Assoziation mit unserem Hohenzollern-Haus grämt mich“

Karl Friedrich Erbprinz von Hohenzollern über die politischen Ambitionen von Präsidentschaftskandidat Radu Duda

Die königliche Familie ist in Rumänien stark präsent. Für Schlagzeilen sorgte Radu Duda, der Schwiegersohn im Rumänischen Königshaus, der Anfang 1999 von Ihrem Vater den Titel „Prinz von Hohenzollern-Veringen“ erhalten hat. Im Sommer 2004 war Radu Duda von einer rumänischen Partei als Kandidat für ein Abgeordneten-Amt im rumänischen Parlament vorgeschlagen worden. Nur kurze Zeit später erschienen in der rumänischen Presse Berichte, dass Sie Radu Duda kritisiert hätten, den Titel Hohenzollern ohne Erlaubnis zu verwenden. Gab es diese Kritik von Ihnen?

Ich habe damals kritisiert - und das mache ich auch heute noch -, dass Radu Duda diesen Titel nicht rechtmäßig führt. Er kann ihn nicht verliehen bekommen. Damit kritisiere ich auch meinen Vater, was ich ungern mache. Wir können als Haus Hohenzollern in der heute existierenden deutschen Demokratie keinen Adelstitel mehr verleihen. Eine Titelverleihung gibt es heutzutage in Form eines Doktor- oder Professorentitels und diese Verleihung unternimmt der Staat. Die Verleihung eines Adelstitels gibt es hingegen nicht mehr – weder in Deutschland, noch in Rumänien. Wir tragen, das gilt auch für mich, die Be-

zeichnung „Prinz von Hohenzollern“ in unseren Namen. Das ist ein Unterschied, es ist ein Name, kein Titel. Und den Namen „Hohenzollern“ kann unser Haus nur in Ausnahmefällen jemandem zuerkennen: bei Adoption oder Einheirat.

Radu Duda hat 1996 Prinzessin Margareta geheiratet. Sie trägt die Bezeichnung „Prinzessin von Hohenzollern“, da ist es doch nur naheliegend, dass Radu Duda durch eine Einheirat auch den „Hohenzollern“-Namen tragen darf, oder nicht?

Ja, er kann sich durch die Einheirat theoretisch „Prinz von Hohenzollern“ nennen, um den Namen seiner Frau anzunehmen. Doch ich frage mich bis heute, warum dies nicht bereits 1996 geschehen ist? Warum hat König Mihai meinen Vater vor zehn Jahren um einen Adelstitel aus unserem Haus gebeten? Warum ist Radu Duda erst seit 2005 „Prinz von Rumänien“ – ein Name, über den Mihai allein entscheiden kann. Es gibt also viele Rätsel. Mein Vater hat nicht viele Worte über seine damalige Entscheidung verloren und mich auch nicht konsultiert. Heute ist es von unserer Seite zu spät, um Licht ins Dunkel zu bringen, denn mein Vater leidet inzwischen an Altersdemenz.

Warum hat Ihr Vater aber den Titel „Prinz von Hohenzollern-Veringen“ verliehen, wenn das gar nicht möglich ist?

Ich sage es Ihnen ganz unkonventionell: Ich glaube, dass König Mihai meinen Vater als Oberhaupt des Hauses Hohenzollern überredet hat. Wahrscheinlich war es eine Familiengeste meines Vaters, er wollte Mihai vermutlich einen Gefallen erweisen. Doch durch die mögliche Abgeordnetenkan-

Karl Friedrich Erbprinz von Hohenzollern leitet die Unternehmensgeschäfte seit 1987.



didatur Dudas war 2004 plötzlich unser „Hohenzollern“-Name überall in der Presse. Und es ist natürlich ein Unterschied, ob sich der Schauspieler Radu Duda oder der Prinzgemahl Duda mit dem Hohenzollern-Namen für ein politisches Amt interessiert. Von unserem Namen kann man eine Menge Vorteile haben. Und plötzlich wurde mir klar, da tritt ein Mitglied des Rumänischen Königshauses mit unserem Titel auf und ich dachte: Moment mal, diesen Titel, in dieser Form so zu verleihen, war gar nicht mehr möglich. Deshalb habe ich mich damals so kritisch geäußert.

Haben sich mit Ihrer Kritik durchsetzen können?

Ich habe das unternommen, was ich machen konnte. Ich habe ihm im Sommer 2004 geschrieben und gebeten, diesen Namen nicht mehr zu verwenden. Das ist wohl bisher nicht erfolgreich verlaufen.

Sie haben erwähnt, dass man vom „Hohenzollern“-Namen Vorteile hat. Welche denn?

Das kommt immer darauf an, wo man sich gerade bewegt. Es gibt viele Mitmenschen, die sagen, dass der Adel keine Privilegien mehr besitzt. Aber ich gebe Ihnen ein Beispiel aus dem Alltag. Wenn man beispielsweise in einem guten Hotel reserviert, den Namen „Hohenzollern“ nennt, kann es schon sein, dass man bevorzugt behandelt wird. Die Menschen zollen diesem geschichtsträchtigen Namen eben immer noch gewissen Respekt.

Radu Duda hat Anfang April erklärt, bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst als unabhängiger Kandidat für das rumänische Präsidentenamt zu kandidieren. Was halten Sie davon?

Das ist seine Entscheidung. Es gab schon andere Fälle, dass Mitglieder oder ehemalige Mitglieder eines Königshauses solch einen Weg gehen. Zum Beispiel der bulgarische Ex-König Simeon II., der von 2001 bis 2005 Ministerpräsident in Bulgarien war. Im Fall Radu Duda sind die Bedingungen

ein wenig anders gelagert. Er ist Rumäne, er ist im Land aufgewachsen und er stammt nicht aus dem Königshaus. Ob das bei seiner Kandidatur so differenziert gesehen wird, kann ich nicht beurteilen, dazu kenne ich die Verhältnisse in Rumänien zu wenig.

Wie verträgt sich denn der Titel Ihres Hauses mit dieser Kandidatur?

Es ist schon ein seltsames Gefühl, wenn jemand, der sich „Prinz von Hohenzollern-Veringen“ nennt, plötzlich Präsident von Rumänien werden würde.

Warum seltsam?

Ich sage es Ihnen noch einmal mit anderen Worten: Der Titel oder besser gesagt Name „Prinz von Hohenzollern-Veringen“ ist eine Farce. Radu Duda kann diesen Namen nicht rechtmäßig tragen. Er steht ihm nicht zu. Und jetzt assoziieren die Menschen erneut unseren Namen mit dieser Kandidatur. Das kann dahin führen, dass es heißt: Ah, endlich kommt wieder ein Nachfolger der Hohenzollern, der sich für ein politisches Amt bewirbt. Und diese Assoziation grämt mich, denn Radu Duda ist kein echter Hohenzollern.

Sollte Radu Duda zum Präsidenten Rumäniens gewählt werden, werden Sie dann noch einmal Schritte unternehmen, damit er den Titel „Prinz von Hohenzollern-Veringen“ ablegt?

Das werde ich mir überlegen, wenn es so weit ist.

Die rumänische Presse kommentierte die Unterstützung von Mihai für Dudas Kandidatur u.a. mit den Worten, dass es einer Monarchie nicht stehe, sich in den politischen Parteienkampf einzumischen. Wie sehen Sie das?

Ja, man geht ein ambivalentes Verhältnis mit einer Politikkarriere. Man muss für eine Partei kandidieren. Damit hätte ich persönlich vermutlich auch gewisse Probleme gehabt. Es war immer die Tradition unseres Hauses, nicht den Bund mit einer Partei einzugehen, um sich eben nicht in den Parteienkampf einzumischen. Das ist ein Interessen-



Die Burg Hohenzollern in der Schwäbischen Alb ist die Stammburg des gleichnamigen Fürstengeschlechts

konflikt und wenn man sich entscheidet, als Präsident zu kandidieren, dann muss man sich gleichzeitig für eine Partei entscheiden.

Radu Duda geht als unabhängiger Kandidat in die Präsidentschaftswahlen.

Dennoch befindet er sich damit im Parteienkampf. Auch er muss eine politische Aussage treffen, sich mit den politischen Parteien auseinandersetzen. Ich mag nicht, dass unser Name jetzt damit wieder vermischt wird, aber ich akzeptiere Radu Dudas Entscheidung, in die Politik zu gehen, statt wie bislang, nur als Repräsentant des Königshauses zu wirken.

Haben Sie selbst, da Karl I. Graf von Hohenzollern der erste König von Rumänien wurde, eine besondere Affinität zu Rumänien?

Affinität würde ich es nicht nennen. Rumänien ist ein sehr schönes, aber auch ein sehr schwieriges Land, das habe ich mit eigenen Augen auf einer Reise vor Jahren gesehen. Das Land braucht noch viel Entwicklung. Dazu bedarf es aber auch Entscheidungskräfte, statt Menschen, die sich lediglich am Fördertopf der EU nähren. Entscheidungskräfte, die ihre eigenen Kräfte mobilisieren. Dazu gibt es Ansätze, die aber bislang nicht ausreichend sind. In Rumänien wirken meines Erachtens noch zu stark die Beharrungskräfte aus der Zeit der Diktatur, die noch kräftig die Bremse ziehen.

Annett Müller

(Auszüge aus einem Interview mit der Tageszeitung „Cotidianul“)

„Das Zusammenwachsen von Ost- und Westeuropa hautnah miterleben“

debizz-Gespräch mit Beate Köhler, Leiterin des Bukarester Goethe-Instituts



Sehr geehrte Frau Köhler, eingangs herzlich willkommen in Bukarest als neue Leiterin des Goethe-Instituts. Sie kommen aus Kairo hierher, wo Sie die Spracharbeit des GI in der Region Nahost-Nordafrika betreuten. Zwischen beiden Welten dürften Lichtjahre liegen – sowohl was Kultur und Mentalität anbelangt als auch die Prioritäten, die es jeweils zu setzen gilt. Wie empfinden Sie – auf Anhieb – Ihr neues Umfeld und auch die Aufgaben, die hier vor Ihnen liegen?

Ich fühle mich sehr wohl in Bukarest, bin beruflich wie privat freundlich aufgenommen worden und erlebe Rumänien als kulturell vielfältiges und landschaftlich sehr schönes Land. Nach mehr als sechs Jahren Arbeit in der arabischen Welt habe ich mich bewusst dafür entschieden, wieder nach Europa zu kommen. Das Eintauchen in eine ganz andere Kultur und der damit verbundene Perspektivenwechsel waren sehr lehrreich für mich. Irgendwann war da aber auch das Bedürfnis, sich wieder kulturell beheimatet zu fühlen und –

weshalb ich mich besonders freue, in Rumänien arbeiten zu dürfen – das Zusammenwachsen von Ost- und Westeuropa hautnah mitzerleben.

Dr. Hans-Georg Knopp, Generalsekretär des GI, sagte einst, dass auswärtige Kultur- und Bildungspolitik idealerweise eine Moderatorenrolle für kulturelle Prozesse spielen sollte, von der aber auch politische Impulse ausgehen können. Was erhofft sich das GI in diesem Sinne von seinem Engagement hierzulande?

Das Goethe-Institut unterhält in Rumänien ein vergleichsweise großes Institut und betreut darüberhinaus ein Netzwerk von Kulturgesellschaften, Lesesälen und Partnerschulen. Auch in anderen Ländern Osteuropas zeigen wir starke Präsenz. Hinter diesem Engagement steht die Überzeugung, dass der Prozess der Einigung Europas nicht nur auf wirtschaftlicher und administrativer Ebene vollzogen werden muss. Das „Projekt Europa“ kann nur gelingen, wenn wir langfristig eine gemeinsame

politische und kulturelle Öffentlichkeit entwickeln und gleichzeitig kulturelle Diversität aushalten und als Gewinn begreifen.

Welche Zielgruppen will das GI mit seiner Arbeit in Rumänien erreichen? Und welche der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure sollen in die zukünftigen Projekte und Initiativen eingebunden werden?

Wir arbeiten ja in unterschiedlichen Bereichen: Ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt in der Förderung der deutschen Sprache und der Unterstützung von Mehrsprachigkeitskonzepten. Unsere Partner sind hier das Bildungsministerium, Fortbildungseinrichtungen, Schulen und Universitäten. Als Zielgruppen sind hier vor allem Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die Deutsch lernen möchten, und natürlich Lehrer und Entscheidungsträger zu nennen.

Im Kontext unserer Informationsarbeit stehen wir in engem Kontakt zu Bibliotheken, Verlagen, Buchmessen und deren Experten.

Im Bereich unserer kulturellen Programme arbeiten wir mit staatlichen und privaten Einrichtungen wie Museen, Theatern, Galerien zusammen, ebenso mit Festivals und informellen Gruppen, die auf gesellschaftliche Partizipation und innovative Ausdrucksformen in der Kunst abheben.

Gibt es für Sie als Kulturmittler bestimmte Vorgaben, was im Ausland in den Vordergrund gestellt werden soll – eher die deutsche Kulturation als solche oder vermehrt die weltoffene Orientierung Ihres Landes?

Nein, wir haben keine Vorgaben, ein bestimmtes Image von Deutschland zu vermitteln. Für das Goethe-Institut stehen Dialog und partnerschaftliche

Zusammenarbeit mit Personen und Institutionen im Gastland an erster Stelle. Es geht darum, gemeinsame Themen zu finden und Kultur- und Bildungsschaffende aus Rumänien und Deutschland darüber in einen Dialog zu bringen. Und es geht darum, ein aktuelles Deutschlandbild in all seinen Facetten zu vermitteln.

Für mich sind die Begriffe deutsche Kulturnation und weltoffene Orientierung im Übrigen keine Widersprüche, sondern werden hoffentlich mit Deutschland gleichermaßen identifiziert.

Haben Sie bereits erste Kontakte herstellen, eventuell sogar Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit mit den hiesigen Kulturträgern sammeln können?

Ich habe bereits viele junge, ungeheuer engagierte und in Rumänien und Deutschland bestens vernetzte Kulturschaffende kennengelernt, mit denen das Goethe-Institut sehr erfolgreich arbeitet. Weniger Kontakt konnte ich bislang zu den großen staatlichen Kulturinstitutionen aufbauen, dafür war die Zeit zu kurz.

Welches sind die wichtigsten Probleme und/oder Mankos des einheimischen Kulturbereichs aus Sicht eines ausländischen Kulturinstituts?

Das kann ich noch nicht beantworten. Womit wir aktuell konfrontiert werden, sind die Kürzungen in den staatlichen Zuschüssen für diverse Projekte, so dass Veranstaltungen ausfallen oder in kleinerem Umfang als geplant stattfinden müssen. Und die Frage nach Spielstätten: Wir wissen beispielsweise noch nicht, wo heuer das Tanzfestival stattfinden wird. Scheinbar leidet zumindest Bukarest unter der Renovierungsbedürftigkeit einiger Kulturstätten bzw. daran, dass es nicht sehr viele Ausweichmöglichkeiten gibt.

Was vermissen Sie – aus kultureller Sicht – in Bukarest? Was fehlt der Stadt Ihrer Meinung nach beziehungsweise was würden Sie gerne anregen wollen, wenn Sie denn in der Lage wären?



Beate Köhler (rechts in Bild) und ein Teil ihres Teams (v.l.n.r.) Marina Neacșu und Oana Lăpădatu

Das „Projekt Europa“ kann nur gelingen, wenn wir langfristig eine gemeinsame politische und kulturelle Öffentlichkeit entwickeln, gleichzeitig kulturelle Diversität aushalten und als Gewinn begreifen.

Über diese Frage freue ich mich im nächsten Jahr! Jetzt bin ich einfach noch zu sehr auf Entdeckung!

An welchen wichtigen Projekten arbeiten Sie gerade? Werden eventuell auch ältere, erfolgreiche Projekte weitergeführt oder fokussieren Sie hauptsächlich neue?

Wir arbeiten seit einigen Jahren am Goethe-Institut nach mittelfristig festgelegten strategischen Zielen, zu denen wir jeweils regionale und lokale Projekte entwickeln. Das bedeutet für mich als neue Leiterin in Bukarest, dass ich mich zuerst einmal in dieser Kontinuität bewege und Themen wie Kunst und Kultur im öffentlichen Raum, Vergangenheitsbewältigung, Umgang mit Minderheiten oder Übersetzungs- und Leseförderung weiter verfolge.

Für die zweite Jahreshälfte haben wir eine Menge Pläne. Besonders beschäftigen wird uns Anfang November die deutsche Kulturwoche, die unter Federführung der deutschen Botschaft eine Fülle von Veranstaltungen zum Jubiläum des Mauerfalls bieten wird. Das Goethe-Institut beteiligt sich daran mit einer Filmreihe, literarischen Lesungen und Diskussionen, einer Theateraufführung und zwei Ausstellungen, jeweils zum Thema.

Im Rahmen unserer Bildungskoope-ration werden wir im Herbst die Aktivitäten zum Projekt „Schulen – Partner der Zukunft“ verstärken und haben gerade ein sehr anspruchsvolles Programm zur Qualifikationsaktion von Deutschlehrern begonnen.

In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise kann man nicht umhin zu fragen, ob bei der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands nun – nolens volens – gespart und diese folglich neu ausgerichtet wird?

Darüber gibt es bislang keine Verlautbarungen von Seiten der Haushälter oder des Auswärtigen Amtes. Verlässlichere Aussagen zu Einsparungen oder gar zu inhaltlichen Neuausrichtungen sind in diesem Jahr erst nach der Bundestagswahl im September zu erwarten.

Eine radikale Wende in der auswärtigen Kulturpolitik kann ich mir aber nicht vorstellen. Dazu sitzt die Erfahrung zu tief, dass sich die internationalen Probleme und Konfliktherde nur begrenzt mit wirtschaftlichen oder militärischen Interventionen lösen lassen und daher die „dritte Säule der Diplomatie“, die kulturelle Zusammenarbeit, unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Außenpolitik ist.

Ioana Maria Cusin

Von FAZ bis taz

Wahlbetrug in Rumänien: „Erinnerungen an Nicu Ceaușescu“

Joschka Fischer gibt inzwischen für Nabucco Gas



Zu den Anfang letzten Monats hierzulande gelaufenen Europawahlen hatte die deutschsprachige Auslandspresse diesmal besonders viel zu berichten – nur leider wenig Positives.

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

In Rumänien sei „der Urnengang von Stimmenkauf und Wahlfälschung“ überschattet worden, schrieb die FTD. Noch am Wahlsonntag habe die Polizei „in 63 Fällen Ermittlungen aufgenommen. Innenminister Dan Nica sagte, es handele sich um versuchten Stimmenkauf, um Bürger, die zum zweiten Mal

abstimmen wollten sowie um unzulässige Wahlwerbung. In Rumänien durften die Menschen in jedem beliebigen Wahllokal ihre Stimme abgeben, nicht nur an ihrem Wohnort. Daher bestand die Befürchtung, dass die Rumänen auf Betreiben verschiedener Parteien massenweise durch das Land reisen und in mehreren Wahllokalen wählen. Deshalb hat die Polizei auf den Landstraßen 400 Kontrollposten eingerichtet und dabei vor allem Reisebusse kontrolliert.“

Doch offensichtlich umsonst. Denn wie Wahlfälschung erfolgreich betrieben werden kann, berichtete die ARD.



rende Partei PSD setzt offenbar gleich auf Stimmenkauf“, informierte die ARD. „Mit ihrem dicken Jeep einparken, das muss das 29-jährige Präsidententöchterchen Elena Basescu noch lernen. Ansonsten fühlt sich das Ex-Model in jeder Hinsicht gewappnet für Brüssel und ihre neue Aufgabe als Europa-Abgeordnete. Eine steile Karriere, vom Laufsteg über den Jugendvorsitz der Präsidentenpartei bis ins Europa-Parlament. Papa macht's möglich – wie rumänische Journalisten durch verdeckte Recherchen nachweisen konnten. «Für die Präsidententochter ist eine gewaltige Parteimaschinerie angelaufen», kritisiert der rumänische Star-Journalist Dan Tapalagă. Mit einem Kollegen rief der Re-

porter in mehreren Kreisorganisationen der liberal-demokratischen Präsidentenpartei PDL an und gab sich als Vertreter der Parteizentrale aus. Dabei erfuhr er von der Wahlkampfleiterin in Satu Mare, für Elena werde alles nach Plan laufen: «Die Vertrauenspersonen, die die Aufgabe haben, für Fräulein Basescu zu stimmen, sind bereits von den jeweiligen Ortsgruppen organisiert worden». Eine ähnlich verbindliche Antwort bekamen die Undercover-Reporter vom Kreisverband in Vrancea: «Mit allen Ortsgruppenchefs ist ausgemacht, in jedem Wahllokal mindestens 10 Stimmen zu sichern. Jeder Leiter muss für die *Mission Elena* geradestehen. In Orten, in denen wir den Bürgermeister stellen, sind auch mehr Stimmen drin.» Bei 17.000 Wahllokalen in ganz Rumänien kamen so die Stimmen zusammen, die Elena für ihren Einzug ins EU-Parlament benötigte. Die mehr schrille als schöne, kurvenreiche Jet-Setterin musste zuletzt als unabhängige Kandidatin antreten. Namhafte Mitglieder der PDL hatten protestiert, als Papa Präsident seine reichlich unbedarfte Tochter auf Listenplatz 5 ins Rennen schicken wollte. Umso peinlicher ist der aufgeflogene Wahlbetrug - und das für eine Partei, die bisher im Kampf gegen Korruption durchaus positiv auffiel. Und für Traian Basescu, der sich vor der nahenden Präsidentschaftswahl einen handfesten Skandal leistet, für den es historische Vorbilder gebe, kritisiert der Undercover-Reporter Tapalagă: «Der Vergleich mit Nicu Ceaușescu, dem verwöhnten Sohn unseres Ex-Diktators, liegt auf der Hand: Elena Basescu, die verhätschelte Prinzessin, wird von der Nomenklatura der Partei nicht nur unterstützt. Sondern die

Partei ist in einem kritischen Moment sogar dazu bereit, sich zu opfern.“

Doch auch die Sozis hätten „im großen Stil betrogen“, meldete die ARD. „Zwei Undercover-Reporterinnen einer rumänischen Wochenzeitung ließen sich als Wahlkampfhelferinnen für die PSD anheuern. Ihre Aufgabe: Möglichst viele Studierende für die Roten zu mobilisieren. Im Internet kann man sehen und hören, wie ein PSD-Vertreter den beiden Reporterinnen erklärt, was sie zu tun haben: «Also: Ihr bekommt 12 Euro für eine Stimme. Wir bezahlen Euch, damit Ihr die Leute an die Urnen bringt. Das ist eine Wahlkampagne der anderen Art. Statt kleiner Wahlgeschenke wie Kugelschreiber oder T-Shirts bietet ihr ihnen Geld an.» Und wie beweist man, dass sich die Studenten ihr Geld auch redlich verdient haben? Auch dafür hat der PSD-Mann eine Lösung: «Man macht mit dem Handy Fotos vom Wahlzettel.»“

Handelsblatt

Jeder Tag zählt

Ende Juni sorgte Ex-Bundesaußenminister Joschka Fischer für Schlagzeilen, da er sich nun für die Nabucco-Pipeline mächtig ins Zeug legen will – gegen ein sechsstelliges Honorar. „Erst Gerhard Schröder, nun Joschka Fischer. Mit dem einstigen Außenminister und Vize-Kanzler hat es den zweiten deutschen Spitzenpolitiker aus der rot-grünen Bundesregierung in die Energiewirtschaft gezogen. Wobei Schröder und Fischer im Gas-Geschäft zukünftig an unterschiedlichen Strängen ziehen“, schrieb das Handelsblatt. Fischer soll künftig das Nabucco-Projekt „politisch und öffentlichkeitswirksam vorantreiben“. Die 3.300 km lange Pipeline soll bekanntlich aus Georgien oder dem Iran über die Türkei, Bulgarien und Rumänien nach Österreich führen und Europa



unabhängiger von russischem Gas machen. Fischers Salär werde von der OMV und der deutschen RWE getragen, die Verhandlungen über dessen Beraterstätigkeit seien „schon länger gelaufen“, so das Handelsblatt abschließend.

Emil Grenzer



WIEDERGEBURT EINER TRADITION

Im Herzen der Weinregion Dragasani (Valcea) liegt das jahrhundertealte, von Baron und Baronin Kripp renovierte Weingut Prince Stirbey. Wir laden Sie zu einem Besuch am Weingut ein, um dort unsere Weine zu verkosten und die bezaubernde Atmosphäre und Landschaft der „Toskana Rumäniens“ zu genießen.

Terminvereinbarungen (ab 5 Personen):

Fr. Raluca Bauer
AGRICOLA STIRBEY SRL
 TEL/FAX: 0040 31 103 56 10
 MOBIL: 0040 751 252 272
 office@stirbey.com
 www.stirbey.com

Historischer Konkurs

GM - Riese mit marodem Körper

General Motors Corp., 77 Jahre lang der größte Automobilkonzern der Welt, ging bereits vor der Krise in die Knie und beruft sich derzeit auf das so genannte Chapter 11, um Schutz unter dem US-Insolvenzgesetz zu suchen.

Vor 101 Jahren wurde GM in Detroit gegründet. Im zweiten Weltkrieg produzierte der Konzern Panzer, Flugzeuge und Waffen für Alliierte und Achsenmächte zugleich (Vauxhall baute Panzer für die Briten, Opel für die Deutschen). Die Krise zwang den Giganten zu kapitulieren – den Gnadenstoß versetzte ihm ein schwaches Management, das dem Zusammenbruch des US-Automarktes und der japanischen Konkurrenz nicht gewachsen war. Heute befindet sich GM inmitten eines Sanierungsprozesses, 60% der Aktien gehören der US-Regierung, 12% der kanadischen. Und 5% dem russischen Magnaten Oleg Deripaska.

In den 30ern wurde GM zum weltgrößten Automobilkonzern – und blieb es 77 Jahre lang, bis Toyota 2008 zur Nummer Eins gekürt wurde. Angesichts der japanischen Übermacht, die auch den US-Markt eroberte, schmolz die einstige Herrschaft des Konzerns dahin wie Wachs in der Sonne.

Die GM-Erfolgsstory begann 1908 mit der Marke Buick. Ein Jahr später kamen Marken wie Oldsmobile, Cadillac, Elmore und Oakland (später Pontiac) sowie andere zwei Firmen dazu, die gemeinsam die Nutzfahrzeugtochter GMC Truck bildeten. In den 20ern fasst GM Fuß in Europa: Die Amerikaner kaufen Vauxhall in Großbritannien und 80% von Opel. 1931 übernahm GM die Gesamtkontrolle über Opel; danach stieß auch die australische Firma Holden zur Gruppe.

Nach dem zweiten Weltkrieg expandierte GM weiter, doch nicht alles



lief perfekt: In den 70ern übernahm die US-Firma 34% von Isuzu, 1998 erhöhte sich besagter Anteil auf 49%. Doch dann verkaufte GM urplötzlich diese Beteiligung. Zwischen 1990 und 2000 akquirierte GM die Marke Saab, wo sich die Amerikaner zunächst die Technologie aneigneten und danach wieder verschwand – offenbar ohne etwas verstanden zu haben. Denn der Saab 9-3 z. B. ist lediglich ein verkappter Opel Vectra C, der Saab 9-7x bloß ein Chevrolet Tahoe mit europäischem Gesicht. Die Idee war nicht schlecht, doch die Strategie schlug fehl und die Saab-Modelle scheiterten an den Verkaufszielen. Jetzt wartet Saab auf einen Käufer.

Weitere Anteile hielt GM an Subaru, Fiat und dem Zulieferer Delphi. 2003 kiltte GM das Elektroauto – ob-

wohl die Amerikaner mit dem EV1 das wohl beste elektrische Fahrzeug entwarfen, zogen die GM-Manager unerklärlicherweise das Modell vom Markt und investierten keinen Cent mehr in das Projekt.

Am meisten setzte GM jedoch die Unfähigkeit der Konzernleitung zu, sich in der Modell-Strategie an die Markttrends anzupassen. GM produzierte große, behäbige, technologisch überholte Wagen, die viel Sprit verbrauchten. So verlor der Konzern das Wettrennen mit den Japanern, die sich die amerikanischen Modelle zu Eigen machten und verbesserten.

„Government Motors“

Mit 88 Mrd. US-Dollar Verlusten in den letzten 5 Jahren, einem Automarkt im freien Fall und Umsätzen, die sich in nur wenigen Monaten von 42,4 auf 22,4 Mrd. Dollar fast halbierten, musste sich GM geschlagen geben und Insolvenz anmelden. Weil die US-Regierung nun 60% der Anteile hält, wird der Konzern im Volksmund als „Government Motors“ veralbert.

Statt 8 wird GM nur noch 4 Marken produzieren, die Händlerkette in den USA schrumpft von 6.000 auf 3.000. Zudem muss GM 11 Standorte schließen.

1940 - Boomzeiten für GMC





Das Opel-Werk in Rüsselsheim

Der Opel-Deal mutiert zum Polit-Geschäft

Die Rettung der europäischen GM-Tochter vor den Konsequenzen der Insolvenz des Mutterkonzerns erweist sich als kompliziert und stark politisiert. Die Anonymität von Magna wurde zunächst aus sozialen Gründen der Fiat-Expertise vorgezogen – die russisch-kanadische Firma versprach, von Massenentlassungen abzusehen.

Die Tatsache, dass GM sich unter den Schutz des amerikanischen Insolvenzgesetzes begab, zwang die Koalitionsregierung unter Bundeskanzlerin Merkel zu schnellem Handeln: Für Opel, Deutschlands zweitgrößtem Automobilbauer (nach Verkaufszahlen), musste eine Krisenlösung gefunden werden. Denn um sich auf das berühmte Chapter 11 berufen zu können, musste auch GM vor der US-Bewertungskommission nachweisen können, die Töchter Opel und Vauxhall vollständig oder zumindest teilweise abgestoßen zu haben.

Gesagt, getan. Die Bundesregierung forderte allerdings, dass der künftige Opel-Besitzer einen Kredit von 1,5 Mrd. Euro garantieren könne, den Opel für seine Neustrukturierung braucht, sowie eine langfristige Lösung parat hat, um den angeschlagenen Automobilbetrieb auf ebenem Kiel zu halten – was weitere 3,3 Mrd. Euro veranschlagen würde. Interesse signalisierte zunächst der Turiner Fiat-Konzern, Italiens Nummer Eins und einer der größten Konzerne in Europa. Die Verhandlungen liefen gut, bis GM über Nacht entschied, 300 Mio. Euro mehr für Opel zu verlangen. Ein endgültiger Beschluss blieb aus, die Italiener baten um

Bedenkzeit. Und plötzlich erschien auf der Bildfläche Magna International, ein in Kanada ansässiger Zulieferkonzern, dessen Fühler bislang nach Österreich und Russland ausgestreckt waren: Magna befindet sich nämlich auch im Portfolio des umstrittenen Magnaten Oleg Deripaska. Die SPD machte aus ihrer Vorliebe für Magna keinen Hehl – ausschlaggebend war letztlich wohl dessen Versprechen, bei der Sanierung Entlassungen zu begrenzen. Die SPD-Position war insofern nachvollziehbar, da die Partei in zwei Bundesländern mit Opel-Standorten den Ministerpräsidenten stellt und im September bekanntlich die Bundestagswahlen anstehen.

Ende Juni räumte die Opel-Mutter GM jedoch über Nacht auch dem Finanzinvestor Ripplewood wieder Chancen ein – Ripplewood und Fiat hatten ursprünglich gemeinsam mit GM verhandelt. Und auch Fiat deutete seinerseits wieder Interesse an. Der Ausgang des Opel-Deals war bei Redaktionsschluss demzufolge völlig offen.

Răzvan Nicolae



Das Opel-Museum

Der sibirische Hai

41 Jahre jung und milliarden-schwer: Oleg Deripaska, ein Intimus von Russlands starkem Mann Wladimir Putin, bereicherte sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch derart umstrittene Privatisierungs- und Übernahmegeschäfte, dass sie ihm ein Einreiseverbot in die USA einbrachten. Business Week nannte ihn den „härtesten unter den sibirischen Haien“, Forbes platzierte ihn unter die 10 reichsten Menschen der Welt: Deripaskas Vermögen wird auf 28 Milliarden Dollar geschätzt.



© Dmitry Astakhov/EPA/Agfapres

Basic Element, die Holding des russischen Oligarchen, mischt mit in Luftfahrt, Bauwesen, Bergbau, Finanzdienstleistungen, Energie, Verkehr und Infrastrukturentwicklung. Basic Element besitzt die JSC Russian Machines, Eigentümer der GAZ (Hersteller der Wolga-Automobile; Russlands zweitgrößter Automobilkonzern und weltweit siebtgrößter Hersteller von Nutzfahrzeugen). Über die Rasperia Trading hält Deripaska 30% des sechstgrößten Bauunternehmens in Europa, der Strabag SE.

Nach Berichten der Financial Times kaufte der Magnat 2006 auch 5% der Anteile an GM. Erst kürzlich investierte Deripaska 1,54 Mrd. Dollar in Aktien der Magna International, der kanadischen Firma, die bis jüngst der Favorit im Opel-Rennen schien.



„Dann leiden Sie eben“

In Bukarest tobt trotz Wirtschaftskrise die Bauwut

Aurora Ermurache lebt in einem Ghetto, in einem Wohnblock-Ghetto, in einem Elf-Geschosser am Ober-Markt. Seit Monaten blickt sie von ihrem Fenster – nicht mehr auf eine Grünanlage, sondern auf eine Baustelle.

Drei neue Wohnblocks werden hier entstehen – zwischen 10 bis 18 Stockwerke hoch. Alle Wohnhäuser sind nur ein paar Meter entfernt. Ermurache sagt zu ihrem Ausblick: „Bald werde ich vom Fenster aus den Nachbarn gegenüber bei all seinen Aktivitäten beobachten können. Ich fühle mich gefangen, bei soviel Enge.“

Zur Enge hinzu kommt der Bau-lärm, den die 48-jährige Bukaresterin jetzt täglich aushalten muss. Vereinbart mit der Hausgemeinschaft ist, dass die Bauarbeiten um acht Uhr beginnen, geweckt wird sie hingegen schon gegen sechs, wenn Beton gemischt wird, wenn Kräne die verschiedenen Baumaterialien bewegen. Ein Szenario, das täglich bis in die Nacht dauert und auch am Wochenende – immerhin ist von Frühjahr bis Herbst beste Bausaison. Da wird geklotzt und nicht gekleckert, für Ermurache ist das hingegen „nervtötend“. Sie hat eine Unterschriftenaktion im Haus initiiert, der Bauleitung vorgelegt. Als Antwort kam: Die Mieter soll-

ten sich gegen den Lärm Thermopan-Fenster einsetzen lassen. Ermurache hat den Vorschlag abgelehnt, die Bauleitung konterte: „Dann leiden Sie eben.“

Die rumänische Hauptstadt, warnen Lärm-Experten, ist an vielen Stellen viel zu laut. So zeigt die Lärmschutzkarte, die auf der Homepage der Bukarester Stadtverwaltung abzurufen ist, an zahlreichen Verkehrsknotenpunkten einen Lärmpegel von 80 Dezibel und darüber auf – vergleichbar mit dem Geräusch von Pressluftschlämmern. Lärm dieser Art kann, wenngleich er zutiefst subjektiv und damit von jedem anders empfunden wird, gesundheitsschädigend sein.

Vasilica Popescu* wohnt am Boulevard Timișoara an einer Hauptverkehrsader. Im Minutentakt verkehren hier Hunderte Fahrzeuge. Eine Bus- und eine Straßenbahnhaltestelle hat Popescu gleich vor der Haustür. Den Lärm auch Fenster öffnen? „Nein“, sagt die 69-jährige Rentnerin, „mir reichen der Staub und der Sand, die durch die Fensterritzen fliegen. Nach dem Putzen kann ich gleich wieder von vorne beginnen.“ Denn neben Popescus Wohnhaus entsteht seit Monaten ein zehngeschossiges Bürogebäude und nebenan produziert neuerdings eine Zementfabrik, die stündlich Laster – mit tonnenschwerem Baustoff beladen – in die Stadt entlässt. Das läuft nicht spurlos ab. Am Wohnhaus wächst ein Riss aus dem Kellerge-

wölbe, der für Popescu beängstigend ist. Sie hat bei der Haus- und der Stadtverwaltung geklagt. Mehrmals. Sie wird, sagt sie, längst „Nörglerin“ genannt. Ihre Beschwerden aber sind bislang ungehört geblieben. Stattdessen sagte ein Bauarbeiter: „Lang wird die wegen ihres Lebensalters ja eh nicht mehr klagen.“

Für Aurora Ermurache ist ihr Wohnhaus am Ober-Markt ihr Kindheitsblock. Sie ist hier aufgewachsen, hat Nussbäume vor dem Haus gepflanzt. Mit der Baustelle sind sie verschwunden. Es wachsen jetzt Betonplatten aus dem Boden. Eines Tages werden hier Hunderte Familien mehr wohnen. „Unsere Behörden reden ständig davon, dass wir mit unserer Hauptstadt jetzt Teil der Union sind“, sagt Ermurache. Dicht besiedelt, dichter Verkehr. „Manchmal weiß ich nicht, zu welcher Union wir gehören. Wenn ich mir nämlich die Bausünden betrachte, dann wohl eher zu früheren Sowjetunion.“

Annett Müller,
Sibila Vasile, Florin Neacșu

*Name auf Wunsch von der Redaktion geändert

Der Text entstand im Rahmen einer Schreibwerkstatt an der deutschsprachigen Abteilung der Fakultät für Ingenieurwesen in Fremdsprachen (FILS) der Bukarester Politechnica nach einer Idee der DAAD-Lektorin Stephanie Krauch.



Der Hermannstädter Ratturm

Nach architektonischen Highlights muss man in Hermannstadt nicht lange suchen – der Ratturm, das Wahrzeichen der Stadt, ist unübersehbar. Ganz im Zentrum, zwischen dem Kleinen und Großen Ring gelegen, wurde der weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Turm im frühen Mittelalter erbaut. Seinen Namen verdankt er der Tatsache, einst den Zugang zum 2. Befestigungsgürtel der Stadt gebildet und zudem gleich neben dem damaligen Rathaus gelegen zu haben. Sein heutiges Erscheinungsbild ist das Ergebnis mehrerer Bauphasen, im Verlauf derer er erhöht und in eine Häusergruppe eingegliedert wurde. Laut Homepage des Hermannstädter Bürgermeisteramts kann davon ausgegangen werden, dass er „im Zuge der Errichtung des 2. Befestigungsringes, d. h. zwischen 1224 und 1241“ erbaut wurde, vom ursprünglichen Bau sei wohl nur der Kern bis zum 1. Geschoss übriggeblieben.

Heute erhebt sich der restaurierte Turm über sieben zurückgesetzte Etagen, die Fassade weist deutlich zahlreiche kleine Schießscharten auf. Sein gewölbter Durchgang stellt für viele Besucher nicht nur die Verbindung zwischen dem Großen und dem Kleinen Ring, sondern auch zu längst vergangenen Zeiten her. Das oberste Geschoss bietet allen Hobbyfotografen einen einzigartigen Ausblick auf die Altstadt.



19. Enescu-Musikfestival

Fast einen ganzen Monat lang wird Bukarest zu einer Hauptstadt der Musik: Zwischen dem 30. August und dem 26. September findet die 19. Auflage des Musikfestivals George Enescu statt. Ihre Teilnahme angekündigt haben 13 Orchester aus Europa, 14 Kammerorchester aus aller Welt, 6 Chöre und 47 Solisten, darunter die Mezzosopranistin Julia Migenes, der Bass José van Dam u.v.a. Auf dem Programm stehen symphonische und Kammerkonzerte, Opern- und Ballettaufführungen.

Das 1958 gegründete Musikfestival ist längst zu einer der wichtigsten Kulturveranstaltungen des Landes geworden. Auch diesmal will man an die Erfolge vergangener Jahre anknüpfen, deshalb war das Kulturministerium bestrebt, als Intendanten diesmal keinen Geringeren als den Direktor der Wiener Staatsoper, Ioan Holender, zu verpflichten. Auch die Tradition des Enescu-Wettbewerbs für junge Musiker wird fortgeführt, diesmal in den Kategorien Klavier, Violine und Komposition. Den Auftakt bildet die Enescu-Oper „Ödipus“ in der Inszenierung von Nicolas Joel, dem künftigen Leiter der Pariser Oper. Die Aufführung ist eine Koproduktion der rumänischen Staatsoper und des Theatre du Capitoul Toulouse.



Die Queen of Pop in Bukarest

Die Hauptstadt fiebert dem August und einem Konzert der Sonderklasse entgegen: Keine geringere als Madonna, die „Queen of Pop“, wird am 26. 08. im Izvor-Park auftreten. Die bereits 2008 begonnene Welttour „Sticky & Sweet“ der US-amerikanischen Pop-Ikone kam erst diesen Sommer nach Europa, die Konzerttournee galt 2008 als die weltweit erfolgreichste. Mit im musikalischen Gepäck hat Madonna auch ihr jüngstes Album „Hard Candy“, das bei Fans und Kritikern zugleich für zahllose Debatten sorgte. Mit dem Album ist der 51-Jährigen ihr erhoffter musikalischer Befreiungsschlag zwar nicht ganz gelungen, doch ist es dennoch hoch erfolgreich. Über die Bedeutung des Titels „Hard Candy“ streitet die Fachwelt bis heute – laut Madonnas PR-Managerin Liz Rosenberg spielt er lediglich auf die Süßigkeiten an, die der Weltstar so liebt. Doch bekanntlich ist das „harte Bonbon“ auch die Bezeichnung für kinderpornographisches Material, was etliche US-amerikanischen Radiosender dazu bewog, das Album zu boykottieren. Es entstand im Übrigen in Zusammenarbeit mit Justin Timberlake, Pharrell Williams und Timbaland. Madonnas Bukarest-Konzert wird von DJ Paul Oakenfold eröffnet.



ABONNEMENT COUPON

Ja!

49/59* Euro – 1 Jahr
39/49* Euro – 6 Monate

* Ausland ohne MWSt

ICH MÖCHTE ABONNIEREN!

Ausfüllen und per Fax schicken an:
 0040-21-231.08.47

Bankverbindung:
 GEROM MEDIA SRL
 Alpha Bank Dorobanți

RO49BUCU042784082511RO01
 für Rumänien
 RO06BUCU042784082511EU01
 vom Ausland mit SWIFT:BUCUROBU

Name und Vorname/Nume și prenume:

Firma/ Firmă:

Position in der Firma/ Poziție în firmă:

Lieferanschrift/Adresă de primire:

Telefon: Fax:

E-Mail: Internet:

Anzahl der Abos/ Nr. de abonamente: Unterschrift/ Semnătura:

debizz

DEUTSCHSPRACHIGES WIRTSCHAFTSMAGAZIN IN RUMÄNIEN

Herausgeber: GEROM MEDIA SRL

Barbu Văcărescu Str. 149, Bl. 68, Sc. B, Et. 3, Ap. 21, Sektor 2, 020284 Bukarest

Telefon: 0040-21-231.08.07; Fax: 0040-21-231.08.47

debizz@debizz.ro; www.debizz.ro

Anzeigenschaltung (Print & Online) unter:

Handy: 004 (0)732 405 200, E-Mail: mihai.iorgulescu@debizz.ro

Chefredaktion:
 Lieselotte Millitz-Stoica

Mitarbeiter:
 Andreea Blănaru
 Hans Butmăloiu
 Ada Comănescu
 Ioana Maria Cusin
 Sabina Fati
 Tom Gallagher
 Emil Grenzer

Alex Gröblacher
 Annett Müller
 Răzvan Nicolae
 Ruxandra Stănescu
 Ralf Sudrigian
 Siegfried Thiel
 Teodora Zaizon

Übersetzung:
 Alex Gröblacher

Geschäftsführung & Anzeigenleitung:
 Mihai Iorgulescu

Art Director:
 Alex Baci

Karikaturist:
 Puiu Găzdaru

Druck:
 Tipografia Real

www.debizz.ro





Zâmbește.

Ești în centrul atenției.
Suntem lider pe piața de leasing din România,
iar tu faci parte din echipa câștigătoare.

www.unicreditleasing.ro

 **UniCredit**
Leasing

180 Jahre Erfahrung



OMNIASIG
VIENNA INSURANCE GROUP